



WVV

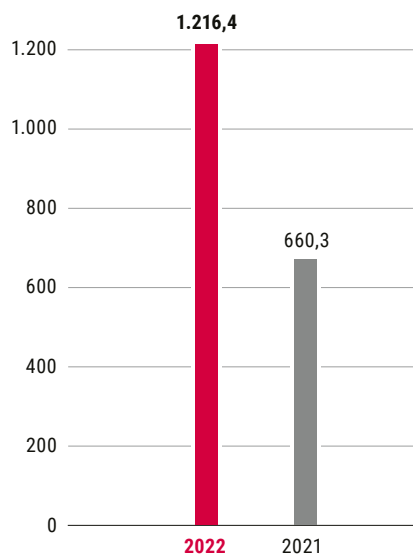
GESCHÄFTSBERICHT 2022

DIE WVV IM ÜBERBLICK

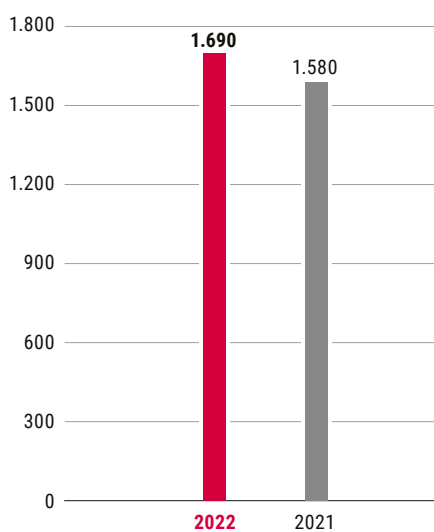
		2022	2021
Bilanzsumme	Mio. EUR	615,9	531,0
Investitionen	Mio. EUR	54,1	59,3
Eigenkapital	Mio. EUR	109,5	99,6
Anlagevermögen	Mio. EUR	404,9	387,5
Umsatzerlöse	Mio. EUR	1.216,4	660,3
Personalaufwand	Mio. EUR	106,8	100,9
Konzessionsabgaben	Mio. EUR	10,6	11,0
Konzernjahresüberschuss	Mio. EUR	16,3	0,0
Fernwärmeverkauf	Mio. kWh	280,5	308,0
Stromverkauf	Mio. kWh	1.145,3	928,9
Erdgasverkauf	Mio. kWh	906,8	936,9
Trinkwasserverkauf	Mio. m ³	8,7	8,7
Fahrgäste Nahverkehr	Mio.	30,0	*29,1
Güterumschlag	Tonnen in 1.000	1.043	1.044
Stadtverkehr	Kurzparker in 1.000	2.286	1.887
Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt		1.690	1.580

* Vorjahreszahl wurde angepasst

Konzernumsatz (in Mio. EUR)



Entwicklung Mitarbeitende WVV-Konzern



WVV BETEILIGUNGEN

Organobergesellschaft

WÜRZBURGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRS-GMBH (WVV)

Anteilseigner: Stadt Würzburg 100 %

Tochtergesellschaften

Stadtwerke Würzburg AG

Anteilseigner: WVV 55,78 %, Stadt Würzburg 19,23 %, Thüga AG 24,99 %

Mainfranken Netze GmbH

Anteilseigner: Stadtwerke Würzburg AG 100 %

Würzburger Straßenbahn GmbH

Anteilseigner: WVV 74 %, Stadt Würzburg 26 %

NVG Omnibus-Betriebs-GmbH

Anteilseigner: Würzburger Straßenbahn GmbH 88 %, Gerhard Wagner 12 %

Verkehrsunternehmens-Verbund Mainfranken GmbH

Anteilseigner: Würzburger Straßenbahn GmbH 33,91 %, NVG Omnibus-Betriebs-GmbH 10,17 %

Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH

Anteilseigner: WVV 100 %

Wassergewinnung Würzburg-Estenfeld GmbH

Anteilseigner: Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH 80 %, Gemeinde Estenfeld 20 %

Würzburger Hafen GmbH

Anteilseigner: WVV 74 %, Stadt Würzburg 26 %

Würzburger Stadtverkehrs-GmbH

Anteilseigner: WVV 66,67 %, Sparkassenstiftung für die Stadt Würzburg 33,33 %

Würzburger Bäder GmbH

Anteilseigner: WVV 100 %

WVV Wirtschaftsstandort Würzburg Immobilien-Management GmbH

Anteilseigner: WVV 100 %

Immobilien-Management GmbH – Gebäudeservice Würzburg

Anteilseigner: WVV Wirtschaftsstandort Würzburg Immobilien-Management GmbH 100 %

Weitere Beteiligungen der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH:

Kompostwerk Würzburg GmbH 100 %

Würzburger Recycling GmbH 50,49 %; beteiligt an Rhön-Saale Umweltdienste GmbH 30,83 %

Genusswunder Würzburg GmbH 100 %

smart and public GmbH 100 %

Stadtwerke Merseburg GmbH 9 %

Stadtwerke Zittau GmbH 5,4 %

Würzburg AG 5 %

05	Unser Profil	08	Konzernlagebericht	79	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
06	Vorwort der Geschäftsführung	50	Konzernabschluss	82	5-Jahresvergleich des WVV-Konzerns
		56	Konzernanhang		
		78	Bericht des Aufsichtsrats		

Wir orientieren uns in den Texten des vorliegenden Geschäftsberichts an den Richtlinien zu einer gendergerechten Sprache, wie sie im Corporate Wordings des WVV-Konzerns definiert ist. Bei den Tabellen benutzen wir zur vereinfachten Darstellung ggf. das generische Maskulin.

UNSER PROFIL

Die Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (WVV) ist der zentrale Infrastrukturdienstleister der Region. Eigentümerin ist zu 100 Prozent die Stadt Würzburg. Die WVV gehört also den Würzburger Bürgerinnen und Bürgern. Mit zukunftsorientierten Infrastrukturmaßnahmen trägt der Konzern wesentlich zur Erhaltung und Steigerung der Lebensqualität in Würzburg bei.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Reduzierung des klimawirksamen Gases Kohlendioxid (CO₂) gewidmet. Seit Jahren ist der WVV-Konzern auf dem Gebiet der umweltschonenden, hocheffizienten Energieerzeugung und des rationellen Energieeinsatzes aktiv. Der WVV-Konzern ist mit seinen Dienstleistungen erster Ansprechpartner in der Region. Kontinuierlich baut die WVV marktfähige Leistungen auf und aus. Als attraktiver Arbeitgeber schafft die WVV ein motivierendes Arbeitsklima und entwickelt die Mitarbeitenden kontinuierlich anforderungsgerecht weiter.

Als Energiedienstleister ist das WVV Tochterunternehmen Stadtwerke Würzburg AG (STW) der umweltbewusste Energielieferant für Kundinnen und Kunden sowie Marktpartner. Die STW beliefern deutschlandweit über 102.000 Kundinnen und Kunden mit Strom – zuverlässig und in hoher Qualität. In der Region Würzburg versorgen die STW die Kundinnen und Kunden mit Strom, Erdgas, Fernwärme und Trinkwasser. Der Würzburger Strom wird zu 77 % im Würzburger Heizkraftwerk (HKW) in effizienter Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt.

Unsere Fernwärme, die aus der Kraft-Wärme-Kopplung gewonnen wird, ist eine vorbildliche Energienutzung, die einen umwelt- und ressourcenschonenden Beitrag leistet. 26 % des gesamten Heizbedarfs in Würzburg werden mit schadstoffarmer Fernwärme abgedeckt. Mit der Wärme, die in das Heiznetz eingespeist wird, werden Wohnungen, Büros und Gewerbebetriebe in der Stadt versorgt.

Als Mobilitätsdienstleister steht die WVV für eine umweltschonende Beförderung der Menschen in Stadt und Region mit Straßenbahn und Bus. Investitionen in das Streckennetz und den Wagenpark gewährleisten einen schnellen und zuverlässigen Betrieb sowie ein hohes Maß

an Komfort für die Fahrgäste. Mit der umweltfreundlichen Straßenbahn, die mit Ökostrom betrieben wird, leistet die WVV einen herausragenden Beitrag zur Vermeidung von CO₂-Emissionen in Würzburg.

Für den Individualverkehr in Würzburg stellt die WVV zudem mit 18 Parkgaragen und Parkplätzen rund 5.000 Stellplätze zur Verfügung. Ein Parkplatzleitsystem sowie eine Parken-App sollen den Parkplatzsuchverkehr so umweltverträglich wie möglich gestalten und den Schadstoffausstoß durch PKW verringern.

Auch in der Wertstoffaufbereitung ist die WVV aktiv. Sie betreibt ein modernes Kompostwerk und erzeugt dort den wertvollen Bodenverbesserer Kompost und viele Spezialerden. In einer Recyclinganlage werden Abfälle getrennt und sortiert und anschließend der Weiterverwertung zugeführt.

Die WVV kümmert sich um die Menschen in der Region – auch in deren Freizeit. Die Würzburger Bäder sorgen für ein entspanntes Freizeitvergnügen. Die Mitarbeitenden stehen als kompetentes und freundliches Service-Personal in den Würzburger Bädern, den Saunen sowie der Eisbahn bereit. Hier dreht sich alles um das Wohlergehen der Gäste.

Unser roter Faden für die Zukunft

INFRASTRUKTUR – NETZWERKE – DIGITALISIERUNG

2022 war ein weiteres herausforderndes Geschäftsjahr, auch für den WVV-Konzern. Kaum war die Corona-Krise etwas in den Hintergrund getreten, konfrontierte uns der im Februar begonnene Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine mit der nächsten Krisensituation. Der Krieg in Europa verschärfte die ohnehin angespannte Lage auf den Energiemärkten im Verlauf des Jahres drastisch. „Gasmangellage“, „Blackout“ und „Strompreisbremse“ wurden zu Begriffen, die plötzlich unseren Arbeitsalltag dominierten.

Die neue weltpolitische Situation stellte 2022 die verlässliche Versorgung mit Erdgas und Strom in Frage und unser Unternehmen – wie die gesamte Energiebranche – vor neue Herausforderungen, besonders was die Versorgung im Winter anbelangte. Gasmangellage, exorbitante Energiemarktpreise und die Sicherheit der kritischen Infrastruktur bestimmten seitdem in vielen Bereichen unsere tägliche Arbeit. Regelmäßige Krisensitzungen, genaue Beobachtung der aktuellen Lage und die Vorbereitung auf verschiedene Krisenszenarien wurden zur Normalität. In vielen Bereichen mussten wir größtenteils auf Weisungen der Bundesregierung reagieren und uns flexibel an tagesaktuelle Situationen anpassen. Das erforderte nicht nur Durchhaltevermögen, sondern auch Kooperation und Zusammenhalt der einzelnen Organisationseinheiten im WVV-Konzern. Glücklicherweise konnte, auch dank eines recht milden Winters, das Szenario einer Gasmangellage oder eines Blackouts abgewendet und die Krisensituation entschärft werden.

Um mit all diesen Herausforderungen umgehen zu können, war und ist es für den WVV-Konzern besonders wichtig, sich robust und zukunftsweisend aufzustellen. So stellen wir sicher, dass unser Unternehmen auch weiterhin ein wertvoller und stabiler Partner für die Stadt und Region sein wird. Wichtig ist es deshalb, auch in Krisenzeiten, den Fokus auf zukunftsgerichtete Projekte zu richten.

Zukunft gestalten im WVV-Konzern

Gerade weil unser Unternehmen in Würzburg und in der Region tief verwurzelt ist, ist es uns wichtig, diese Umgebung auch in Zukunft lebenswert zu gestalten. Wir haben es in der Hand, unseren Beitrag zu einer sicheren Versorgung, zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz und zu einer möglichst

hohen Lebensqualität vor Ort zu leisten. Zukunftsorientierte Projekte, in der die Vernetzung von Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Infrastruktur zusammenspielen, sind dabei von zentraler Bedeutung. Sie sind die effiziente, fortschrittliche und nachhaltige Basis für zukunftsfähige Lösungen für unsere Kundinnen und Kunden, quasi der „rote Faden“ für die Zukunft unseres Unternehmens.

Der digitalen Transformation kommt dabei insgesamt eine besonders wichtigere Rolle zu. Ein weiterer Unternehmens-Fokus ist es, eine leistungsfähige Infrastruktur zu erhalten und zu betreiben. Unser Anspruch besteht darin, die Infrastruktur stets bedarfsgerecht, hochverfügbar und effizient zu halten. Dies gilt sowohl für den Ausbau einer flächendeckenden und nutzerfreundlichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge als auch für die Erweiterung des Straßenbahnnetzes sowie den Ausbau des Fernwärmenetzes in und um Würzburg. Das Thema Nachhaltigkeit hat einen hohen Stellenwert in unserem Unternehmen. So wurde 2022 beispielsweise der WVV-Umwelpreis ins Leben gerufen, der sich reger Beteiligung erfreut und dessen Sieger die Würzburger Bürgerinnen und Bürger selbst küren dürfen. Aktuell wird das Nachhaltigkeitsmanagement im Konzern weiter ausgebaut, ein regelmäßig erscheinender Nachhaltigkeitsbericht soll im Konzern etabliert werden.

Digitale Transformation in der Energiebranche

Transformation ist ein Stichwort, das den WVV-Konzern in den kommenden Jahren ebenfalls wie ein roter Faden begleiten wird. Die WVV gestaltet den Weg der Wärmetransformation, um in Einklang mit dem Klimaschutzkonzept der Stadt Würzburg bis 2040 CO₂-neutral Wärme zu erzeugen, effizient zu verteilen und mit Abwärme smart umzugehen. Dabei ist eine Technologieoffenheit mit Blick auf den langen Umsetzungszeitraum und lebenslanges Lernen unserer Mitarbeitenden entscheidend. Nur so werden wir der erfolgreiche Dienstleister im Bereich Energie, Verkehr und Umwelt bleiben.

Auch auf die Stromnetze kommen weitere Aufgaben dazu, denn die Zunahme der E-Mobilität, aber auch der verstärkte Einsatz von Wärmepumpen und dezentraler Erzeugungstechnik, wie z. B. PV-Anlagen, muss abgedeckt



Dörte Schulte-Derne

Thomas Schäfer

werden. Darüber hinaus gehören auch die Ladesäuleninfrastruktur, die Straßenbeleuchtung und die Erzeugungsanlagen mit dem kombinierten Einsatz von Speichertechnologie zur Infrastruktur, die in den nächsten Jahren erweitert werden muss.

Intelligente Vernetzung von Daten für die Smart City

Digitalisierung ist die Basis einer intelligenten, vernetzten Stadt, der Smart City. Das Fundament dazu sind Daten. Gewonnen werden diese mittels entsprechender Sensoren, die z. B. in technischen Anlagen verbaut werden. So entstehen Daten über die ganze Stadt verteilt, die dann zur Verarbeitung an die entsprechende Datenplattform übertragen werden. Eine Möglichkeit zur Datenübertragung im Internet der Dinge bietet dabei die Funktechnologie LoRaWAN (Long Range Wide Area Network). Auch in Würzburg wurde in den letzten Jahren ein LoRaWAN-Netz von der WVV aufgebaut. Sechs Gateways empfangen derzeit Daten. Damit ist bereits heute der Großteil der Stadt abgedeckt. Mittelfristig soll die Anzahl auf 30 Gateways steigen, um für eine lückenlose Abdeckung zu sorgen.

Daten, die bereits heute in Würzburg über LoRa abgerufen werden, kommen z. B. aus BHKW-Anlagen. Außerdem werden nur noch Wärmezähler mit LoRa bestellt und eingebaut. Ein weiteres Projekt, das mittels der Funktechnologie realisiert wird, ist eine Klimadatenerhebung der Universität Würzburg, bei der mit ca. 300 Temperatur- und Feuchte-Sensoren ein Modell der Stadt erstellt wird. Unsere Innovationstochter smart and public nimmt sich verstärkt dem Thema Internet of Things an. Anwendungsfälle für interne Kunden wie die MFN oder die Genusswunder Würzburg GmbH befinden sich aktuell in der Prüfung. Dabei steht unter anderem das Thema Raumklima bzw. Kühlkettenüberwachung im Fokus.

Zukunftsweisende Mobilität

Auch im Mobilitätssektor stehen für die WVV wichtige Zukunfts-Projekte an. Die Erneuerungen des Straßenbahnfuhrparks, die Linienenerweiterung nach Grombühl im Norden des Liniennetzes oder die Streckenerweiterungen ins Hubland/Frauenland sind wichtige Großprojekte in

diesem Bereich. Auch die Elektrifizierung der NVG-Omnibusflotte gehört dazu. Dank des sogenannten Öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDLA), mit dem die Stadt Würzburg die WVV beauftragt hat, die Planung, Durchführung und Weiterentwicklung des innerstädtischen ÖPNVs in Würzburg voranzubringen, haben wir Planungssicherheit und können die anstehenden Großprojekte planen und durchführen. Gleiches gilt auch für die ehrgeizigen und herausfordernden Ziele, die sich aus dem Klimaschutzkonzept oder der Mobilitätswende ergeben.

Menschen im Mittelpunkt

Die WVV treibt die Energiewende, die Verkehrswende und die Digitalisierung voran. Dabei stehen nicht nur unsere Kundinnen und Kunden, sondern auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Fokus. Sie haben unsere Erfolge erarbeitet, viele neue Erfahrungen gesammelt und spontan mit Herz und Hand neue Lösungen in Krisenzeiten umgesetzt. Dabei haben wir ihr Engagement, ihren unermüdlischen Einsatz, ihr Durchhaltevermögen noch mehr als vorher schätzen gelernt! Dafür bedanken wir uns sehr herzlich bei ihnen allen.

Ihre

Dörte Schulte-Derne
Geschäftsführerin

Ihr

Thomas Schäfer
Geschäftsführer

KONZERNLAGEBERICHT

für das Geschäftsjahr 2022 der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Würzburg

A. Geschäftsentwicklung

A.1. Rahmenbedingungen

Die WVV als Konzernobergesellschaft erfüllt insbesondere die Aufgaben einer geschäftsleitenden Holding für die einzelnen Konzerngesellschaften. Gegenstand des Unternehmens sind einerseits der Erwerb, die Errichtung oder die Beteiligung an Unternehmen, aus den Bereichen der Energie- und Trinkwasserversorgung, des Nahverkehrs, der Parkraumbewirtschaftung, der Abfallbehandlung, sowie dem Betrieb der Häfen und Bäder. Andererseits führt die WVV für die Tochtergesellschaften und für Dritte die gesamten zentralen Tätigkeiten durch. Der bei der WVV anfallende Aufwand wird an die Konzerngesellschaften weiterverrechnet.

Die WVV hält als Konzernobergesellschaft des WVV-Konzerns Mehrheitsbeteiligungen an der Stadtwerke Würzburg AG (STW 55,8 %), der Würzburger Straßenbahn GmbH (WSB 74 %), der Würzburger Hafen GmbH (WHG 74 %), der Würzburger Stadtverkehrs-GmbH (SVG 66,7 %) und an der Würzburger Recycling GmbH (WRG 50,5 %). Bei der Kompostwerk Würzburg GmbH (KWG), der Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH (TWV), der WVV-Wirtschaftsstandort Würzburg Immobilien-Management GmbH (IMG), bei der Würzburger Bäder-GmbH (WBG), seit 2019 bei der Genusswunder Würzburg GmbH (GWW) und seit 2021 bei der smart and public GmbH (SPG) ist die WVV alleinige Gesellschafterin.

Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge bestehen mit der STW, WSB, WHG, SVG und TWV. Mit der WBG besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. Des Weiteren ist die WVV mit 9 % an der Stadtwerke Merseburg GmbH, mit 5,4 % an der Stadtwerke Zittau GmbH und mit 5 % an der Würzburg AG beteiligt.

Alleinige Gesellschafterin der WVV ist die Stadt Würzburg.

B. Wirtschaftsbericht

B.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Mit Ausbruch des Kriegs veränderten sich die zunächst positiven wirtschaftlichen Vorzeichen für die gesamte EU schlagartig und wirkten sich auch auf das erwartete BIP-Wachstum des Euroraums aus. Gemäß OECD soll das BIP des Euroraums im Jahr 2022 nur um 3,3 Prozent gewachsen sein. Wegen der über das vergangene Jahr hinweg anhaltend hohen Inflation im gesamten Euroraum hat die Europäische Zentralbank (EZB) Mitte 2022 eine Kehrtwende in ihrer Geldpolitik vollzogen: Nachdem sie im Juli erstmals seit 16 Jahren den Leitzins um 0,5 Prozentpunkte an hob und im September den nächsten Zinsschritt um 0,75 Punkte folgen ließ – was die stärkste Anhebung seit Einführung der Gemeinschaftswährung war –, folgten Ende November und Mitte Dezember weitere Anstiege um 0,75 und 0,5 Punkte. Damit will die EZB Kredite verteuern, die Nachfrage dämpfen und hohen Teuerungsraten entgegenwirken, um die Inflation mittelfristig wieder auf ihren Zielwert von 2 Prozent zu senken. Kurzfristig dürfte die nunmehr vollzogene Zinswende, die zu einem Anstieg der Zinssätze bei Banken geführt hat, das Wirtschaftswachstum in Europa weiter dämpfen.

Ein wichtiger Einflussfaktor für die Wirtschaft im Euroraum waren und sind zudem die Sanktionen der internationalen Gemeinschaft gegen Russland. Als Folge der hohen Energieabhängigkeit Europas von Russland haben diese die Rohstoffpreise stark steigen lassen. Daraus folgte eine allgemeine Verunsicherung der Märkte, die auch die Konjunktur beeinträchtigte und gemeinsam mit den historisch hohen Inflationsraten in der EU und in den USA die konjunkturellen Aussichten merklich verschlechtert hat. Über allem spannte sich zusätzlich der Bogen einer drohenden europäischen Energiekrise, deren Wirkung nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen Mitgliedstaaten spürbar war und die Konjunktur in Europa insgesamt deutlich verschlechterte.

Trotz der Herausforderungen für den Winter 2022/2023 hat es Europa geschafft, den größten Teil der gekappten russi-

PRIMÄRENERGIEVERBRAUCH IN DEUTSCHLAND

Energieträger	Mio. t SKE (Steinkohleeinheiten)			Anteile in %	
	2022	2021	Veränderung	2022	2021
Mineralöl	141,9	137,8	4,1	35,2	32,5
Erdgas	96,0	112,7	-16,7	23,8	26,6
Steinkohle	39,6	37,8	1,8	9,8	8,9
Braunkohle	40,4	38,5	1,9	10,0	9,1
Kernenergie	12,9	25,7	-12,8	3,2	6,1
Erneuerbare Energien	69,4	66,5	2,9	17,2	15,7
Stromaustauschsaldo	-3,4	-2,3	-1,1	-0,8	-0,5
Sonstige	6,7	6,8	-0,1	1,7	1,6
Summe	403,6	423,5	-20,1	100,0	100,0

Alle Angaben sind vorläufig, Abweichungen in den Summen durch Rundungen.
Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V., Statistik der Kohlenwirtschaft e.V., AG Energiebilanzen e.V., Statistisches Bundesamt, AGEE-Stat (für erneuerbare Energien)

BRUTTOSTROMERZEUGUNG IN DEUTSCHLAND

Energieträger	Mrd. kWh			Anteile in %	
	2022	2021	Veränderung	2022	2021
Braunkohle	117,0	110,4	6,6	20,4	18,9
Steinkohle	66,0	54,9	11,1	11,5	9,4
Kernenergie	34,7	69,1	-34,4	6,0	11,8
Erdgas	77,5	90,0	-12,5	13,5	15,4
Mineralöl	4,6	4,9	-0,3	0,8	0,8
Erneuerbare Energien	256,2	237,1	19,1	44,6	40,5
Sonstige	18,0	18,6	-0,6	3,1	3,2
Bruttostromerzeugung einschl. Einspeisung insgesamt	574,0	585,0	-11,0	100,0	100,0

Alle Angaben sind vorläufig, Abweichungen in den Summen durch Rundungen.
Quelle: BDEW Jahresbericht Energieversorgung zum 20.12.2022

schen Gaslieferungen zu ersetzen. Die Europäische Union hat zusätzliches Erdgas etwa aus Norwegen sowie verflüssigtes Erdgas (Liquefied Natural Gas (LNG)) aus den USA und Kanada bezogen. Die Herausforderung liege vielmehr im Winter 2023/2024. Nach Berechnungen der EU-Kommission könnten Ende des kommenden Sommers 30 Mrd. Kubikmeter Gas fehlen, um die Speicher in der EU zu füllen.

B.1.1. Branchensituation

Bei den aktuellen Zahlen handelt es sich um vorläufige Werte. Entsprechend wurden die im Vorjahr gemeldeten Daten ggf. auf die tatsächlichen Werte aktualisiert.

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2022 u. a. aufgrund eines höheren durchschnittlichen Temperaturniveaus, preisbedingter Produktionskürzungen in einzelnen Wirtschaftsbranchen, kurzfristiger verhaltensbedingter Einsparungen wie auch durch Energieeffizienzinvestitionen mit mittel- bis langfristiger Wirkung infolge der stark gestiegenen Energiepreise, im Vergleich

zum Vorjahr gesunken. Gegenläufig wirkt sich ein Anstieg der Bevölkerung aus.

Der schon seit Mitte 2021 erkennbare Trend steigender Erdgaspreise verstärkte sich mit dem Krieg in der Ukraine deutlich. Dies führte zu weiteren Verschiebungen in der Erzeugungsstruktur. Erdgaskraftwerke produzierten im Jahr 2022 mit 77,5 Mrd. kWh 13,9 % weniger Strom als 2021. Hinzu kam die planmäßige Abschaltung von drei Kernkraftwerken zum 31.12.2021, wodurch 4.058 MW Erzeugungskapazität und rund 35 Mrd. kWh Stromerzeugung wegfiel. Diese Lücke konnte nur zu einem geringen Teil durch die Erneuerbaren Energien aufgefangen werden, sodass mehr Strom in Kohlekraftwerken erzeugt werden musste. Der Anteil der Braun- und Steinkohlekraftwerke an der Stromerzeugung in Deutschland stieg dadurch auf 31,9 %.

Der Erdgasverbrauch in Deutschland nahm 2022 um voraussichtlich rd. 14,8 % auf rd. 866 Mrd. kWh ab. Dieser Rückgang ergibt sich im Wesentlichen aus einer Abnahme des Erdgasverbrauchs aus der Industrie im Zuge der konjunkturellen Abschwächung in den energieintensiven Industrien und eines preisbedingten Nachfragerückgangs. Die bereits seit Herbst 2021 stark gestiegenen Erdgaspreise veranlassten die Industrie zu weiteren Effizienzmaßnahmen. Die höheren Temperaturen sowie verhaltensbedingte Einspareffekte ließen die Erdgasnachfrage sowohl bei den Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen als auch bei den privaten Haushalten sinken. Der Einsatz von Erdgas als Brennstoff in den Kraft- und Heizkraftwerken der Strom- und Wärmeversorger ging vor allem preisbedingt um 13 % zurück. Die höheren Temperaturen sorgten zudem für einen geringeren Bedarf an Wärmeauskoppelung.

Ein wichtiger Kostenfaktor der Stromproduktion aus fossilen Brennstoffen ist die Beschaffung von CO₂-Emissionsrechten. Seit November 2020 ist der CO₂-Preis durchgängig angestiegen. Der Preis für CO₂-Zertifikate hat sich seit Januar 2021 von rund 33,40 Euro je Tonne auf fast 80 Euro je Tonne im Dezember 2021 erhöht. Die Preise für CO₂-Emissionszertifikate bewegten sich im Laufe des Jahres 2022 zwischen 60 und rd. 100 €/t CO₂ und lagen im Jahresmittel bei rund 81 €/t CO₂. Am 19.08.2022 erreichte der Preis für CO₂-Emissionszertifikate mit 97,58 €/t CO₂ sein bisheriges Allzeithoch.

Der Strompreis für Haushaltskundinnen und -kunden ist im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr deutlich um knapp 25 % auf durchschnittlich 40,07 ct/kWh angestiegen. Grund für den Anstieg sind die sehr stark gestiegenen Strompreise im Großhandel.

Im Jahresmittel 2022 lagen die Terminmarktpreise für Strom drei- bis viermal höher als im Vorjahr, im Spotmarkt für die kurzfristige Beschaffung mehr als doppelt so hoch.

Dieser Anstieg wirkt sich nach und nach auf die Endkundenpreise aus. Zwar hat die Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli 2022 für eine spürbare Entlastung der Endkundenpreise gesorgt, konnte aber die gestiegenen Kosten für die Beschaffung nicht kompensieren. Steuern, Abgaben und Umlagen haben damit nur noch einen Anteil von 28 % am Strompreis, wohingegen der Anteil der Kosten für Beschaffung und Vertrieb auf 52 % angestiegen ist. Die Netzentgelte haben einen Anteil von 20 %. Für das Jahr 2023 steigen die Steuern, Abgaben und Umlagen leicht an, aber vor allem die 2022 deutlich gestiegenen Terminmarktpreise werden die Stromtarife im Jahr 2023 vorerst weiter verteuern. Die nun beschlossene Strompreisbremse, die den Arbeitspreis für 80 % des prognostizierten Jahresverbrauchs auf 40 ct/kWh deckelt, wird allerdings für eine spürbare Entlastung der Stromrechnung für Haushaltskunden im kommenden Jahr sorgen.

Im Verlauf des Jahres 2022 sind die Energiepreise, insbesondere die Gaspreise, zum Teil stark gestiegen. Das Abflauen der Corona-Welle im Herbst 2021 begünstigte einen wirtschaftlichen Aufschwung und förderte so einen preistreibenden Anstieg der Nachfrage nach Energie. Zusätzlich zu dieser Entwicklung haben der Russland-Ukraine-Krieg und die damit verbundenen Sanktionen auf der Angebotsseite eine preistreibende Verknappung ausgelöst.

Der Grenzübergangspreis (auf Jahresbasis) für Gas erhöhte sich in der Zeit zwischen 2021 und 2022 von ca. 2,54 ct/kWh auf rund 7,56 ct/kWh und hat sich demzufolge gegenüber dem Vorjahr verdreifacht (+ 197 %). Der Jahresdurchschnittswert für 2022 liegt damit sogar deutlich über dem Niveau des bisherigen Höchststandes, der 2012 zu beobachten war (ca. 2,90 ct/kWh).

Vor dem Hintergrund der im Jahresverlauf 2022 (mit Preisspitzen im Frühjahr und Spätsommer) stark gestiegenen Erdgasimport- und Großhandelspreise, legten auch die Endkundenpreise bzw. die Abgabepreise an Verbraucher im Jahresverlauf kräftig zu, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß. So erreichten insbesondere die Abgabepreise an Kraftwerke und Industriekunden bis September 2022 neue Höchststände. Während beim Preis für Kraftwerksgas zwischen Januar und September 2022 eine Verdoppelung zu beobachten ist (+ 113 %), stiegen die Preise für Industriekunden im gleichen Zeitraum um rund 88 %. Wie beim Einfuhrpreis für Erdgas traten die Preisspitzen für Großabnehmer wie Kraftwerke und Industrie im Jahresverlauf 2022 im September auf. Bei der Interpretation der Preisentwicklung im Industriekundenbereich ist zu beachten, dass sich die Preise für große industrielle Abnehmer (Jahresabgabe größer 500 GWh) aufgrund der kurzfristigeren Beschaffung um rund 176 % gegenüber dem Vorjahr erhöht haben, für kleine industrielle Gasverbraucher (Abgabe 11,63 GWh/a) verdoppelten sich die Preise (Preissteigerung 2021/2022: + 106 %). Aufgrund früh-

zeitiger Beschaffung stiegen die Gaspreise für die Bereiche Gewerbe, Handel, Dienstleistungen verglichen mit den bisher betrachteten Großabnehmern (Industrie, Kraftwerke) unterproportional, und zwar um knapp 85 %. Für die privaten Haushalte war 2022 im Vergleich zum Vorjahr im Durchschnitt eine Preiserhöhung von etwa 78 % zu beobachten.

Auf dem Höhepunkt der bisherigen Preis-Aufwärtsspirale Ende August 2022 kostete eine MWh Gas im Monatskontrakt an der niederländischen TTF-Börse 346 EUR und auch der Spotpreis stieg über 300 EUR. Zum Ende des Berichtsjahres pendelten sich die Preise bei 64 EUR beziehungsweise 82 EUR ein. Die geopolitische Unsicherheit war eine Ursache für die massiven Preisübertreibungen im Verlauf des vergangenen Jahres. Eine andere war, dass gerade der deutsche Marktgebietsverantwortliche Trading Hub Europe GmbH sehr aktiv war, um möglichst rasch die im Frühjahr 2022 noch außergewöhnlich leeren Gasspeicher zu füllen und die im Mai 2022 neu erlassenen gesetzlichen Vorgaben zur Befüllung von Gasspeichern zu erfüllen.

Die deutschen Speicher machen rund 24 Prozent der EU-weiten Kapazität aus; ihre forcierte Befüllung hatte somit auch eine Rückwirkung auf das Preisgeschehen in der EU insgesamt.

Im März rief Bundeswirtschaftsminister Habeck die Frühwarnstufe und Ende Juni die Alarmstufe des Notfallplans Gas aus. Um die Preise für Strom und Gas zu stabilisieren und dann sinken zu lassen, beschloss der Bundestag im Oktober zusätzlich einen Abwehrschirm in Höhe von 200 Mrd EUR. Nachdem die Bundesregierung bereits im April die Gazprom Germania, heute unter SEFE Securing Energy for Europe GmbH (SEFE) firmierend, zunächst unter Treuhänderschaft gestellt hatte, übernahm sie als weitere Maßnahme zur Sicherung der Energieversorgung Ende September den größten deutschen Gasimporteure Uniper. Mit der Übernahme des Bundes endeten auch Überlegungen der Bundesregierung, eine Gasumlage zur Stützung exponierter Unternehmen einzuführen. Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist laut der Bundesnetzagentur weiter gewährleistet, auch weil die Gasspeicher Ende November durch umfangreiche Käufe schneller als erwartet wieder gefüllt waren. Die Lage bleibt jedoch aufgrund der weiterhin angespannten Situation am Gasmarkt unter strenger Beobachtung.

Ebenfalls als Risikovorsorge beschloss das Bundeskabinett Mitte Oktober eine Atomgesetznovelle. Das bereits Anfang Dezember in Kraft getretene Gesetz schreibt vor, dass für den weiteren befristeten Streckbetrieb der Atomkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 nur die in der jeweiligen Anlage noch vorhandenen Brennelemente zu nutzen sind. Am 15. April 2023 müssen die Kraftwerke spätestens ihren Leistungsbetrieb einstellen. Der Einsatz neuer Brennelemente ist nicht zulässig.

Eine weiterhin wichtige Einflussgröße für die deutsche Wirtschaft blieb auch im Berichtsjahr die Covid-19-Pandemie. Insbesondere die Lieferketten waren weltweit weiterhin beeinträchtigt und verzögerten so eine schnellere wirtschaftliche Erholung. Obwohl einzelne Unternehmen bereits von Verbesserungen in der Lieferkette berichten, werden die Probleme vermutlich noch weit in das Jahr 2023 reichen. Der für Deutschland wichtige Handelspartner China spielt hier eine Hauptrolle. Das Land verfolgte bis Ende des Berichtsjahres weiterhin eine strikte und von der Bevölkerung zunehmend kritisierte Null-Covid-Strategie mit Lockdowns, strenger Kontrolle, Kontaktverfolgung und Zwangsquarantäne. Dies führte immer wieder zu länger anhaltenden Störungen und Lieferengpässen bei bestimmten Erzeugnissen wie etwa Halbleitern.

Die gesetzliche Vorgabe für Deutschland von 95 Prozent Speicherfüllstand wurde dann auch vor dem vorgeschriebenen 1. November erreicht. Mitte November waren Deutschlands Gasspeicher zu 100 Prozent gefüllt. Zudem wirkte das außergewöhnlich milde Wetter im Oktober und in der ersten Novemberhälfte preissenkend. Auch wenn sich der Gaspreis nun auf einem im Vergleich zum Sommer 2022 eher moderaten Stand einpegelt, ist davon auszugehen, dass die Preise auch nach Krieg und Corona auf einem hohen Niveau bleiben werden.

Im gesamten Jahresverlauf war für Wirtschaft und Bürger/innen die steigende Teuerung spürbar. Die Bundesregierung ging in ihrer Herbstprojektion von Mitte Oktober für den Jahresdurchschnitt 2022 von einer Inflationsrate von 8,0 Prozent und für 2023 von 7,0 Prozent aus. Der Sachverständigenrat kam in seiner Novemberprognose für 2022 auf denselben Wert und geht für 2023 von einer Teuerung von 7,4 Prozent aus. Eine Hauptursache für die hohe Inflation ist die Energiepreisentwicklung.

Bereits kurz nach Beginn des Russland-Ukraine-Kriegs wurden in Brüssel Forderungen einzelner Mitgliedstaaten nach einem Preisdeckel an Großhandelsmärkten für Erdgas laut. Im Laufe des Jahres 2022 wurden unterschiedliche Modelle zur Umsetzung eines Preisdeckels diskutiert. Am 19. Dezember beschloss der Rat der Europäischen Union, einen Marktkorrekturmechanismus einzuführen. Dieser sogenannte dynamische Preisdeckel ist – sobald seine Voraussetzungen vorliegen – für einen Zeitraum von 28 Tagen geplant und kann unter bestimmten Voraussetzungen automatisch oder durch Entscheidung der Kommission ausgesetzt werden.

Auch die Bundesregierung hat in Reaktion auf die stark gestiegenen Energiepreise weitreichende Maßnahmen zur Entlastung der Bürger/innen und der Industrie beschlossen. Die Umsatzsteuer auf Gas ist für den Zeitraum zwischen dem 1. Oktober 2022 und dem 31. März 2024 von 19 Prozent auf 7 Prozent abgesenkt worden. Zudem wurde die eigentlich für Anfang 2023 anstehende Erhöhung des

CO₂-Preises für Heizöl, Erdgas und Kraftstoffe um weitere 5 EUR pro Tonne um ein Jahr verschoben. Im Jahr 2022 war der Preis auf 30 EUR pro Tonne gestiegen. Für untere Einkommensbezieher/innen und auch solche, die auf Sozialtransfers angewiesen sind, erhöhte die Regierung unter anderem den Grundfreibetrag, passte das Wohngeld nach oben an und beschloss Heizkostenzuschüsse.

Die weitreichendsten Impulse gingen jedoch von der Arbeit der von der Bundesregierung eingesetzten Expertenkommission Gas und Wärme aus. Die Kommission überreichte der Regierung ihren Abschlussbericht am 31. Oktober. Sie schlug vor, Gas- und Fernwärmekunden in zwei Schritten zu entlasten. Demnach sollte der Staat in einem ersten Schritt die Abschläge im Dezember komplett übernehmen, ausgenommen sind Abschläge für Industrie und Kraftwerke zur Stromerzeugung.

In einem zweiten Schritt soll ab Anfang März 2023 bis mindestens Ende April 2024 eine Gas- und Wärmepreisbremse greifen. Diese Empfehlungen wurden von der Bundesregierung aufgegriffen und verabschiedet. Als Sofortmaßnahme hat die Bundesregierung die von der Kommission empfohlene Einmalzahlung für einen Gas-Monatsabschlag aufgegriffen, und ein entsprechendes Gesetz wurde am 10. November beschlossen. Von der Soforthilfe profitierten Haushalte, die Gas oder Fernwärme nutzen. Ihnen sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen, die über Standardlastprofile (SLP) abgerechnet werden und weniger als 1,5 Mio kWh Gas pro Jahr verbrauchen, wurde die Abschlagszahlung im Dezember erlassen, ebenso – unabhängig vom Jahresverbrauch – soziale Einrichtungen wie beispielsweise Krankenhäuser, Pflege- und Bildungseinrichtungen.

Die Kommission behandelte zudem die Frage, wie mit drohenden Zahlungsrückständen umgegangen werden sollte. Sie empfahl, einen Härtefallfonds einzuführen, der zielgenau und bedarfsgerecht Notlagen abfedern sollte. Diesem Vorschlag sind Bund und Länder in der Gesetzgebung zur Strom- und Gaspreisbremse weitgehend gefolgt.

Der Bundestag hat Mitte Dezember 2022 die Gaspreisbremse verabschiedet. Die Bundesregierung hielt sich bei der Gesetzeserstellung in weiten Teilen an die Empfehlungen der Experten-Kommission Gas und Wärme. Die EU-Kommission gab ebenfalls grünes Licht. Ab dem 1. März 2023 bis maximal zum 30. April 2024 sollen im Wesentlichen SLP-Kundinnen und -Kunden, die auch von der Soforthilfe Gebrauch machen konnten, eine Entlastung mittels eines garantierten Gas-Bruttopreises von 12 Cent/kWh für 80 Prozent des prognostizierten Jahresverbrauchs gewährt werden; bei Fernwärme sind dies 9,5 Cent/kWh. Für die restlichen 20 Prozent des Verbrauchs gilt der Vertragspreis. Die Gaspreisbremse gilt rückwirkend zum 1. Januar 2023. SLP-Kundinnen und -Kunden wurden

damit im März 2023 auch die Entlastungsbeträge für Januar und Februar 2023 angerechnet.

Für die Industrie gilt die Gaspreisbremse ab dem 1. Januar 2023. Industriekunden mit einem Verbrauch von mehr als 1,5 Mio kWh zahlen für 70 Prozent ihres Verbrauchs als Netto-Arbeitspreis 7 Cent/kWh bei Gas und 7,5 Cent/kWh bei Fernwärme, wobei das Gesetz im Rahmen der Bestimmung des Jahresverbrauchs für verschiedene Letztverbraucher unterschiedliche Bezugsgrößen definiert. Entsprechend wird ihnen die Differenz zum vertraglich vereinbarten Arbeitspreis erstattet. Bundesweit greift die Gaspreisbremse für etwa 25.000 Unternehmen und etwa 1.900 Krankenhäuser. Die Gaspreisbremse soll rund 54 Mrd. EUR kosten. Versorger sollen vollständig mit Mitteln aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds kompensiert werden.

Das Gesetz zur Strompreisbremse wurde Ende Dezember vom Bundestag verabschiedet. Die Strompreisbremse gilt vom 1. März 2023 bis maximal zum 30. April 2024. Rückwirkend werden jedoch auch die Monate Januar und Februar berücksichtigt. Der Strompreis für private Verbraucher sowie kleine und mittelständische Unternehmen mit einem Stromverbrauch von bis zu 30.000 kWh wird bei 0,40 EUR/kWh begrenzt, inklusive aller Steuern, Umlagen, Abgaben und Netzentgelte. Diese Regelung gilt für 80 Prozent des prognostizierten Jahres- beziehungsweise Vorjahresverbrauchs. Dieser bemisst sich an der durch den Verteilnetzbetreiber erstellten Jahresverbrauchsprognose. Den Verteilnetzbetreibern kommt in der Umsetzung der Bremse an dieser Stelle eine wichtige Rolle zu. Industriekunden zahlen für 70 Prozent des bisherigen Verbrauchs 0,13 EUR/kWh zuzüglich Steuern, Abgaben und Umlagen. Auch in Bezug auf die Strompreisbremse sollen Versorger vollständig kompensiert werden. Mithilfe des dritten Entlastungspakets der Bundesregierung wurden auch die Netzentgelte der Stromübertragungsnetze stabilisiert. Sie liegen für die Übertragungsnetze im Jahr 2023 bei 3,12 Cent/kWh. Die Maßnahme kostet knapp 13 Mrd. EUR und soll zunächst aus dem Konto zur Förderung erneuerbarer Energien (EEG-Konto) finanziert werden, das im Spätjahr des Berichtsjahres einen positiven Saldo von 18 Mrd. EUR aufwies. Dauerhafte Entlastungen der Übertragungsnetzentgelte sollen durch die Einnahmen aus der Übererlösabschöpfung von Erzeugungsanlagen erfolgen, die im Rahmen der Strompreisbremse etabliert wurde.

Die EU-Staaten beschlossen Ende September auf Basis eines Vorschlags der EU-Kommission, eine Erlösobergrenze von 180 EUR je MWh im Stromgroßhandelsmarkt einzuführen. Sie gilt für erneuerbare Energien, Kernkraft und Braunkohle. Ebenfalls mit einem Solidaritätsbeitrag belastet werden sollen nach EU-Beschluss Anbieter von Öl, Gas und Kraftstoffen.

Der Bundestag hat die Abschöpfung der Zufallsgewinne von Stromproduzenten nicht rückwirkend zum 1. September 2022, sondern rückwirkend zum 1. Dezember beschlossen. Die Laufzeit der Abschöpfung ist zunächst bis 30. Juni 2023 befristet, könnte aber durch eine Rechtsverordnung maximal bis April 2024 verlängert werden.

Als Reaktion auf den Russland-Ukraine-Krieg hat die EU-Kommission im Mai mit dem Vorschlag des sogenannten REPowerEU-Pakets den Ausbau der erneuerbaren und die Abkehr von fossilen Energieträgern forciert. Es handelt sich dabei um ein großes Maßnahmenpaket, das die Abhängigkeit von russischen Energieimporten mindern, die CO₂-Emissionen reduzieren und den Ausbau der Erneuerbaren beschleunigen soll. Die Pläne, die unter anderem als legislative Revision in die Erneuerbaren Energien Richtlinie (RED IV) einfließen, sehen vor, das 2030-Ziel für den Anteil der Erneuerbaren im EU-Energiemix auf 45 Prozent anzuheben. Das soll durch einen beschleunigten Bau von Erneuerbaren-Anlagen erfolgen, unter anderem in sogenannten und von den Mitgliedstaaten zu definierenden Go-to-Gebieten für erneuerbare Energien. Nach der bislang geltenden Gesetzgebung ist die EU verpflichtet, bis 2030 mindestens 32 Prozent des Energiebedarfs durch erneuerbare Energieanlagen zu decken.

Die EU hat Ende Oktober beschlossen, ab 2035 nur noch emissionsfreie Fahrzeuge in Europa zuzulassen. Zudem will sie sich den Einsatz von sogenannten E-Fuels genauer anschauen. Diese grundsätzliche Entscheidung unterstützt den Wechsel zu einem E-Fahrzeug und damit auch den Ausbau der Ladeinfrastruktur.

Der Gesetzgeber hat die Ziele für den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch von bislang 50 Prozent auf 80 Prozent erhöht. Dabei rückt der Ausbau der Solarenergie in den Fokus. Bis 2030 soll die installierte Photovoltaik-Leistung von 100 GW auf über 215 GW mehr als verdoppelt werden. Um das zu erreichen, wird der Ausbau erneuerbarer Energie als von „überragendem öffentlichen Interesse“ verankert. Damit erhält die erneuerbare Energieerzeugung Vorrang in Abwägungsprozessen, zum Beispiel gegenüber den Belangen von Bau- und Straßenrecht, Wasserschutzgebieten, aber auch Forst-, Immissionsschutz- und Naturschutzrecht. Mit diesem Schritt soll der Prozess im Bereich Planung und Genehmigung schneller vorangehen.

Ein weiterer Baustein zur Beschleunigung der Energiewende war die Novellierung des Messstellenbetriebsgesetzes. Damit möchte die Bundesregierung den Rollout von Smart Energy Metern beschleunigen. Mit einer Gesetzesinitiative, die im Dezember vom Kabinett beschlossen wurde, sollen ein Neustart des Smart-Energy-Meter-Rollout und die Ziele des deutschen Smart-Energy Meter-Plans erreicht werden. Der Plan sieht vor, dass bis 2032 jeder Zähler intelligent oder zumindest mit einer digitalen Schnittstelle versehen sein muss.

Über ein Jahr zog sich auch der Redispatch 2.0, bis die Bundesnetzagentur im November 2022 für Klarheit sorgte. Beim Redispatch modifizieren Netzbetreiber die Leistungseinspeisung von Erzeugungsanlagen, zum Beispiel von Kraftwerken mit dem Ziel, auftretende Überlastungen im Netz zu vermeiden. Seit November müssen Redispatch-Maßnahmen den Bilanzkreisverantwortlichen unverzüglich mitgeteilt werden, und zwar im Detail der geplante Zeitpunkt, der Umfang und die Dauer der Anpassung der Wirk- oder Blindleistungserzeugung. Darüber hinaus stellt die Bundesnetzagentur klar, dass Abschlagszahlungen an die Bilanzkreisverantwortlichen exakt abgerechnet werden müssen. Dafür sollen Netzbetreiber die ausfallende Arbeit möglichst präzise schätzen. Daneben nimmt die Behörde Netzbetreiber in die Pflicht, sicherzustellen, dass bei der Ausgleichsberechnung auch der bilanzielle Ausgleich mitangerechnet wird.

B.2. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Als bedeutsamster finanzieller Leistungsindikator steht im WVV-Konzern das Konzernergebnis im Fokus. Dieses wird maßgeblich durch die Ergebnisbeiträge der Tochtergesellschaften bestimmt.

Als wesentliche nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden die in den Versorgungsunternehmen relevanten Absatzmengen der jeweiligen Sparten betrachtet. Daneben haben im WVV-Konzern die Belange der Arbeitnehmer einen hohen Stellenwert.

Erklärung zur Unternehmensführung

Das Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen sieht eine Berichtspflicht über die festgelegten Zielgrößen und Fristen vor.

Festlegung der Zielgrößen ab 01.07.2022 bis zum 30.06.2027

Im Rahmen eines schriftlichen Gesellschafterbeschlusses der WVV GmbH vom 08.03.2023 wurden Festlegungen für den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung getroffen. Die Anpassung zwei auf konzernebene beschlossenen Organisationsanpassungen sind bereits eingerechnet.

Geschäftsführung: Die Geschäftsführung besteht aktuell aus zwei Personen und soll im Laufe des Jahres 2023 im Zuge der Umstellung auf das 3-Geschäftsführer-Modell um eine weitere Position ergänzt werden.

ZIELGRÖSSEN FRAUENANTEIL	Plan (30.06.2027)
Aufsichtsrat	40 %
Geschäftsführung	33 %

ZUKUNFT GESTALTEN



Gerade weil wir als WVV in der Stadt Würzburg und in der Region tief verwurzelt sind, ist es uns wichtig, Würzburg und die Region auch in Zukunft lebenswert zu gestalten. Wir haben es in der Hand, unseren Beitrag zur sicheren Versorgung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz und einer möglichst hohen Lebensqualität vor Ort zu leisten.

Eine zentrale Bedeutung hat dabei die vernünftige Nutzung und die sinnvolle Verknüpfung unterschiedlichster Ressourcen. Digitalisierung und Vernetzung sind in diesem Zusammenhang für uns weit mehr als modische Schlagworte – sie sind die effiziente, fortschrittliche und nachhaltige Basis für zukunftsfähige Lösungen.



B.3. Lage

B.3.1. Ertragslage

B.3.1.1. Geschäftsverlauf der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Ergebnisse der Tochtergesellschaften vor Ergebnisabführung/Verlustübernahme, Zuführung zu den Gewinnrücklagen und vor Ausgleichsansprüchen anderer Gesellschafter stellen sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

in TEUR	2022	2021
Stadtwerke Würzburg AG (STW)	32.337	21.924
Würzburger Straßenbahn GmbH (WSB)	-21.592	-17.363
Würzburger Hafen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (WHG)	858	585
Würzburger Stadtverkehrs-GmbH (SVG)	274	-851
Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH (TWV)	1.060	2.166
Würzburger Bäder-Gesellschaft mit beschränkter Haftung (WBG)	-5.075	-5.157

Die Zahl der im Jahresdurchschnitt Beschäftigten ist mit 264 (i. Vj. 252) Mitarbeitenden gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Des Weiteren werden bei der WVV 16 (i. Vj. 16) junge Menschen ausgebildet. Dementsprechend ist der Personalaufwand um rd. 292 TEUR auf 20.608 TEUR gestiegen.

Die Rückstellung für Altersteilzeit erhöhte sich um 131 TEUR. Damit besteht zum Bilanzstichtag für 10 Mitarbeitende eine Rückstellung in Höhe von 1092 TEUR.

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen basiert auf den aktuellen Heubeck-Richttafeln 2018 G sowie einem Rechnungszinssatz von 1,78 % (i. Vj. 1,87 %).

B.3.1.2. Geschäftsverlauf wesentlicher Tochterunternehmen

B.3.1.2.1. Stadtwerke Würzburg Aktiengesellschaft (STW)

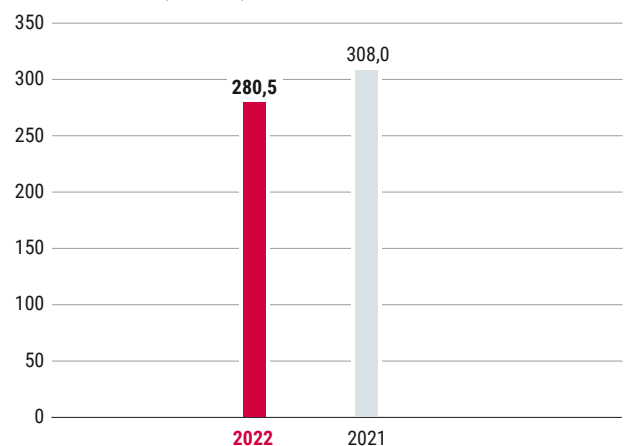
Die Umsatzerlöse in den einzelnen Geschäftsbereichen entwickelten sich wie folgt:

Entwicklung der Fernwärmeversorgung

Der Fernwärmeabsatz ging auf 280,5 Mio. kWh zurück. Die Umsatzerlöse erhöhten sich auf 23,6 Mio. EUR. Diese Umsatzerlösstreigerung resultiert im Wesentlichen aus einem um 1,48 ct/kWh höheren Durchschnittserlös im Jahr 2022.

	Umsatzerlöse in Mio. EUR		Absatz in Mio. kWh	
	2022	2021	2022	2021
Fernwärmeverkauf	23,6	21,3	280,5	308,0

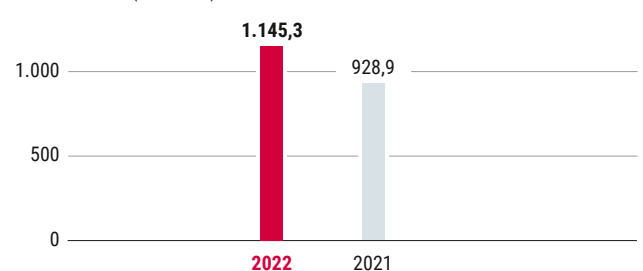
Fernwärmeabsatz (in Mio. kWh)



Entwicklung der Elektrizitätsversorgung

Bei den regionalen Kunden mit Standardlastprofilen (SLP) liegt die Abgabe um 8,9 Mio. kWh unter dem Vorjahr. Der Erlös fiel um 0,7 Mio. EUR geringer aus als im Vorjahr.

Stromabsatz (in Mio. kWh)



	Umsatzerlöse in Mio. EUR		Absatz in Mio. kWh	
	2022	2021	2022	2021
eigenes Netz				
Stromverkauf				
- SLP-Kunden	62,5	63,2	237,0	245,9
- RLM-Kunden	42,8	29,0	161,3	162,1
SUMME EIGENES NETZ	105,3	92,2	398,3	408,0
fremde Netze				
- SLP-Kunden	12,8	8,6	52,0	43,2
- RLM-Kunden	197,0	84,9	695,0	477,7
SUMME FREMDE NETZE	209,8	93,5	747,0	520,9

Bei den Kundinnen und Kunden mit registrierter Leistungsmessung (RLM) im regionalen Netz ist ein Rückgang des Absatzes um 0,8 Mio. kWh und aufgrund der gestiegenen Durchschnittserlöse eine Zunahme der Erlöse um 13,8 Mio. EUR zu verzeichnen.

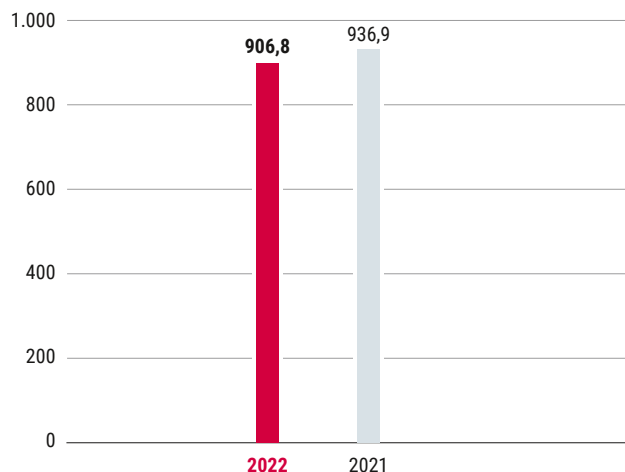
Im überregionalen Geschäft wiederum bewirkt ein Absatzanstieg i.H.v. 226,1 Mio. kWh – insbesondere bedingt durch die RLM-Kunden – um 116,3 Mio. EUR höhere Erlöse.

Durch Terminmarktgeschäfte (z. B. Eigenerzeugungsvermarktung) und kurzfristige Optimierung (z. B. Spot- und Intradayhandel) sowie durch Mehr-/Mindermengen- und Ausgleichsenergie erzielte die Gesellschaft Erlöse in Höhe von 526,6 Mio. EUR (i. Vj. 204,8 Mio. EUR). Hier zeigt sich die Entwicklung an den Energiemärkten.

Entwicklung der Erdgasversorgung

Beim Erdgasverkauf im regionalen Netz ergibt sich bei den SLP-Kunden ein Mengenrückgang i.H.v. 109,5 Mio. kWh bei einem Erlösanstieg um 0,2 Mio. EUR.

Erdgasabsatz (in Mio. kWh)



	Umsatzerlöse in Mio. EUR		Absatz in Mio. kWh	
	2022	2021	2022	2021
eigenes Netz				
Erdgasverkauf				
- SLP-Kunden	35,2	35,0	572,1	681,6
- RLM-Kunden	3,9	3,1	101,9	86,2
SUMME EIGENES NETZ	39,1	38,1	674,0	767,8
fremde Netze				
- SLP-Kunden	6,8	3,3	94,1	89,0
- RLM-Kunden	13,4	2,8	138,7	80,1
SUMME FREMDE NETZE	20,2	6,1	232,8	169,1

Die verkaufte Gasmenge im regionalen RLM-Segment stieg um rd. 15,7 Mio. kWh.

Die Lieferungen in fremde Netze haben einen Mengenanstieg i.H.v. 63,7 Mio. kWh zu verzeichnen. Entsprechend sind auch die Erlöse um 14,1 Mio. EUR gestiegen.

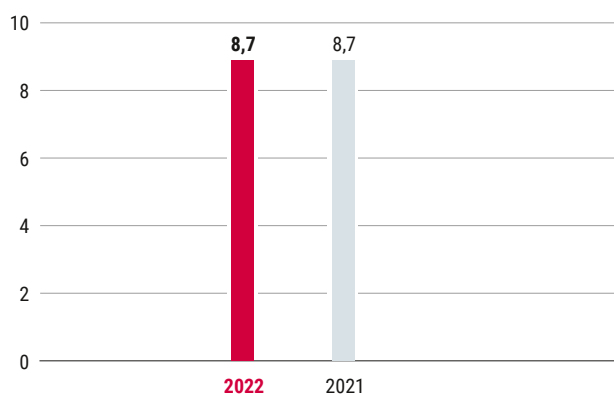
Am Termin- und Spotmarkt zusammen mit den Mehr- und Mindermengen und der Ausgleichsenergie erzielte die Gesellschaft Erlöse in Höhe von 85,0 Mio. EUR (i. Vj. 19,0 Mio. EUR).

Entwicklung der Wasserversorgung

Der Trinkwasserverkauf befindet sich mit einem Anstieg i.H.v. rd. 35 Tm³ über dem Vorjahr. Insbesondere aufgrund der Wasserpreiserhöhung fielen die Umsatzerlöse um rd. 0,7 Mio. EUR höher aus.

	Umsatzerlöse in Mio. EUR		Absatz in Tm ³	
	2022	2021	2022	2021
Wasserverkauf	22,7	22,0	8.738	8.703

Trinkwasserabsatz (in Mio. m³)



Entwicklung der Erzeugung

Die Stromerzeugung (GuD-Anlagen und BHKW) sank gegenüber dem Vorjahr um 59,2 Mio. kWh auf 271,0 Mio. kWh (i. Vj. 330,2 Mio. kWh). Des Weiteren ging die Erzeugungsmenge im MHKW um 2,5 kWh auf 78,0 Mio. kWh (i. Vj. 80,5 Mio. kWh) zurück.

Die Fernwärmeerzeugung (GuD-Anlagen, Heizwerke und BHKW) sank um 61,5 Mio. kWh auf 230,2 Mio. kWh (i. Vj. 291,7 Mio. kWh). Die Erzeugungsmenge im MHKW erhöhte sich um 6,9 Mio. kWh auf 94,9 Mio. kWh (i. Vj. 88,0 Mio. kWh).

Die Umsatzerlöse bei der Erzeugung, insbesondere aus der Regelleistung (inkl. RL Pool), vermiedenen Netznutzung, Blindarbeit sowie KWK-Förderung betragen im Geschäftsjahr 31.318 TEUR.

Entwicklung im Materialaufwand

Der Materialaufwand stieg im Vergleich zum Vorjahr um rd. 505,5 Mio. EUR. Der Strombezug (Anstieg um rd. 445,0 Mio. EUR) erhöhte sich u. a. aufgrund der gestiegenen Verkaufsmengen an Endkunden/innen insbesondere an RLM-Kundinnen und -Kunden in fremde Netze sowie durch gestiegene Bezugspreise am Strommarkt. Hierbei fallen besonders die Bezugsaufwendungen des Spotmarkts und der Ausgleichsenergie mit rd. 469,1 Mio. EUR höher aus, während die EEG-Aufwendungen mit rd. 36,0 Mio. EUR niedriger angefallen sind. Die Beschaffungsaufwendungen für Erdgas stiegen um rd. 35,9 Mio. EUR. Der Anstieg der Aufwendungen für Netznutzung i.H.v. 15,5 Mio. EUR teilt sich auf Strom i.H.v. 16,2 Mio. EUR, auf Gas i.H.v. -1,0 Mio. EUR und auf Erzeugung i.H.v. 0,3 Mio. EUR auf. Die Abweichung bei Strom erklärt sich u. a. aus dem höheren Stromabsatz an RLM-Kundinnen und -Kunden in fremde Netze. Der Wärmebezug stieg um rd. 0,3 Mio. EUR und der Wasserbezug erhöhte sich im Zuge der Bezugspreiserhöhung durch die TWV GmbH um rd. 0,8 Mio. EUR. Des Weiteren hat der Aufwand für die Netzbetriebsführung des Fernwärmenetzes um 0,5 Mio. EUR und des Trinkwassernetzes um rd. 0,4 Mio. EUR zugenommen. Die übrigen Positionen nahmen um rd. 7,1 Mio. EUR zu. Dies zeigt sich im Wesentlichen durch gestiegene Fremdleistungen ggü. Dritten und dem Konzern sowie durch höhere Aufwendungen für verbrauchte Emissionsrechte.

Entwicklung im Personalbereich

Die Anzahl der durchschnittlich Beschäftigten ist mit 266 (i. Vj. 251) Mitarbeitenden gestiegen. Dies zeigt sich im Wesentlichen in den Bereichen Marktmanagement und Erzeugung in Folge Zunahme energiewirtschaftlicher Anforderungen. Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mio. EUR. Der höhere Personalauf-

wand ergibt sich u. a. aufgrund der Tarifierung. Die Rückstellungen für Überstunden, für variable Vergütungen/Leistungszulagen und für die Altersteilzeit Rahmenkonzernbetriebsvereinbarung RKBV verringerten sich um rd. 359 TEUR, während die Rückstellung für Altersteilzeit TV Flex um 380 TEUR zunahm. Damit besteht zum Bilanzstichtag für 14 Mitarbeitende eine Rückstellung in Höhe von rd. 765 TEUR.

Erklärung zur Unternehmensführung

Das Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen sieht eine Berichtspflicht über die festgelegten Zielgrößen und Fristen vor.

Im Rahmen einer Beschlussfassung im Aufsichtsrat der STW AG vom 22.11.2022 wurden neue Festlegungen für den Zeitraum vom 01.07.2022 bis 30.06.2027 für Aufsichtsrat und Vorstand getroffen. Hierbei betragen die Zielgrößen 25 % für den Aufsichtsrat sowie 50 % für den Vorstand.

Ergebnisentwicklung

Aufgrund des Anstiegs der Erlöse und Erträge um 542,9 Mio. EUR und der um 515,4 Mio. EUR höheren Aufwendungen liegt das Betriebsergebnis der Gesellschaft um 27,5 Mio. EUR über dem Vorjahr (60,4 Mio. EUR; i. Vj. 32,9 Mio. EUR). Der Plan wird um rd. 28,2 Mio. EUR überschritten. Das Beteiligungs- und Finanzergebnis ging insbesondere durch die höhere Verlustübernahme der MFN und durch gestiegene Zinsaufwendungen zurück (-10,0 Mio. EUR; i. Vj. 4,9 Mio. EUR). In diesem Ergebnis ist die Übernahme des Jahresfehlbetrags der MFN in Höhe von -8,2 Mio. EUR (i. Vj. 3,7 Mio. EUR) enthalten. Nach Abzug der Ertragsteuern ergibt sich ein Überschuss vor Gewinnverwendung von 32,3 Mio. EUR (i. Vj. 21,9 Mio. EUR). An außenstehende Aktionäre und Aktionärinnen werden Ausgleichszahlungen in Höhe von 6,1 Mio. EUR (i. Vj. 3,3 Mio. EUR) geleistet; an die WVV wurden aufgrund eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages rd. 20,2 Mio. EUR (i. Vj. 10,6 Mio. EUR) abgeführt und in die anderen Gewinnrücklagen 6,0 Mio. EUR eingestellt.

B.3.1.2.2. Würzburger Straßenbahn GmbH (WSB)

Die Vorjahreszahlen wurden aufgrund der endgültigen Fahreinnahmenaufteilung für das Jahr 2021 bei den Fahreinnahmen und bei den Fahrgästen aktualisiert.

Die Fahrgastzahlen* und die Fahreinnahmen haben sich wie folgt entwickelt:

Die Fahrgastzahlen und Fahreinnahmen für 2022 sind vorläufig und werden im Jahr 2023 im Rahmen der endgültigen Fahreinnahmenaufteilung für das Jahr 2022 nochmals angepasst.

in Mio.	2022	2021	Δ	%
Fahrgäste (ohne Schwerbeh.)				
Straßenbahn	19,58	18,63	+0,95	+5,1
Kraftomnibus	10,39	10,48	-0,09	-0,9
Summe	29,97	29,11	+0,86	+3,0
in TEUR				
Fahreinnahmen				
Straßenbahn	9.291	10.152	-861	-8,5
Kraftomnibus	5.194	5.629	-435	-9,4
Summe	14.485	15.781	-1.296	-8,2

* Als Grundlage der Ermittlung der Fahrgäste (früher Beförderungsfälle) dient der Fahrkartenverkauf (statistische Annahme der durchschnittlichen Fahrtenhäufigkeit aufgrund der VDV-Richtlinie)

Die in Nutzwagenkilometern ausgedrückte Betriebsleistung liegt bei 5,33 Mio. km (i. Vj. 4,86 Mio. km).

Im Berichtsjahr stieg die Betriebsleistung im Omnibusbetrieb der WSB gegenüber dem Vorjahr um 207 km auf 1.168 km. Die Betriebsleistung der NVG stieg um 354.675 km auf 3.598.058 km.

Die Zahl der im Jahresdurchschnitt Beschäftigten erhöht sich um 13 auf 268 Mitarbeitende. Des Weiteren werden bei der WSB 15 (i. Vj. 12) junge Menschen zur Fachkraft im Fahrbetrieb ausgebildet.

Im Zuge der Altersteilzeit (TV-Flex) unterschrieben 7 Mitarbeitende im Jahr 2022 eine entsprechende Vereinbarung. Dementsprechend wurden für ATZ-Verpflichtungen 319 TEUR zuzüglich Zinsanteil 3 TEUR der Rückstellung zugeführt. Die Rückstellung für Altersteilzeit beträgt zum Jahresende 601 TEUR.

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen basiert auf den aktuellen Heubeck-Richttafeln 2018 G sowie einem Rechnungszinssatz von 1,44 % (i. Vj. 1,35 %).

Die Betriebserträge liegen 2.291 TEUR über dem Vorjahr. Der Rückgang bei den Erlösen aus Personenbeförderung resultiert trotz Tarifierhöhungen zum 01.08.2021 bei den Bartarifen um 1,9 % sowie zum 01.08.2022 um 2,9 % aus den Mindereinnahmen infolge des deutschlandweit gültigen 9-Euro-Tickets in den Sommermonaten Juni, Juli und August.

In den übrigen Umsatzerlösen werden die Mindereinnahmen aus der noch anhaltenden Corona-Pandemie sowie dem deutschlandweit gültigen 9-Euro-Ticket durch Erstattungsleistungen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm mit 6.956 TEUR sowie durch Ausgleichszahlungen für umgesetzte Tarifmaßnahmen der allgemeinen Vorschrift (bspw. 365-Euro-Ticket) mit 1.297 TEUR kompensiert.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist die ÖPNV-Zuweisung der Regierung von Unterfranken mit 1.409 TEUR (i. Vj. 1.411 TEUR) ausgewiesen. Zudem ist im Jahr 2022 ein Ausgleich für den Mehraufwand aus der Umsetzung Busnetz+ von der Stadt Würzburg i.H.v. 1.174 TEUR (i. Vj. 360 TEUR) beinhaltet. Wenngleich gegenüber dem Vorjahr geringere periodenfremde Erträge sowie Erträge aus Auflösung von Rückstellungen angefallen sind, führt der Anstieg des Ausgleichs für den Mehraufwand Busnetz+ zu einer Erhöhung bei den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Die Aufwendungen aus dem Anmietverkehr gegenüber der NVG haben sich mit 3.480 TEUR auf 18.349 TEUR erhöht. Zu begründen ist dies mit deutlich gestiegenen Material- und Personalaufwendungen bei der NVG, überwiegend aufgrund der erhöhten Treibstoffkosten sowie der angespannten Personalsituation.

Bei den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe kam es aufgrund des rasanten Anstiegs der Energiepreise i.H.v. 1.407 TEUR gegenüber dem Vorjahr ebenfalls zu höheren Aufwendungen.

Die Entwicklung beim Personalaufwand resultiert aus Personalzugängen, aus der Tarifierhöhung ab April mit 1,8 % und aus Rückstellungen für ATZ-Verpflichtungen (TV-Flex).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im abgelaufenen Geschäftsjahr die Zuführung zu einer Rückstellung auf Grund bestehender Vorbehalte gegen die Einnahmenaufteilung aus dem Semesterticket. Des Weiteren erhöhten sich die Konzernverrechnungen sowie die anderen Dienst- und Fremdleistungen.

Das Finanzergebnis verbessert sich um 76 TEUR auf -94 TEUR (i. Vj. -170 TEUR). Das Geschäftsjahr enthält Beteiligungserträge aus der Gewinnausschüttung der NVG für das Jahr 2021 in Höhe von 55 TEUR.

Das Jahresergebnis vor Verlustübernahme liegt bei -21.592 TEUR (i. Vj. -17.363 TEUR) und liegt somit 3.392 TEUR über dem Jahresfehlbetrag des Wirtschaftsplanes 2022.

Der Jahresfehlbetrag wird gemäß Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag von der WVV ausgeglichen.

B.3.1.2.3. Mainfranken Netze GmbH (MFN)

Die Gesellschaft vereinnahmte im Geschäftsjahr 2022 Netzentgelte für die Nutzung des Stromnetzes in Höhe von 59.979 TEUR (i. Vj. 57.834 TEUR).

Für die Nutzung des Erdgasnetzes erhielt sie Netzentgelte in Höhe von 21.704 TEUR (i. Vj. 25.576 TEUR).

Im Bereich Strom beliefen sich die Mengen der Netznutzung auf 818,7 Mio. kWh (i. Vj. 825,9 Mio. kWh). Die Mengen im Bereich Gas betragen 2.043,5 Mio. kWh (i. Vj. 2.489,6 Mio. kWh).

Für die Betriebsführung von Fernwärme- und Trinkwassernetz erhielt die Gesellschaft 9.010 TEUR (i. Vj. 8.155 TEUR).

In der Rolle des grundzuständigen Messstellenbetreibers wurden Erlöse i. H. v. 875 TEUR (i. Vj. 568 TEUR) für den Betrieb von intelligenten Messsystemen vereinnahmt.

Für den Energiebezug sind Aufwendungen in Höhe von 57.782 TEUR (i. Vj. 39.303 TEUR) entstanden. Die Aufwendungen für die Pacht des Strom- und Gasnetzes von der STW betragen 16.871 TEUR (i. Vj. 16.277 TEUR). Des Weiteren beinhaltet der Materialaufwand Aufwendungen aus technischen und kaufmännischen Dienstleistungen von der STW in Höhe von 6.455 TEUR (i. Vj. 5.811 TEUR) sowie Aufwendungen für Investitionen in das Netz der STW in Höhe von 15.437 TEUR (i. Vj. 10.684 TEUR). Weiterhin ist die Weiterverrechnung von Netzkosten vorgelagerter Netzbetreiber in Höhe von 21.980 TEUR (Vj.: 24.555 TEUR) ausgewiesen.

Die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/innen stieg in 2022 von 217 auf 222 Mitarbeiter. Der Personalaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um 577 TEUR. Des Weiteren wurden 30 junge Menschen in der MFN ausgebildet. Die Rückstellung für die Rahmenkonzernbetriebsvereinbarung (RKBV) für Altersteilzeit verringert sich um 298 TEUR. Bei den Verpflichtungen nach TV Flex wurden 252 TEUR zugeführt. Damit besteht zum Bilanzstichtag für die Altersteilzeit RKBV für 4 Mitarbeitende eine Rückstellung in Höhe von 273 TEUR, für die Verpflichtungen nach TV Flex für 9 Mitarbeiter 634 TEUR.

Den Erträgen in Höhe von 163.734 TEUR stehen Aufwendungen von 171.820 TEUR gegenüber. Das Betriebsergebnis beträgt -8.086 TEUR (i. Vj. 3.604 TEUR). Die Ergebnisverschlechterung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich insbesondere aus einem hohen negativen Saldo bei der Weiterverrechnung von Mehr- und Mindermengen aus dem Differenzbilanzkreis und höherem Aufwand für Personal und bezogene Dienstleistungen.

Nach Berücksichtigung des negativen Finanzergebnisses in Höhe von 25 TEUR und den sonstigen Steuern (84 TEUR) verbleibt ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 8.195 TEUR (i. Vj. 3.695 TEUR). Damit liegt das Jahresergebnis unter dem Planwert von -2.380 TEUR. Der Jahresfehlbetrag wird gemäß den Regelungen des Ergebnisabführungsvertrages durch die STW ausgeglichen.

Die Ertragslage hat sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert, ist jedoch unter den gegebenen, unternehme-

rischen Rahmenbedingungen als zufriedenstellend zu betrachten.

B.3.1.2.4. Würzburger Hafen GmbH (WHG)

Der Rückgang der Gesamtmenge der bahn- und schiffsseitig umgeschlagenen Güter in den Würzburger Häfen fiel im Geschäftsjahr 2022 mit 0,1 % auf 1.042.979 t (i. Vj. 1.044.404 t) im Vergleich zum bayerischen Durchschnitt geringer aus. Der Schiffumschlag betrug 201.261 t (i. Vj. 285.682 t). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang von 84.421 t bzw. 29,6 %. Über die Hafeneisenbahn wurden im Berichtszeitraum Güter mit einem Gesamtgewicht von 841.718 t (i. Vj. 758.722 t) transportiert. Die Beförderungsmenge stieg somit um 82.996 t bzw. 10,9 %. Im Geschäftsjahr hat die WHG insgesamt 878 Anlegungen von Fahrgastkabinenschiffen (i. Vj. 295) an den Würzburger Häfen und den Anlegestellen an der Mainlands zu verzeichnen. Im Jahr 2022 waren die Reisemöglichkeiten für die Fahrgastkabinenschiffe durch die „Covid-19“-Auflagen kaum noch eingeschränkt. Trotzdem war im Jahr 2022 weiterhin ein leichter Rückgang bei den Anlegungen, um ca. 15 % im Vergleich zum Vor-Corona-Niveau zu verzeichnen. Die Umsatzerlöse aus Schiffs-, Eisenbahnverkehr, Personenschiffahrt, Vermietung und Verpachtung sowie die sonstigen Umsatzerlöse sind insgesamt um 21,7 % im Vergleich zu 2021 auf 3.961 TEUR (i. Vj. 3.254 TEUR) gestiegen. Zum Anstieg der Gesamterlöse haben im Vergleich zum Vorjahr u. a. die höheren Erlöse aus der Personenschiffahrt sowie gestiegene Erlöse aus Vermietung und Verpachtung beigetragen. Der Grundbesitz der WHG unterlag im Vergleich zum Vorjahr keiner Änderung und beträgt weiterhin 858.978 m².

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt Beschäftigten blieb unverändert und betrug weiterhin 9 Mitarbeitende (i. Vj. 9 Mitarbeiter). Der Personalaufwand lag auf dem Niveau des Vorjahres. Im Zuge der Altersteilzeit (TV-Flex) hat ein Mitarbeiter bereits im Jahr 2019 sowie ein weiterer Mitarbeiter im Jahr 2021 eine entsprechende Vereinbarung unterschrieben. Im Jahr 2022 wurden 15 TEUR der Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen aufgelöst (i. Vj. Zuführung 67 TEUR).

Die Umsatzerlöse im Berichtsjahr in Höhe von 3.961 TEUR liegen über dem Vorjahresniveau (i. Vj. 3.254 TEUR). Die sonstigen betrieblichen Erträge werden mit 89 TEUR (i. Vj. 161 TEUR) weitestgehend bestimmt durch übrige Erträge (51 TEUR, i. Vj. 50 TEUR), durch periodenfremde Erträge (12 TEUR, i. Vj. 29 TEUR), sowie Erträge aus Schadensabrechnungen (11 TEUR, i. Vj. 12 TEUR). Der Materialaufwand beläuft sich auf 1.406 TEUR und unterliegt einem Anstieg i.H.v. 677 TEUR. Dieser Anstieg lässt sich auf höhere Materialaufwendungen des laufenden Betriebes für die Vorproduktion von Energieterminals sowie gestiegenen Fremdleistungen bzw. Instandhaltungsaufwendungen

und gestiegenen Konzernaufwendungen gegenüber der STW (Energiekosten) zurückführen.

Unter Berücksichtigung der Personalaufwendungen (749 TEUR), der Abschreibungen (374 TEUR), der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (572 TEUR) sowie den sonstigen Steuern (70 TEUR) steigt das Betriebsergebnis (EBIT) um 396 TEUR auf 1.305 TEUR.

Nach Abzug des Finanzergebnisses und der Ertragsteuern beträgt der Jahresüberschuss der Gesellschaft 858 TEUR (i. Vj. 585 TEUR). Dieser wird gemäß Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag an die Konzernobergesellschaft WVV abgeführt.

B.3.1.2.5. Würzburger Stadtverkehrs-GmbH (SVG)

In den von der SVG betreuten Parkeinrichtungen ist die Anzahl der Kurzparker/innen gegenüber dem Vorjahr um 399.060 auf 2.286.492 gestiegen. Das entspricht einer Zunahme von 21,1%. Die Zahl der Dauerparkenden hat sich um 115 auf 894 reduziert. Die Umsatzerlöse aus Parkein-nahmen liegen im Jahr 2022 mit 9.097 TEUR (i. Vj. 6.874 TEUR) über dem Vorjahresniveau. Grund für den Anstieg der Parkeinnahmen ist die abklingende Corona-Pandemie. Die Parkvorgänge nehmen wieder deutlich zu. Zudem wurden die Parktarife ab dem 01.06.2022 in den Würzburger Parkeinrichtungen erhöht.

Die Erträge aus Dienstleistungen für Dritte haben sich um 241 TEUR auf 1.560 TEUR erhöht, die Dienstleistungen aus Betriebsführungen und Aufschaltungen sind um 434 TEUR auf 5.120 TEUR gestiegen (i. Vj. 4.686 TEUR).

Die Anzahl der durchschnittlich Beschäftigten erhöhte sich um sechs Mitarbeitende auf 84 Mitarbeitende. Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 540 TEUR. Dies resultiert insbesondere aus der Personalverstärkung. Im Zuge der Altersteilzeit (TV-Flex) hat ein Mitarbeiter eine entsprechende Vereinbarung unterschrieben. Dementsprechend wurden für Altersteilzeitverpflichtungen 21 TEUR der Rückstellung zugeführt.

Die Betriebserträge liegen 2.892 TEUR über dem Vorjahr. Die Überschreitung erklärt sich insbesondere aus den höheren Parkeinnahmen im Jahr 2022. Zum einen nahmen die Parkvorgänge aufgrund der abflachenden Corona-Pandemie wieder deutlich zu, zum anderen wurden die Parktarife zum 01.06.2022 erhöht. Außerdem konnten die Erlöse aus Betriebsführungen sowie aus Aufschaltungen im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls gesteigert werden.

Der betriebliche Aufwand mit sonstigen Steuern überschreitet das Vorjahr um 1.560 TEUR. Der Anstieg ist insbesondere aus höheren Material- und Personalaufwendungen begründet. Die Erhöhung im Materialaufwand

resultiert überwiegend aus Energieaufwendungen, Mieten/Pachten, Materialaufwendungen im Nebengeschäft sowie Fremdleistungen. Des Weiteren erhöhten sich die Konzernverrechnungen. Durch Rückstellungsbildung in Höhe von 624 TEUR erhöhte sich der sonstige betriebliche Aufwand im Vorjahr. Diese einmalige Aufwandserhöhung im Vorjahr ist im Jahr 2022 nicht mehr relevant. Aus diesem Grund reduziert sich der sonstige betriebliche Aufwand im Berichtsjahr.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss vor Gewinnverwendung in Höhe von 274 TEUR (i. Vj. Verlust -851 TEUR) ab. An den Gesellschafter Sparkassenstiftung Würzburg wird für das Jahr 2022 eine Mindestausgleichszahlung in Höhe von 135 TEUR (i. Vj. 135 TEUR) geleistet. Gemäß Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag werden 139 TEUR an die WVV abgeführt. Im Vorjahr wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -986 TEUR von der WVV ausgeglichen.

B.3.1.2.6. Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH (TWV)

Die Abgabemenge der Gesellschaft wird beeinflusst vom Bedarf der Endverbraucher. An die STW, an die WW-E und an die Gemeinden Gerbrunn und Zellingen verkaufte die TWV im Geschäftsjahr 2022 10,758 Mio. m³ (i. Vj. 10,497 Mio. m³) Trinkwasser. Weiterhin verkaufte die TWV auf Grundlage des seit 01.01.2017 bestehenden Kooperationsvertrages mit dem Zweckverband FWM 0,428 Mio. m³ (i. Vj. 0,404 Mio. m³) Trinkwasser an die STW. Die Erlöse aus dem Wasserverkauf befinden sich aufgrund höherer Absatzmengen und einer Wasserpreiserhöhung zum 01.07.2022 mit insgesamt 11.862 TEUR (i. Vj. 11.090 TEUR) über dem Vorjahresniveau.

Um die Trinkwasserabgabe abzudecken, wurden 10,036 Mio. m³ (i. Vj. 9,635 Mio. m³) aus eigenen Quellen und Brunnen (89,6 % der Gesamtmenge) gefördert. 0,827 Mio. m³ (i. Vj. 0,926 Mio. m³) wurden von der WW-E und 0,337 Mio. m³ (i. Vj. 0,357 Mio. m³) wurden vom Zweckverband FWM bezogen. Die Bezugskosten betragen 1.275 TEUR (i. Vj. 1.186 TEUR).

Die Zahl der im Jahresdurchschnitt Beschäftigten verringerte sich um 2 auf 46 Mitarbeitende. Der Personalaufwand reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 171 TEUR auf 3.288 TEUR (i. Vj. 3.459 TEUR).

Der gegenüber dem Vorjahr um 697 TEUR gestiegenen Gesamtleistung stehen um 2.311 TEUR höhere Aufwendungen gegenüber. Insbesondere der Materialaufwand erhöhte sich aufgrund der Energiekosten und Fremdleistungen. Das Betriebsergebnis liegt mit 1.779 TEUR um 1.614 TEUR unter dem Vorjahr. Nach Abzug des Finanzergebnisses in Höhe von 209 TEUR und der Ertragsteuern verbleibt für

ANLIEFERUNGEN in t	2022	2021
KOMPOSTWERK WÜRZBURG	54.608	63.028
Bioabfälle	37.895	42.328
Gartenabfälle	16.713	20.700
KOMPOSTWERK OBERPLEICHFELD	4.533	5.741
Gartenabfälle	4.533	5.741
GESAMTANLIEFERUNG	59.141	68.769

2022 ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.060 TEUR (i. Vj. 2.166 TEUR). Vom Jahresüberschuss werden 760 TEUR aufgrund eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die WVV abgeführt und 300 TEUR zur Verbesserung der Eigenkapitalquote und des Verschuldungsgrades sowie zur Erhöhung der Kreditfähigkeit der Gesellschaft in die Gewinnrücklagen eingestellt.

B.3.1.2.7. Kompostwerk Würzburg GmbH (KWG)

Im Geschäftsjahr 2022 beträgt die Gesamtanlieferungsmenge an Bio- und Gartenabfällen 59.141 t und liegt damit unter dem Niveau des Vorjahres (i. Vj. 68.769 t). Am Kompostwerk Würzburg sowie am Kompostwerk Oberpleichfeld ist jeweils ein Rückgang der Mengenanlieferungen von Bioabfällen und Gartenabfällen zu verzeichnen.

Die Umsatzerlöse sinken entsprechend der gesunkenen Anlieferungen (3.734 TEUR; i. Vj. 4.365 TEUR) und betragen im Berichtszeitraum 4.908 TEUR (i. Vj. 5.625 TEUR).

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen unter dem Niveau des Vorjahres 100 TEUR (i. Vj. 113 TEUR).

Der Materialaufwand stieg um 40 TEUR auf 2.522 TEUR (i. Vj. 2.482 TEUR) aufgrund gestiegenem Ankauf von Handelswaren und höheren Kosten für Treibstoffe.

Unter Berücksichtigung der Personalaufwendungen 1.250 TEUR (i. Vj. 1.157 TEUR), der Abschreibungen 826 TEUR (i. Vj. 821 TEUR), der sonstigen betrieblichen Aufwendungen 537 TEUR (i. Vj. 522 TEUR) sowie nach Abzug des Finanzergebnisses, ergibt sich ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 161 TEUR (i. Vj. 710 TEUR).

Das Geschäftsjahr 2022 schließt nach Ertragsteuern mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 650 TEUR (i. Vj. Jahresüberschuss 490 TEUR) ab.

Der Personalaufwand stieg im Vergleich zum Vorjahr auf insgesamt 1.250 TEUR (i. Vj. 1.157 TEUR) an. Im Geschäftsjahr 2022 waren durchschnittlich 24 Mitarbeitende in dem Unternehmen beschäftigt (i. Vj. 21 Mitarbeitende).

UMSATZERLÖSE in TEURO	2022	2021
Gewerbemüll	2.538	2.410
Pappe / Papier	663	617
Altholz	813	1.066
sonstige Fraktionen	2.998	3.116
GESAMTSUMME	7.012	7.209

B.3.1.2.8. Würzburger Recycling GmbH (WRG)

Unter der Fraktion „Gewerbeabfall“ werden alle nicht sinnvoll trennbaren Abfälle gewerblicher Erzeuger zusammengefasst. Getrennt erfasst werden u. a. Papier/ Kartonagen, Altholz, Kunststoffe, Metalle, Glas, Bauschutt etc. Es verbleiben jedoch immer Reste, welche keiner der genannten Abfallarten zuzurechnen sind. Geregelt wird dies in der Gewerbeabfallverordnung.

Die Umsatzerlöse sind im Berichtszeitraum um rd. 3 %, dies entspricht 197 TEUR, auf insgesamt 7.012 TEUR (i. Vj. 7.209 TEUR) gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 110 TEUR unter Vorjahres-Niveau (i. Vj. 215 TEUR).

Der Materialaufwand beläuft sich auf 3.911 TEUR und unterliegt somit einem Rückgang in Höhe von 296 TEUR (i. Vj. 4.207 TEUR), die vor allem auf gesunkene Fremdleistungen zurückzuführen ist.

Unter Berücksichtigung der Personalaufwendungen 1.796 TEUR (i. Vj. 1.691 TEUR), der Abschreibungen 773 TEUR (i. Vj. 563 TEUR), der sonstigen betrieblichen Aufwendungen 563 TEUR (i. Vj. 563 TEUR), sowie nach Zurechnung des Finanzergebnisses ergibt sich ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 153 TEUR (i. Vj. 463 TEUR).

Das Geschäftsjahr schließt nach Ertragsteuern mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 110 TEUR (i. Vj. 317 TEUR) ab.

Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl stieg im Geschäftsjahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr um drei Mitarbeitende auf 38 Beschäftigte. Der Personalaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um 105 TEUR, auf Grund von Neueinstellungen von Mitarbeitenden.

B.3.1.2.9. Wassergewinnung Würzburg-Estenfeld GmbH (WW-E)

Die Wasserabgabe an die TWV und die Gemeinde Estenfeld sank im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um 79 Tm³ auf 1.070 Tm³ (i. Vj. 1.149 Tm³). Die Wasserabgabe der WW-E wird im Wesentlichen gesteuert durch den Bedarf der TWV. Höhere Niederschläge im Frühjahr, ein geringe-

rer Bedarf in den Sommermonaten und eine hohe Verfügbarkeit der Gewinnungsanlagen der TWV führten zu einer reduzierten Abgabe. Die Gesellschaft erzielte aus Wasserverkäufen einschließlich der weiterverrechneten Fixkosten einen Erlös von insgesamt 1.206 TEUR (i. Vj. 1.068 TEUR). Zum 01.07.2022 erfolgte eine Erhöhung des Wasserpreises gegenüber der TWV und der Gemeinde Estenfeld.

Der gegenüber dem Vorjahr um 125 TEUR gestiegenen Gesamtleistung stehen 222 TEUR höhere Aufwendungen gegenüber. Die höheren Materialaufwendungen beruhen auf gestiegenen Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, vor allem für Energiekosten. Im Geschäftsjahr wurden von der TWV 337 Tm³ (i. Vj. 356 Tm³) Wasser bezogen. Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist begründet durch höhere Dienst- und Fremdleistungen für eine Versuchsanlage sowie das höhere Dienstleistungsentgelt WVV. Unter Berücksichtigung gestiegener Abschreibungen liegt das Betriebsergebnis in Höhe von -97 TEUR um 97 TEUR unter dem Vorjahr.

Nach Abzug des Finanzergebnisses und der Ertragsteuern beträgt der Jahresfehlbetrag der Gesellschaft 133 TEUR (i. Vj. 40 TEUR). Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag auf neue Rechnung vorzutragen.

B.3.1.2.10. WVV Wirtschaftsstandort Würzburg Immobilien-Management GmbH (IMG)

In 2013 hat die IMG von der Stadt Würzburg Gewerbeflächen am Hubland / Quartier VII (Quartiersbezeichnung „Skyline Hill“) mit einer Gesamtfläche von 61.823 m² erworben. Nach erfolgreicher Veräußerung dieser Flächen stand nun das Bauvorhaben Skyline Hill Parking (Parkhaus) im Fokus. Das Parkhaus wurde im November 2022 fertiggestellt und in Betrieb genommen.

Die Mieteinnahmen sind im Geschäftsjahr 2022 um 248 TEUR auf 2.427 TEUR (i. Vj. 2.179 TEUR) gestiegen. Der Anstieg ergibt sich im Wesentlichen durch das Skyline Hill Center sowie den Haugerring 6.

Der Anstieg der Umsatzerlöse um 296 TEUR lässt sich insbesondere auf höhere Mieteinnahmen sowie eine gestiegene allgemeine Verrechnung an Dritte zurückführen.

Das Vorjahr enthielt bei den Bestandsveränderungen die Bewertung aus unfertigen Leistungen zu Schäden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge fallen gegenüber dem Vorjahr um 116 TEUR geringer aus. Dies resultiert aus einer niedrigeren Auflösung von Rückstellungen für ausstehende Rechnungen sowie aus geringeren periodenfremden Erträgen.

Die Materialaufwendungen in Höhe von 749 TEUR liegen um 228 TEUR höher. Dies ergibt sich im Wesentlichen aus

gestiegenen Fremdleistungen, welche u. a. die Modernisierung Aufzug bei Virion Serion oder den Umbau der 4. Etage beim Haugerring 6 enthalten.

Die Abschreibungen sind um 15 TEUR auf 966 TEUR gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich um 483 TEUR auf 860 TEUR (i. Vj. 377 TEUR) erhöht. Dies resultiert insbesondere durch den Verlust aus dem Abgang im Anlagevermögen für den Parkplatz Skyline Hill Center im Zuge des Neubaus des Parkhauses.

Das Betriebsergebnis (EBIT) in Höhe von -52 TEUR liegt 617 TEUR unter dem Vorjahr (565 TEUR).

Nach Abzug des Finanzergebnisses und der Ertragsteuern beträgt der Jahresfehlbetrag der Gesellschaft -230 TEUR (i. Vj. Jahresüberschuss 366 TEUR).

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 230 TEUR soll auf Vorschlag der Geschäftsführung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

B.3.1.2.11. Immobilien-Management GmbH – Gebäudeservice, Würzburg (IMG-G)

Die Einnahmen aus dem Geschäft „kommunal“ mit der Stadt Würzburg konnten aufgrund unterjährig akquirierter Aufträge von Reinigungsdienstleistungen im Stadtgebiet Würzburg (unter anderem Sonderreinigungen aufgrund von Umbaumaßnahmen in Schulen) deutlich gesteigert werden (3.789 TEUR; i. Vj. 2.351 TEUR). Die Umsatzerlöse aus Reinigungsdienstleistungen im Konzern belaufen sich im Berichtsjahr auf 2.086 TEUR, was einem Anstieg von 312 TEUR entspricht (i. Vj. 1.774 TEUR). Dies ist u. a. auf die Reinigungsleistung für die Würzburger Bäder, insbesondere für das Familien-, Sport- und Freizeitbad Nautiland, sowie auf Unterhalts- und Glasreinigungen für die Stadtwerke Würzburg zurückzuführen. Auch die sonstigen Umsatzerlöse konnten um 91 TEUR auf 329 TEUR im Vergleich zum Vorjahr (238 TEUR) gesteigert werden.

Die Umsatzerlöse betragen im Berichtszeitraum 6.203 TEUR, was einen Anstieg um 1.841 TEUR im Vergleich zum Vorjahr darstellt (i. Vj. 4.362 TEUR). Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 47 TEUR in etwa auf Vorjahresniveau (i. Vj. 55 TEUR).

Der Materialaufwand erhöhte sich um 605 TEUR auf 1.865 TEUR (i. Vj. 1.260 TEUR), zurückzuführen auf den erhöhten Einsatz von Subunternehmern.

Unter Berücksichtigung der Personalaufwendungen in Höhe von 3.240 TEUR (i. Vj. 2.416 TEUR), der Abschreibungen in Höhe von 56 TEUR (i. Vj. 41 TEUR), der sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 301 TEUR

(i. Vj. 239 TEUR) sowie nach Abzug des Finanzergebnisses, ergibt sich ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 786 TEUR (i. Vj. 461 TEUR).

Das Geschäftsjahr 2022 schließt nach Ertragsteuern mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 544 TEUR (i. Vj. 317 TEUR) ab.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 544 TEUR soll an die IMG ausgeschüttet werden.

B.3.1.2.12. NVG Omnibus-Betriebsgesellschaft (NVG)

Im Berichtsjahr 2022 sind die Umsatzerlöse um 3.466 TEUR von 15.141 TEUR auf 18.607 TEUR gestiegen.

Demgegenüber stehen im Wesentlichen erhöhte Material- und Personalaufwendungen. So beträgt der Materialaufwand im Geschäftsjahr 6.977 TEUR nach 3.944 TEUR im Vorjahr. Dieser Anstieg ist vor allem durch die Erhöhung von Fremdleistungen, insbesondere für die Fremdvergabe von Fahrleistungen an dritte Busunternehmen (1.598 TEUR), konzerninternen Fremdleistungen (525 TEUR) und Aufwendungen des laufenden Betriebs (942 TEUR), wie z. B. Material für Instandhaltungen und Treibstoffe, bedingt.

Des Weiteren erhöhten sich die Personalaufwendungen von 8.872 TEUR im Vorjahr um 286 TEUR auf 9.158 TEUR. Somit lag die Erhöhung bei 3,2 % (Vj.: 7,9 %). Gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen (153 TEUR) und gesunkene Abschreibungen (17 TEUR) führen so im Wesentlichen zu einem Jahresergebnis von 74 TEUR vor Ertragsteuern.

Zum 31.12.2022 betrug der Personalbestand 191 Mitarbeitende, durchschnittlich waren im abgelaufenen Geschäftsjahr 194 (Vj.: 191) Personen beschäftigt. Gegenüber 2021 bedeutet dies eine Erhöhung um 3 Personen im Durchschnitt.

B.3.1.2.13. Würzburger Bäder GmbH (WBG)

ANZAHL BESUCHER/INNEN	2022	2021
Hallenbad Nautiland	166.451	66.400
Hallenbad Sandermare	4.199	3.387
Dallenbergbad	136.417	64.584
GESAMTSUMME SCHWIMMBÄDER	307.067	134.371
Eisbahn	57.729	23.608
GESAMTSUMME	364.796	157.979

Im Jahr 2022 besuchten insgesamt 172.696 Personen mehr die Schwimmbäder als noch im Vorjahr. In den Bädern ist ein deutlicher Besucheranstieg festzustellen. Es gab keine Schließungen mehr aufgrund der Corona-Pandemie. Es mussten lediglich im 1. Quartal noch Vorgaben zum Schutz

vor Corona-Infektionen eingehalten werden. Das Sandermare eröffnete man im Jahr 2022 nicht für die Öffentlichkeit. Der Sauna- und Solebereich wurde aufgrund von Brandschutzmängeln geschlossen gehalten. Der Schwimmbereich wurde wegen Personalengpässen nicht geöffnet. Im Sandermare fanden jedoch Kurse sowie Schul- und Vereinsschwimmen statt. Bedingt durch einen Fliesen-schaden musste der Wasserlandschaftsbereich im Nautiland vom 2. April bis 8. April geschlossen werden. Die Reparaturarbeiten wurden erst Ende des Jahres durchgeführt. Hier war das Nautilandbad inkl. Saunabereich vom 4. Oktober bis einschließlich 2. Dezember geschlossen. Die Kunsteisbahn konnte im Jahr 2022 ohne größere Einschränkungen betrieben werden. Insgesamt besuchten 34.121 Personen mehr die Eisbahn als noch im Vorjahr.

Die Zahl der im Jahr 2022 durchschnittlichen Beschäftigten erhöhte sich auf 45 Mitarbeitende (i. Vj. 43 Mitarbeitende). Des Weiteren werden bei der WBG zwei Personen zu Fachangestellte für Bäderbetriebe ausgebildet. Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 352 TEUR auf 1.874 TEUR (i. Vj. 1.522 TEUR).

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr Umsatzerlöse in Höhe von 2.268 TEUR (i. Vj. 969 TEUR). Diese setzen sich zusammen aus den Erlösen des Nautilands (1.451 TEUR), des Dallenbergbads (368 TEUR), des Hallenbads Sandermare (268 TEUR), der Eisbahn (154 TEUR), der Betriebsführung Nordbad (30 TEUR) sowie aus sonstigen Umsatzerlösen (-3 TEUR). Die Umsatzerlöse erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich, da im Jahr 2022 kaum noch Corona-Auflagen eingehalten werden mussten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 121 TEUR (i. Vj. 216 TEUR). Diese resultieren überwiegend aus Förderungen vom Arbeitsamt (38 TEUR), Soforthilfen für Wärmelieferungen (30 TEUR), Erträge aus Schadensabrechnungen (14 TEUR) sowie aus Zuschüssen für Elektro-Fahrzeuge (12 TEUR).

Der Materialaufwand steigt im Jahr 2022 wieder deutlich an und beträgt 2.543 TEUR (i. Vj. 1.756 TEUR). Im Jahr 2022 gab es keine Badschließungen mehr aufgrund der Corona-Pandemie, was zu einem Anstieg des Materialaufwandes führt. Höhere Aufwendungen für den laufenden Betrieb sowie Konzernaufwendungen der STW für Energielieferungen sowie der IMG-G für Reinigungsdienstleistungen sind hauptsächlich verantwortlich für die gestiegenen Aufwendungen im Materialbereich. Die Konzernaufwendungen der STW für Energielieferungen erhöhen sich neben dem mengenbedingten Anstieg, zudem deutlich aufgrund der gestiegenen Energiepreise.

Unter Berücksichtigung der gestiegenen Personalaufwendungen 1.874 TEUR (i. Vj. 1.522 TEUR), der nahezu gleichbleibenden Abschreibungen 1.522 TEUR (i. Vj. 1.527 TEUR), der höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen

1.132 TEUR (i. Vj. 1.120 TEUR) sowie des Finanzergebnisses -355 TEUR (i. Vj. -378 TEUR) sinkt der Jahresfehlbetrag vor Steuern auf -5.037 TEUR (i. Vj. -5.118 TEUR).

Das Jahresergebnis vor Verlustübernahme beträgt -5.075 TEUR (i. Vj. -5.157 TEUR). Der Jahresfehlbetrag wird gemäß Ergebnisabführungsvertrag von der WVV ausgeglichen.

B.3.1.2.14. Genusswunder Würzburg GmbH (GWW)

Im Nautiland war der Gastronomiebetrieb der GWW auf Grundlage behördlicher Anordnungen und Personalengpässen in den ersten Monaten des Jahres nur eingeschränkt möglich. Durch den Wegfall der Coronabeschränkungen konnte ab dem Frühjahr das gastronomische Angebot im Nautiland im Bereich Bistro und Sauna erweitert werden. Die Öffnungszeiten mussten jedoch wegen Personalengpässen und der geringen Besucherzahlen stetig angepasst werden. Bedingt durch einen Fliesenschaden im Nautiland musste der Wasserlandschaftsbereich vom 2. April bis 8. April geschlossen werden. Die Reparaturarbeiten wurden erst Ende des Jahres durchgeführt. Hier war das Nautilandbad inkl. Saunabereich vom 4. Oktober bis einschließlich 2. Dezember geschlossen. In dieser Zeit ruhte ebenfalls der Gastronomiebetrieb. Das Kiosk auf der Eisbahn wird seit der Wintersaison 2021/2022 nicht mehr von der GWW betrieben.

Im Betriebsrestaurant wurde das Angebot in den ersten Monaten ebenfalls aufgrund der Corona-Pandemie sowie Personalengpässen reduziert und die Speisen teilweise „to-go“ angeboten. Außerdem kam es zu einem Erlösrückgang, da sich viele Mitarbeiter/-innen weiterhin im Homeoffice befanden und Gäste von außerhalb des Betriebsrestaurant nicht besuchen durften. Im Betriebsrestaurant wurde versucht Aufwendungen einzusparen und den Mitarbeitereinsatz zu optimieren. Ab Sommer wurde der Normalbetrieb wieder aufgenommen, der sich dem Niveau vor Corona annähert.

Die Gesellschaft erzielt im Geschäftsjahr Umsatzerlöse in Höhe von 546 TEUR (i. Vj. 383 TEUR). Diese setzen sich zusammen aus den Gastronomieerlösen der GWW im Nautiland (283 TEUR) sowie aus Erlösen aus dem Betriebsrestaurant und für Bewirtungen (263 TEUR). Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 839 TEUR (i. Vj. 895 TEUR). Die Erträge resultieren überwiegend aus den Zuschüssen der Konzerngesellschaften zur Mitarbeitendenverpflegung (808 TEUR). Der Werbekostenzuschuss von Nestlé Schöller wird außerdem über die Vertragslaufzeit von 5 Jahren anteilig aufgelöst. Dies führt zu zusätzlichen sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 18 TEUR. Unter Berücksichtigung des Materialaufwands 1.137 TEUR (i. Vj. 1.043 TEUR), des Personalaufwands 199 TEUR (i. Vj. 199 TEUR), der Abschreibungen 11 TEUR (i. Vj. 11 TEUR), sowie der sonstigen betrieblichen Aufwendungen 104 TEUR

(i. Vj. 93 TEUR), ergibt sich ein Jahresergebnis in Höhe von -66 TEUR (i. Vj. -68 TEUR) und liegt damit um 76 TEUR unter Plan.

Der Jahresfehlbetrag wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Die durchschnittliche Mitarbeitendenzahl betrug im Jahr 2022 8 Mitarbeitende (i. Vj. 7 Mitarbeitende). Es fielen Personalaufwendungen in Höhe von 199 TEUR an (i. Vj. 199 TEUR).

B.3.1.2.15. smart and public GmbH (SPG)

Die Gesellschaft erzielt im Geschäftsjahr Umsatzerlöse in Höhe von 35 TEUR (i. Vj. 0 TEUR). Diese resultieren aus einem Projekt „Ebay deine Stadt“, welches von der Stadt Würzburg gefördert wurde.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen auf dem geringen Niveau des Vorjahres 3 TEUR (i. Vj. 0 TEUR).

Der Materialaufwand stieg auf 72 TEUR (i. Vj. 0 TEUR). Dieser setzt sich insbesondere aus Mietaufwendungen für die Büroräume am Skyline Hill Center zusammen.

Unter Berücksichtigung der Personalaufwendungen 544 TEUR (i. Vj. 0 TEUR), der Abschreibungen 13 TEUR (i. Vj. 0 TEUR), der sonstigen betrieblichen Aufwendungen 269 TEUR (i. Vj. 28 TEUR) sowie nach Abzug des Finanzergebnisses, ergibt sich ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von -856 TEUR (i. Vj. -28 TEUR).

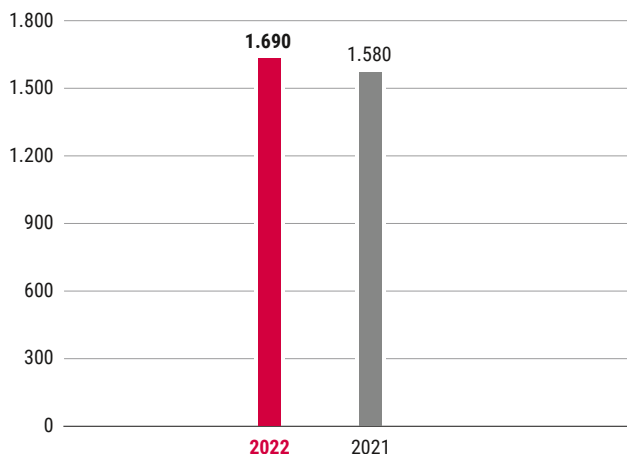
Die Anzahl der durchschnittlich Beschäftigten erhöhte sich um sechs Mitarbeitende auf sechs Mitarbeitende.

B.3.1.3. Ergebnisentwicklung 2021

B.3.1.3.1 WVV-Konzern

Die Erträge im Konzern liegen um 552,2 Mio. EUR über dem Vorjahr (1.236,4 Mio. EUR; i. Vj. 684,2 Mio. EUR). Der Anstieg ist zum vor allem auf die höheren Erlöse aus dem Strom- und Gasgeschäft zurückzuführen. Die betrieblichen Aufwendungen liegen vorrangig aufgrund der gestiegenen Bezugsaufwendungen für Strom und Gas um 526,0 Mio. EUR über dem Vorjahr. Damit verbessert sich das Betriebsergebnis um 26,2 Mio. EUR auf 30,1 Mio. EUR (i. Vj. 3,9 Mio. EUR). Das Beteiligungs- und Finanzergebnis verschlechterte sich um 0,3 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr. Die Aufwendungen für die Ertragsteuern stiegen ergebnisbedingt um 9,5 Mio. EUR auf 10,7 Mio. EUR an. Der Konzernjahresüberschuss (finanzieller Leistungsindikator) für das Geschäftsjahr 2022 beträgt für den WVV-Konzern 16,3 Mio. EUR (i. Vj. 0,0 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung des Verlustvortrags, der Einstellung in die Gewinnrücklagen und nach Abzug des auf konzern-

Mitarbeiterentwicklung WVV-Konzern



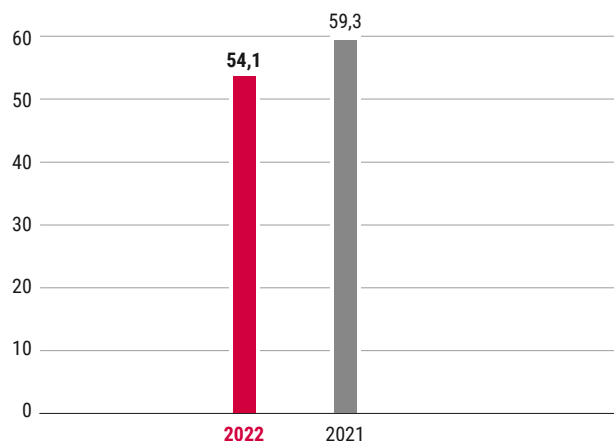
fremde Gesellschafter entfallenden Gewinns, verbleibt ein Konzernbilanzverlust in Höhe von -8,7 Mio. EUR (i. Vj. -11,6 Mio. EUR).

Der Wirtschaftsplan 2022 rechnete mit einem positiven Konzernergebnis. Die Planung wurde aufgrund der positiven Entwicklungen in der Versorgungssparte deutlich übertroffen.

Entwicklung im Personalbereich

Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb des WVV-Konzerns ist im Geschäftsjahr 2022 konstant um 110 auf 1.690 Mitarbeitende angestiegen (i. Vj. 1.580 MA). Die Berechnung der Pensionsrückstellungen basiert auf den aktuellen Heubeck-Richttafeln 2018G sowie einem Rechnungszinssatz von 1,78 % (i. Vj. 1,87 %). Die Rückstellungen für Altersteilzeit betragen zum 31. Dezember 2022 im WVV-Konzern insgesamt 3,6 Mio. EUR. Sie stiegen im Geschäftsjahr um 0,6 Mio. EUR an.

Investitionen (in Mio. EUR)



Finanzlage

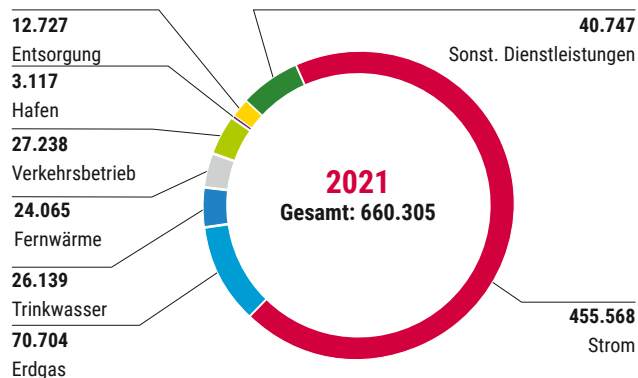
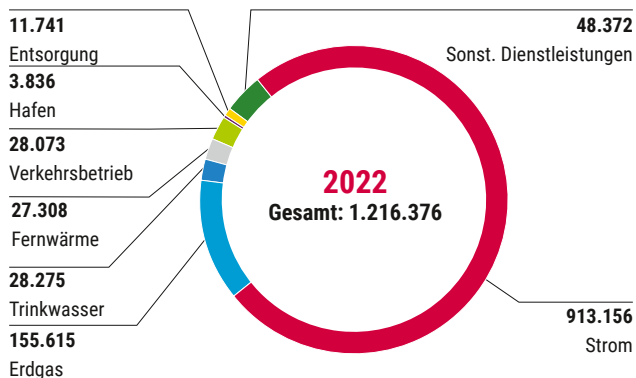
Aufgrund des deutlichen Anstiegs der Bilanzsumme sinkt die Eigenkapitalquote des WVV-Konzerns von 21,8 % auf 20,4 %. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich im WVV-Konzern zum Bilanzstichtag auf 238,6 Mio. EUR (i. Vj. 239,2 Mio. EUR).

Der Bestand an liquiden Mitteln erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,3 Mio. EUR auf 28,1 Mio. EUR. Der Cash-flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug im Geschäftsjahr 59,5 Mio. EUR (i. Vj. 28,8 Mio. EUR).

Vermögenslage

Das Vermögen des WVV-Konzerns beträgt zum Bilanzstichtag 615,9 Mio. EUR (i. Vj. 531,0 Mio. EUR). Dies entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 84,9 Mio. EUR. Die höhere Bilanzsumme resultiert im

Konzernumsatz nach Bereichen (in TEUR)



Wesentlichen aus dem Anstieg des Sachanlagevermögens und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Ebenfalls angestiegen ist der Bestand an Vorräten, die liquiden Mitteln und die sonstigen Vermögensgegenstände.

Die Bilanzsumme setzt sich zusammen aus dem Anlagevermögen in Höhe von 404,9 Mio. EUR (i. Vj. 387,5 Mio. EUR), dem Umlaufvermögen in Höhe von 207,8 Mio. EUR (i. Vj. 140,8 Mio. EUR) und dem Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 3,3 Mio. EUR (i. Vj. 2,8 Mio. EUR).

Investiert wurden im WVV-Konzern im Geschäftsjahr 2022 54,1 Mio. EUR. Davon hat die WSB 10,6 Mio. EUR,

hauptsächlich für die Beschaffung von neuen Straßenbahngelenktriebwagen (4,1 Mio. EUR) und für Gleis-Sicherungsanlagen (4,0 Mio. EUR) investiert. Die STW investierte im Geschäftsjahr 27,9 Mio. EUR; davon schwerpunktmäßig im Bereich der Stromversorgung (rd. 7,7 Mio. EUR), im Bereich der Erzeugung (rd. 6,1 Mio. EUR) und im Bereich der Trinkwasserversorgung (4,1 Mio. EUR). In der IMG betreffen Investitionen in Höhe von 5,4 Mio. EUR im Wesentlichen Aufwendungen für Parkhaus und Parkflächen „Skyline Hill Parking“.

Das Anlagevermögen ist zu 95,6 % (i. Vj. 89,8 %) durch Eigenmittel sowie mittel- und langfristige Mittel finanziert.

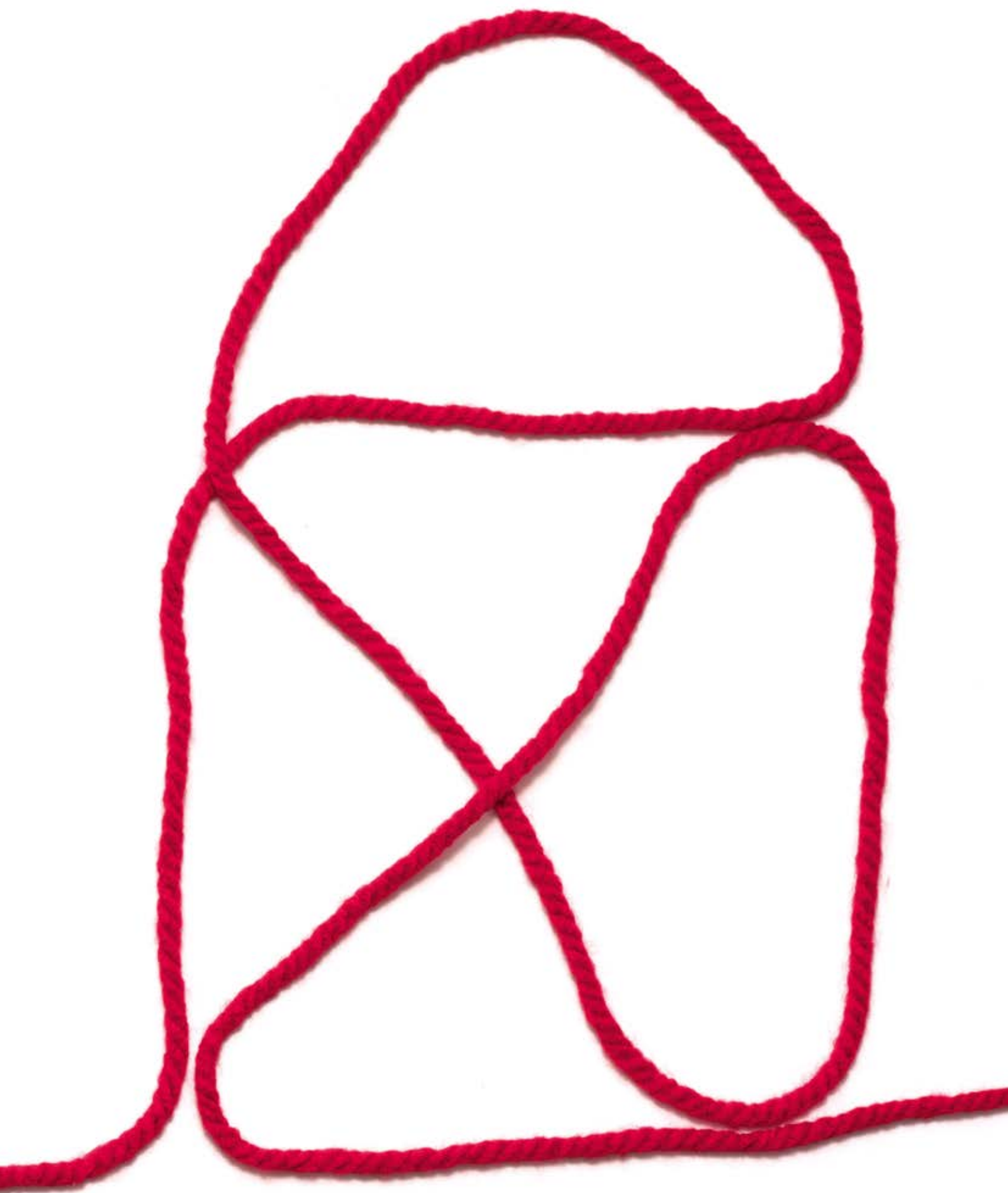
GLASFASERNETZ

Gut vernetzt für die Digitalisierung der Zukunft

Der kontinuierliche Ausbau des Glasfasernetzes und damit die Bereitstellung von leistungsfähigen Datennetzen mit hoher Bandbreite ist für uns ein echtes Zukunftsprojekt und ein entscheidender Beitrag zur Lebensqualität. Unser Glasfasernetz ist bereits über 600 Kilometer lang.

Glasfaser ist die Netzarchitektur der Zukunft. In Zeiten der Digitalisierung ermöglicht sie schnelle, stabile und sichere Internetanbindungen sowie moderne Anwendungen wie etwa intelligente Stromzähler und Smart Home. Für moderne Arbeitsmethoden wie Homeoffice-Arbeitsplätze und Videotelefonie ist Glasfaser absoluter Standard.





C. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres sind keine Ereignisse eingetreten, die eine besondere Bedeutung für die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

D.1. Prognosebericht

D.1.1. WVV

Das Ergebnis im ersten Quartal 2023 liegt über dem Plan. Der Wirtschaftsplan sieht für das Jahr 2023 einen Jahresfehlbetrag i.H.v. rd. 2,1 Mio. EUR vor. Aus heutiger Sicht wird ein negatives Jahresergebnis in Höhe von rd. 2,6 Mio. EUR erwartet. Eine nähere Beschreibung zur Entwicklung entnehmen Sie der Prognosen wesentlicher Tochterunternehmen.

D.1.2. STW

Im 1. Quartal 2023 liegen die Abgabemengen für Gas über Plan und für Fernwärme unter Plan. Die Strom- und Wassermengen befinden sich nahezu auf Planniveau. Insbesondere aufgrund eines geringer anfallenden Personalaufwands sowie Erträgen aus Schadensabrechnungen liegt das Ergebnis des ersten Quartals über Plan; gegenläufig wirken sich beispielsweise geringere Verrechnungen an die Stadt Würzburg sowie an Dritte aus.

Der Anstieg der Energiepreise und der zusätzliche Ukraine-Konflikt führten zu zahlreichen Bilanzkreisschließungen von Energiediscontern. Die Markenwahrnehmung seriös agierender regionaler Energielieferanten ist in den vergangenen Monaten hierdurch merklich gestiegen. Das seit Oktober 2021 hohe Marktpreisniveau führt zu erhöhten Kostenbelastungen aller Kundensegmente und nachgelagert zu einem zu erwartenden erhöhten Forderungsausfall. Regulatorische Eingriffe sind mit dem Preisbremsengesetzen für die Produkte Strom und Erdgas durch den Gesetzgeber im Dezember 2022 erfolgt. Der Wettbewerbsmarkt Strom und Erdgas zur Neukundengewinnung eröffnet außerhalb des Grundversorgungsgebietes aufgrund fallender Marktpreise seit Jahresbeginn Chancen auf zusätzliche Marktanteile.

Zunehmender Wettbewerb im regionalen Marktumfeld wird aufgrund der hohen Marktvolatilitäten der vergangenen 12 Monate verstärkt erwartet.

Zunehmend wird auch der Umstieg von Gas auf alternative Wärmelösungen in allen Kundensegmenten verstärkt erwartet. Dies führt im Erdgasprodukt perspektivisch zu

Absatz- und Margenverlusten, die durch neue Geschäftsfelder kompensiert werden müssen.

Die zunehmende Dezentralisierung der Erzeugungsanlagen und der stark geplante Ausbau der erneuerbaren Energien führt zu zunehmenden Chancen der Dienstleistungen zur Vermarktung für Erzeugungsanlagen.

Laut Wirtschaftsplan wird für das Geschäftsjahr 2023 von einem Jahresüberschuss vor Gewinnverwendung in Höhe von 17,9 Mio. EUR ausgegangen.

Aus heutiger Sicht wird das Planergebnis überschritten.

D.1.3. WSB

Im Januar 2023 sind die Einnahmen aus dem Verkauf von Fahrkarten im Vergleich zum Vorjahr 2022 um 28,9 % angestiegen. Ursächlich ist die positive Entwicklung der Umsätze im Bartarif. In der Differenzierung nach Tarifgruppen belaufen sich die Einnahmenezuwächse im Bartarif auf 69,3 %, im Ausbildungstarif auf 5,2 % und im Zeitkartentarif Erwachsene auf 27,3 % (bereinigt). Die korrespondierende Entwicklung der Fahrkartenverkäufe beträgt im Bartarif +60,4 % und im Ausbildungstarif +3,1 %. Nachdem sich die negativen Auswirkungen der Coronapandemie im Verlauf des zweiten Halbjahres 2022 deutlich verringert haben, hat sich zumindest das Segment des Bartarif im Vergleich zum Jahr 2021 auf niedrigem Niveau erholt. Die Verkaufszahlen liegen allerdings auch in diesem Segment weiterhin deutlich unter dem Niveau des Jahres 2019. Im Verlauf des Frühjahres 2023 dürfte – aufgrund des weitestgehenden Entfalls der Corona-Beschränkungen – mit einer weiteren Erholung der Fahrgastzahlen im Vergleich zu 2021 und 2022 zu rechnen sein.

Der Jahresfehlbetrag liegt nach den Monaten Januar bis Februar über dem geplanten Verlust. Der Wirtschaftsplan 2023 geht von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 24,9 Mio. aus. Welche Auswirkungen die Entwicklung der Energiepreise sowie die Einführung des Deutschlandtickets auf die WSB mit sich bringt, ist aus heutiger Sicht schwer zu beurteilen.

Durch den Ergebnisabführungsvertrag beziehungsweise die Cash-Pooling-Vereinbarung mit der WVV wird sichergestellt, dass das negative Ergebnis der Gesellschaft ausgeglichen und die Finanzierung ermöglicht wird.

D.1.4. MFN

Der Wirtschaftsplan für 2023 geht von einem negativen Jahresergebnis in Höhe von 7.180 TEUR (vor Ergebnisabführung) aus.

Zum aktuellen Stand (Mai 2023) ist mit einer weiteren Ergebnisverschlechterung zum Jahresende zu rechnen.

Aufgrund geringerem Strom- und Gasabsatzes im 1. Quartal liegen die Netzentgelterlöse deutlich unter Plan. Derzeit wird mit einem Jahresergebnis von -8.387 TEUR gerechnet.

Durch den Ergebnisabführungsvertrag und die Cash-Pooling-Vereinbarung mit der STW wird sichergestellt, dass das negative Ergebnis der Gesellschaft ausgeglichen und die Finanzierung ermöglicht wird. Entgangene Erlöse können über das Regulierungskonto in den Folgejahren nachverrechnet werden.

D.1.5. WHG

Nach dem ersten Quartal 2023 liegt die Gesamtmenge der gelöschten und geladenen Güter in den Würzburger Häfen 6,5 % unter dem Vorjahr (224.476 t; i. Vj. 239.979 t).

Der Wirtschaftsplan für 2023 kalkuliert mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 520 TEUR. Die Gesellschaft erwartet somit laut Wirtschaftsplan einen im Vergleich zu 2022 niedrigeren Jahresüberschuss. Es ist davon auszugehen, dass das Planergebnis erreicht wird.

D.1.6. SVG

Die ersten zwei Monate des Jahres 2023 verliefen für die Gesellschaft zufriedenstellend. Die Parkeinnahmen konnten gegenüber dem Vorjahr um 371 TEUR bzw. 37,2 % gesteigert werden; die Anzahl der Kurzparker/innen ist um 19,9 % gestiegen. Die Umsatzerlöse aus Parkvorgängen liegen nach den ersten beiden Monaten 154 TEUR unter dem Planansatz. Der Wirtschaftsplan 2023 geht von einem Jahresergebnis vor Gewinnverwendung in Höhe von 820 TEUR aus. Aus heutiger Sicht wird das Planergebnis erreicht.

D.1.7 TWV

Die Trinkwasserabgabe nach den Monaten Januar bis Februar 2023 liegt um 0,058 Mio. m³ unter Plan. Den niedrigeren Umsatzerlösen aus Wasserverkauf und Nebengeschäft stehen geringere Material- und Personalaufwendungen gegenüber, wodurch das Ergebnis nach den ersten beiden Monaten in 2023 den Plan überschreitet.

Im Wirtschaftsplan für 2023 wird ein höheres Ergebnis vor Gewinnverwendung als 2022 in Höhe von 2,1 Mio. EUR erwartet.

Die laufende Finanzierung und Liquiditätsausstattung der Gesellschaft wird neben einer Darlehensaufnahme bei Dritten für längerfristige Investitionen im Wesentlichen über die Cash-Pooling-Vereinbarung mit der WVV sichergestellt. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr jederzeit gewährleistet. Durch die Cash-Pooling-Vereinbarung mit der WVV wird die Finanzierung der Gesellschaft

sichergestellt. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Konzernfinanzierung mittelfristig so durchgeführt wird.

Die aktuelle Trinkwasserverordnung trat 2001 in Kraft. Der Grenzwert für Sulfat wurde von 240 auf 250 mg/l angehoben. Die erneute Zulassung wurde durch das Gesundheitsamt mit Bescheiden vom 27.03.2023 und 30.05.2023 bestätigt. Die Zulassung ist auf 10 Jahre befristet.

Am 22.03.2022 wurde der Antrag zur Neuausweisung des Trinkwasserschutzgebietes der Zeller Quellen beim Landratsamt Würzburg abgegeben und die Vollständigkeit und Plausibilität der Antragsunterlagen am 30.01.2023 festgestellt. Für die Neuausweisung des Wasserschutzgebietes der Zeller Quellstollen ist somit Planreife eingetreten.

Die Gesellschaft plant am Spitalberg den Bau und Betrieb eines weiteren Hochbehälters. Für das Jahr 2023 sind weitere Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern und die Vergabe der Planungsleistungen vorgesehen.

Die Gesellschaft plant weiterhin den Strombedarf der Wasser- und Pumpwerke sowie der Hochbehälter durch standortnahe PV-Anlagen mit einem hohen Autarkiegrad zu decken. Am Hochbehälter Galgenberg ist bereits eine erste PV-Anlage in der Projektierung.

D.1.8. KWG

Der im Wirtschaftsplan 2023 ausgewiesene Jahresfehlbetrag vor Ertragsteuern in Höhe von 1.135 TEUR weist ein um 520 TEUR niedrigeres Ergebnis aus als im Jahr 2022 (Jahresfehlbetrag 615 TEUR), dies ist vor allem auf die in 2022 geringeren Umsatzerlöse zurückzuführen, auf Grund eines neuen Vertrages mit der Stadt Würzburg.

Nach den ersten beiden Monaten des Jahres 2023 liegt das Ergebnis der Gesellschaft 216 TEUR über dem Planansatz (Jahresfehlbetrag 42 TEUR). Aus heutiger Sicht wird das Planergebnis jedoch voraussichtlich erreicht, da die Planüberschreitung überwiegend aus gewöhnlichen Monatsverschiebungen resultiert.

D.1.9. WRG

Der Wirtschaftsplan für 2023 geht von einem Jahresüberschuss vor Gewinnverwendung in Höhe von 85 TEUR aus. Im Vergleich zum Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2022 stellt dies eine Ergebnisverschlechterung dar, dies ist auf höhere Abschreibungen sowie gestiegenen Personalaufwand zurückzuführen.

Die Gewerbeabfallsortieranlage konnte im Sommer 2022 in Betrieb genommen werden, daher wird mit mehr Gewerbeabfällen gerechnet. Infolgedessen wird auch der Materialaufwand steigen. Die Geschäftsführung geht

daher davon aus, dass das Planergebnis für das Geschäftsjahr 2023 erreicht wird.

Für geplante Neuanschaffungen, beispielsweise beim Fuhrpark befürchtet man aufgrund der steigenden Inflation und der militärischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine ansteigende Materialpreise und Lieferengpässe.

Die Folgen des Ukraine-Krieges sind zum jetzigen Zeitpunkt schwer abzuschätzen. Denkbar sind hier ebenfalls Umsatzausfälle, weil Kundinnen und Kunden aufgrund der konjunkturellen Entwicklung und gestiegenen Kosten die Produktion herunterfahren und Investitionsvorhaben aufschieben. Außerdem werden die hohen Treibstoffkosten nicht gänzlich weitergereicht werden können.

Auch eine anhaltend starke Nachfrage nach Abfällen als Brennstoff hätte negative Auswirkungen auf die Umsatzentwicklung.

D.1.10. WW-E

Der Absatz liegt nach den Monaten Januar bis Februar 2023 unter dem Planansatz. Aufgrund geringerer Materialaufwendungen überschreitet das Ergebnis den Plan dennoch deutlich.

Der Wirtschaftsplan 2023 geht von einer höheren Absatzmenge gegenüber dem Vorjahr in Höhe von insgesamt 1.460 Tm³ aus. Für 2023 wird ein positives Ergebnis in Höhe von 40 TEUR erwartet.

Die aktuelle Trinkwasserverordnung trat 2001 in Kraft. Der Grenzwert für Sulfat wurde von 240 auf 250 mg/l angehoben. Die erneute Zulassung wurde durch das Gesundheitsamt mit Bescheiden vom 27.03.2023 und 30.05.2023 bestätigt. Die Zulassung ist auf 10 Jahre befristet.

Seit 2014 werden die Brunnen wegen häufig auftretender, erhöhter Trübungswerte regelmäßig regeneriert. Die Beeinträchtigung führt zu einer reduzierten Wassergewinnung. Die Verfügbarkeiten der Brunnen können dadurch zukünftig zunehmend negativ beeinflusst werden. Die Gesellschaft hat in diesem Zusammenhang Maßnahmen zur Verbesserung des Sachverhalts geprüft. Ergebnis ist, dass eine Trübstoffentfernungsanlage im aktuellen Wirtschaftsplan vorgesehen wurde und im Jahr 2023 weitere Planungsleistungen ausgeschrieben und vergeben werden. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Anlage ist bis Juni 2026 geplant.

D.1.11. IMG

Das Ergebnis liegt in den Monaten Januar bis März 2023 um 26 TEUR unter Plan.

Der im Wirtschaftsplan 2023 ausgewiesene Jahresüberschuss liegt 525 TEUR über dem Ergebnis des Jahres 2022.

Aus heutiger Sicht wird das Planergebnis geringfügig unterschritten.

D.1.12. IMG-G

Das Ergebnis liegt im I. Quartal 2023 118 TEUR über Plan.

Der Wirtschaftsplan 2023 geht von einem Jahresüberschuss in Höhe von 250 TEUR aus. Aus jetziger Sicht wird das Planergebnis erreicht.

D.1.13. NVG

Für das Jahr 2023 ist grundsätzlich eine positive Entwicklung für die NVG zu erwarten. Durch den langfristigen Anmietvertrag zur Erbringung der städtischen Linienverkehre ist die wesentliche Geschäftsgrundlage der NVG weiterhin gesichert. Der dem Anmietvertrag zugrundeliegende Öffentliche Dienstleistungsauftrag (ÖDLA) zwischen Stadt Würzburg und WSB zum Betrieb der Bus- und Straßenbahnlinien hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2043.

Mit der für 2023 vorgesehenen Umsetzung einer zweiten Ausbaustufe von Busnetz+ zur weiteren Verbesserung des innerstädtischen Busliniennetzes sowie einem umfangreichen Bedarf an Schienenersatzverkehren wird eine deutliche Aufstockung der Anmietleistung verbunden sein. Inwieweit die NVG die Zusatzleistungen im eigenen Haus erbringen kann, ist vor dem Hintergrund des fortbestehenden Mangels an qualifiziertem Fahrpersonal noch nicht abzusehen.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Einführung des 49-Euro-Deutschlandtickets zum 01.05.2023 den motorisierten Individualverkehr nachhaltig beeinflussen und Anpassungsmaßnahmen in der Bedienung des innerstädtischen Liniennetzes erforderlich machen wird.

Für die geplante zügige Ausweitung der vollelektrischen Fahrzeugflotte zur Verbesserung der Luftreinhaltung und als Beitrag zur Erreichung übergeordneter Klimaschutzziele wird insbesondere eine bessere Berücksichtigung der NVG bei der Aufnahme in staatliche Förderprogramme und die rechtzeitige Zusage und Bereitstellung der Zuschüsse zur Kompensation der Mehrkosten ausschlaggebend sein.

Für die Gesellschaft wird es auch weiterhin eine strategische Hauptaufgabe bleiben, geeignetes Fahrpersonal im benötigten Umfang zu beschaffen und an das Unternehmen zu binden. Dazu wird neben flankierenden Maßnahmen auch eine zügige Umgestaltung des bestehenden Lohntarifsystems mit den zuständigen Gewerkschaften festzulegen sein.

Der Wirtschaftsplan sieht für das Jahr 2023 einen Jahresüberschuss vor Steuern in Höhe von 101 TEUR vor.

D.1.14. WBG

Nach den ersten beiden Monaten im Jahr 2022 liegt der Jahresfehlbetrag 167 TEUR unter dem geplanten Verlust. Insbesondere geringere Material- und Personalaufwendungen sind hierfür ausschlaggebend.

Der Wirtschaftsplan für 2023 kalkuliert mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 4,8 Mio.€ Dieser liegt unter dem Niveau des Verlustes vom Berichtsjahr 2022.

Aus heutiger Sicht wird das Planergebnis erreicht.

Durch den Ergebnisabführungsvertrag beziehungsweise die Cash-Pooling-Vereinbarung mit der WVV wird sichergestellt, dass das negative Ergebnis der Gesellschaft ausgeglichen und die Finanzierung ermöglicht wird. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Situation mittelfristig unverändert bleibt.

D.1.15. GWW

Das Ergebnis liegt in den Monaten Januar und Februar 2023 11 TEUR unter Plan. Das Ergebnis im Nautiland liegt allerdings 6 TEUR über Plan und ist somit positiv. Der Wirtschaftsplan 2023 geht von einem Jahresüberschuss in Höhe von 5 TEUR aus. Aus heutiger Sicht wird das Planergebnis erreicht.

Im Jahr 2023 werden keine Einschränkungen mehr bedingt durch die COVID-19-Pandemie erwartet. Der Gastronomiebetrieb ist nun wieder ohne Einschränkungen möglich. Nach den bisherigen Erkenntnissen wird die Gastronomie im Nautiland bereits wieder gut von der Bevölkerung angenommen.

D.1.16. SPG

Das Ergebnis liegt in den Monaten Januar und Februar 2023 67 TEUR über Plan. Die Personal- und Materialaufwendungen liegen nach den ersten beiden Monaten 52 TEUR unter dem Planansatz.

Der Wirtschaftsplan 2023 geht von einem Jahresüberschuss in Höhe von 260 TEUR aus.

Die SPG wurde von der Stadt Würzburg durch einen „Betrauungsakt“ über EU-beihilferechtliche Regelungen zum Projekt „stadt.land.smart – Menschlich aus der Krise“ vom 22.07.2022 mit der Erbringung bestimmter Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut.

Um die Weiterleitung der Fördermittel zu regeln, wurde hierfür am 28.06.2022 zwischen der Stadt Würzburg und der SPG ein Zuwendungsweiterleitungsvertrag geschlossen. Auf Grundlage des Zuwendungsbescheids leitet die Stadt Würzburg der SPG für das Teilprojekt „Smart City Hub“ zunächst anteilige Fördermittel i. H. v. 1.270.000,00 EUR zur bestimmungsgemäßen Verwendung weiter. Das erste Strategiejahr (von insgesamt fünf) wurde verlängert, mit dem Ziel, die Mittel für das erste Strategiejahr in der geplanten Höhe bis Februar 2023 und nicht bis Ende 2022 abrufen zu können.

Zur Unterstützung der Umsetzung von „eBay deine Stadt Würzburg“ erhält die SPG von der Stadt Würzburg gem. Dienstleistungsvertrag vom 11.04./04.05.2022 ein Entgelt i. H. v. 38.260,00 EUR pro Kalenderjahr.

D.1.17. WVV-Konzern

Der Wirtschaftsplan 2022 rechnete mit einem leicht positiven Konzernergebnis. Die Planung wurde aufgrund der positiven Entwicklungen in der Versorgungssparte deutlich übertroffen.

Neben der Entwicklung der für die Versorgungssparten relevanten Absatzmengen bleiben auch im Geschäftsjahr 2023 die Arbeitnehmerbelange im WVV-Konzern von hoher Relevanz.

D.2. Investitionen

Das Nettoinvestitionsvolumen im WVV-Konzern wird im Geschäftsjahr 2023 67,6 Mio. EUR betragen.

D.2.1. WVV

Der Investitionsplan 2023 der WVV weist für Software, Hardware und für sonstige Anlagen und Geschäftsausstattung 3,6 Mio. EUR aus. Die Gesellschaft finanziert die Investitionen durch die Aufnahme von Darlehen.

D.2.2. STW

Für das Geschäftsjahr 2023 sieht der Wirtschaftsplan Investitionen in Höhe von 41,4 Mio. EUR vor. Enthalten sind Mittel unter anderem für den Ersatzbau Umspannwerk Dürrbachau, die Erweiterung und Umstellung des Fernwärmenetzes auf Heizwasser, für Erweiterungen,

Verstärkungen und Neuerschließungen der Netze, für Hausanschlüsse, für den Neu- und Umbau diverser Schalthäuser/Umspannwerke bzw. Trafostationen sowie für das Glasfasernetz und den Messstellenbetrieb. Finanziert werden die Investitionen durch die Aufnahme von Darlehen in Höhe von 37,6 Mio. EUR und den Erhalt von Zuschüssen zu den Sachanlagen.

D.2.3. WSB

Für das Geschäftsjahr 2023 sieht der Wirtschaftsplan 15,7 Mio. EUR für Investitionen vor; darin sind Fördermittel in Höhe von 13,6 Mio. EUR berücksichtigt. Der Schwerpunkt liegt in der Beschaffung von 18 Straßenbahngelenktriebwagen und in der Erweiterung des Schienennetzes der Straßenbahn in Richtung Grombühl und Frauenland/Hubland. Für das Verwaltungsgebäude am Betriebshof Sanderau sind ebenfalls Mittel für die Erweiterung vorgesehen, zudem für die Modernisierung von Haltestellen (Wartehallen und für Haltestellenbeleuchtung). Darüber hinaus sind weitere Mittel für die Herstellung rampentauglicher Haltestellen, dem Gleisaustausch zwischen der Haltestelle Straßburger Ring und Athener Ring sowie der Erneuerung des Gleisdreiecks vor dem Betriebshof Sanderau im Plan berücksichtigt. Die Gesellschaft finanziert ihre Investitionen aus eigenen Mitteln und aus Zuschüssen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG).

D.2.4. MFN

Für das Geschäftsjahr 2023 sind Investitionen in Höhe von 1.470 TEUR vorgesehen. Diese beinhalten Investitionen für die Netzleitstelle (203 TEUR), Hardware- & Software (265 TEUR), den Fuhrpark (708 TEUR) sowie Investitionen für Werkzeuge und Inventar (295 TEUR).

D.2.5. WHG

Für das Geschäftsjahr 2023 sind gemäß Investitionsplanung Investitionen in Höhe von insgesamt 318 TEUR vorgesehen. Diese Mittel werden u. a. für die Auswechslung von Gleisanlagen sowie für hafenspezifische Maßnahmen an Grundstücksflächen (u. a. Spundwand) verwendet.

D.2.6. SVG

Für das Geschäftsjahr 2023 sieht der Wirtschaftsplan 800 TEUR für Investitionen vor. Enthalten sind Mittel für neue Parkbetriebssysteme in Höhe von 660 TEUR sowie 25 TEUR für die Entwicklung von Online-Anwendungen und Digitalisierungen. Ferner sind für die Erweiterung der Leitstelle sowie der Videoanlage jeweils ungefähr 20 TEUR enthalten. Ebenfalls mit 20 TEUR berücksichtigt ist die Investition in Störmeldesysteme. Zukünftige Investitionen in die Leitstelle werden auf Basis der laufenden Bewirtschaftungsverträge und deren Entwicklung geplant.

D.2.7. TWV

Für das Jahr 2023 sind Investitionen in Höhe von 2,7 Mio. EUR vorgesehen, u. a. für den Neubau eines Hochbehälters und eine PV-Anlage, eine UV-Desinfektionsanlage sowie den Erwerb von Immobilien/Grundstücken.

D.2.8. KWG

Die Gesellschaft sieht für das Jahr 2023 Investitionen in Höhe von 1.044 TEUR vor. Um die Erneuerung der Dachkonstruktion der Tunnelhalle weiter fortzuführen, sind Investitionen in Höhe von 200 TEUR geplant. Unter anderem sieht der Investitionsplan außerdem vor, die Siebanlage für Oberpleichfeld aus dem Leasing zu übernehmen. Weiterhin sind Investitionen zur Erweiterung um einen Sozialbereich des Verkaufsgebäudes geplant sowie die Erweiterung von Verkaufs- und Lagerfläche. Zur Finanzierung der Investitionen wurde Mitte 2022 ein Darlehen in Höhe von 2,3 Mio. EUR aufgenommen. Im Jahr 2023 werden 1,0 Mio. EUR für zusätzliche Investitionen aufgenommen.

D.2.9. WRG

Für das Jahr 2023 kalkuliert die Gesellschaft mit Investitionen in Höhe von 477 TEUR. Diese Mittel werden u. a. für die Anschaffung eines LKWs, einer Kehrmaschine sowie Geschäftsausstattung verwendet. Die Finanzierung erfolgt zu 100 % aus Eigenmitteln.

D.2.10. WW-E

Für das Jahr 2023 sind Investitionen in Höhe von 505 TEUR geplant. Diese entfallen insbesondere auf eine Aufbereitungsanlage zur Trübstoffentfernung (Anlagen im Bau).

D.2.11. IMG

Für das Jahr 2023 sind laut Investitionsplanung Investitionen in Höhe von 2.565 TEUR vorgesehen. Die geplanten Investitionen betreffen im Wesentlichen den Neubau eines Technischen Betriebsgebäudes.

D.2.12. IMG-G

Für das Jahr 2023 sind Investitionen in Höhe von 26 TEUR für Reinigungsmaschinen, Geringwertige Wirtschaftsgüter und Büroausstattung vorgesehen.

D.2.13. WBG

Für das Geschäftsjahr 2023 sind im Wirtschaftsplan Investitionen in Höhe von insgesamt 171 TEUR vorgesehen.

D.2.14. GWW

Für das Jahr 2023 sind Investitionen in Höhe von 10 TEUR vorgesehen.

D.2.15. SPG

Für das Jahr 2023 sind Investitionen in Höhe von 168 TEUR, insbesondere für Software sowie die Ausstattung der angemieteten Räumlichkeiten im Skyline Hill Center und des benötigten IT-Equipments, vorgesehen.

D.3. Risikobericht

Um alle den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, hat die WVV ein systematisches Risikomanagementsystem im Konzern eingerichtet. Die WVV stellt dabei für die verbundenen Unternehmen als Dienstleister die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen im Rahmen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sicher.

D.3.1. WVV

Die Abläufe für die Umsetzung des öffentlichen Dienstleistungsauftrages (ÖDLA) zwischen der Stadt Würzburg und der WSB, insbesondere der Ausgleichsmechanismus, sind komplex gestaltet und müssen immer vertragskonform durchgeführt werden. Bei einer nicht vertragskonformen Abwicklung besteht ein finanzielles Risiko. Es könnte sich eine steuerliche Mehrbelastung für die WVV ergeben.

Durch die Europäische Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) der EU werden Unternehmen dazu verpflichtet, personenbezogene Daten zu schützen und angemessen zu verarbeiten bzw. zu löschen, wenn der Zweck für die vorherige Erhebung oder Verarbeitung der Daten, das weitere Vorhalten der Daten nicht mehr erforderlich macht. Werden die datenschutzrechtlichen Vorschriften verletzt, kann ein Bußgeld nach Art. 83 DS-GVO verhängt werden. Darüber hinaus kann ein Betroffener einen Schadensersatzanspruch nach Art. 82 DS-GVO geltend machen.

Bei einer Weitergabe von personenbezogenen Daten in einen Staat außerhalb der EU/ des EWR, einem sogenannten Drittland, ist darauf zu achten, dass beim jeweiligen Dienstleister (Auftragsgeber) das gleiche Schutzniveau zur Anwendung kommt, wie bei einem Dienstleister innerhalb der EU/EWR. Die Datenübermittlungen an Drittländer und internationale Organisationen sind nur unter strikter Einhaltung der Garantien nach Art. 46 ff DS-GVO zulässig. Der EuGH hat entschieden, dass technische und organisatorische Maßnahmen getroffen werden müssen, die die Einhaltung des Schutzniveaus im Drittland garantieren.

Wesentliche Risiken entstehen der Gesellschaft aus den defizitären Tochtergesellschaften WSB und WBG und den daraus resultierenden Verlustübernahmen und dem damit verbundenen Liquiditätsabfluss.

Insgesamt stehen in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen im Rahmen der Energie- und Verkehrswende an, deren Finanzierung trotz Zuschüssen den Konzern vor erhebliche Anstrengungen stellen wird.

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.2. STW

Im Geschäftskundensegment erfolgt nach Lieferung der Commodities Strom und Erdgas die Rechnungsstellung monatlich. Ein finanzielles Risiko entsteht im Insolvenzfall des Geschäftspartners, da offene Rechnungsforderungen vorliegen können und diese somit in die Insolvenzmasse des Unternehmens fließen, so dass ein Ausgleich der offenen Forderungen aus Energielieferung der Commodities nicht gewährleistet ist. Im Vorfeld der Belieferung findet im Rahmen der Angebotserstellung ab einem bestimmten Jahresabsatz eine Bonitätsprüfung statt. Die Angebotserstellung erfolgt für potenzielle Kunden/innen nach Bonitätsauskunft nur bis zu einer festgelegten Ausfallwahrscheinlichkeit.

Mit dem Kontrahentenrisiko wird das Risiko bezeichnet, dass eine Vertragspartei möglicherweise nicht mehr in der Lage ist den vertraglichen Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen nachzukommen. Das Kontrahentenrisiko wird für die Beschaffungsseite gemessen.

Aufgrund der militärischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine sind die Strom- und Gaspreise an den Großhandelsmärkten drastisch angestiegen. Die Bundesregierung bereitet sich auf eine erhebliche Verschlechterung der Gasversorgung vor. Das Bundeswirtschaftsministerium hat am 30. März 2022 vorsorglich die Frühwarnstufe ausgerufen. Am 23.06.2022 erfolgte die Ausrufung der Alarmstufe. Sollte eine weitere Verschlechterung der Versorgungssituation eintreten und sich eine Gefährdung oder Störung der Gasversorgung durch markt- und netzbezogene Maßnahmen des Netzbetreibers nicht beheben lassen (Notfallstufe), sind vom Netzbetreiber Maßnahmen einzuleiten. Hierbei ist eine Abschaltreihenfolge durch den Netzbetreiber festzulegen. Vom Gesetzgeber wurden Kundengruppen definiert, die in einem solchen Fall Vorrang bei der Gasbelieferung haben. Zu diesen geschützten Kunden zählen auch systemrelevante Gaskraftwerke, wie das HKW in Würzburg. Im Krisenfall werden jedoch nur Gasmengen für das HKW zugeteilt, die für die Wärmeerzeugung benötigt werden. Es wird unterstellt, dass die nicht mehr im HKW erzeugten und bereits am Terminmarkt veräußerten Strommengen zurückgekauft

werden müssten, um die Lieferverpflichtung ggü. den Vertragspartnern erfüllen zu können.

Kundinnen und Kunden mit Sonderverträgen Strom, in denen eine nach BGH-Urteil ungültige Preisanpassungsklausel (PAK) enthalten ist, können 3 Jahre nach Zugang der Jahresrechnung, in der erstmals die Preiserhöhung ersichtlich ist, der Preiserhöhung widersprechen und den Erhöhungsbetrag zurückfordern.

Ein weiteres Risiko ist der Ausfall bzw. die eingeschränkte Fahrweise einer Erzeugungsanlage in Folge eines Maschinenschadens oder von Extremwetterlagen. Ein Schaden im Kraftwerk kann zu einem Totalausfall oder zu einer Restriktion der Fahrweise führen. Eine Restriktion der Fahrweise des Kraftwerks kann z. B. auch durch eine hohe Außentemperatur oder Hochwasser vorliegen. Die Folgen können den Strombezug, Verkauf von Erdgas und ggf. Emissionsrechten (EUA) zu jeweils aktuellen Preisen betreffen.

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.3. WSB

Es besteht das Risiko, dass sich zukünftig ein erhöhter Sanierungsbedarf für die Erneuerung der Rasengleisanlagen ergibt. Es wurden lokal sogenannte Gleissetzungen sowie teilweise schlammige Löcher in Streckenabschnitten mit Rasengleis festgestellt. Das bestehende Fahrbahnsystem der Straßenbahn wird hinsichtlich der Notwendigkeit von Bauaktivitäten permanent überwacht.

Neben den sechs Straßenbahnen Typ GT-D befinden sich im Fuhrpark der WSB noch 14 Straßenbahnen des Typs GT-E (Durchschnittsalter 33 Jahre) sowie 20 Stück des Typs GT-N (Durchschnittsalter 26 Jahre). Aufgrund des fortgeschrittenen Fahrzeugalters ist die dauerhafte Ersatzteilversorgung seitens der Hersteller nicht mehr sichergestellt, so dass ggf. die betroffenen Straßenbahnen nicht mehr im Tagesgeschäft eingesetzt werden können. Kurzfristig müsste dies dann über Schienenersatzverkehr mit Omnibussen abgedeckt werden.

Der Stadtrat der Stadt Würzburg sowie der Aufsichtsrat der WSB haben die Beschaffung von 18 neuen Straßenbahnen beschlossen. Der Beschaffungsprozess wurde in 2018 begonnen und konnte mit der Vertragsunterzeichnung am 09.12.2019 mit der Firma HeiterBlick Straßenbahnen GmbH erfolgreich abgeschlossen werden.

Zum 01.01.2014 wurden die Konzessionen der WSB-Landkreislinien (11, 14, 15, 17, 18, 19, 22, 31) aufgrund des öffentlichen Dienstleistungsauftrages (ÖDLA) an das Kommunalunternehmen überführt. Bereits zu diesem Zeitpunkt bestanden unterschiedliche Ansichten zwischen Kommu-

nalunternehmen und der WSB über die Erlöshöhe für diese Linien und die generelle Einnahmenaufteilung. Da die aktuelle Einnahmenaufteilung veraltet ist und in Teilen auf der Verkehrserhebung aus 1999 basiert, soll eine Neustrukturierung der Einnahmenaufteilung in Verbindung mit einer verbundweiten Verkehrserhebung (Vollerhebung) umgesetzt werden. Die Verkehrserhebung soll ab 2024 abgeschlossen sein. Hieraus können sich Erlösriskien ergeben.

Der seit Februar 2022 andauernde Ukraine-Krieg führte zu deutlichen Preissprüngen für Dieselkraftstoff. Ein baldiges Ende der hohen Öl- und Treibstoffpreise ist aktuell nicht abzusehen. Die hohen Treibstoffkosten wirken sich vor allem beim Busbetrieb der NVG GmbH aus, da der Großteil der Busse mit Diesel betrieben werden. Aufgrund der vertraglichen Beziehungen zwischen der NVG GmbH und der Würzburger Straßenbahn GmbH (WSB) über die Anmietung von Betriebsleistung mit Kraftomnibussen werden sich die Folgen der hohen Treibstoffbeschaffung vor allem auf die Ertragskraft der WSB auswirken.

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.4. MFN

Durch den Ergebnisabführungsvertrag bzw. der Cash-Pooling-Vereinbarung mit der STW wird sichergestellt, dass ein eventuell negatives Ergebnis der Gesellschaft ausgeglichen und die Finanzierung ermöglicht wird.

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.5. WHG

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, bestehen derzeit keine.

D.3.6. SVG

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.7. TWV

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.8. KWG

Bei der turnusgemäßen Belastungsprüfung der tragenden Dachkonstruktion im Rahmen der Bauteilüberwachung für Holzkonstruktionen im Kompostwerk wurde von einem unabhängigen Sachverständigen festgestellt, dass eine teilweise Schädigung der Dachkonstruktion der

Nachrottehalle vorliegt. Als wesentlicher Bestandteil der Kompostieranlage sind die Dachkonstruktion und das Dach der Nachrottehalle zu erneuern, um diesem Risiko entgegenzuwirken. Ein Teil der Sanierung wurde bereits durchgeführt und wird auch im Laufe der nächsten Jahre fortgeführt. Weiterhin muss das Dach der Anlieferhalle früher als geplant erneuert werden, was im Zusammenspiel mit den Arbeiten an der Dachkonstruktion der Nachrottehalle das Risiko einer notwendigen Einschränkung der betrieblichen Tätigkeiten birgt.

Das Kompostwerk unterliegt dem Marktrisiko der steigenden Entsorgungskosten. Die Entsorgungskosten der Siebüberläufe aus der Kompostierung steigen analog zu den Entsorgungskosten der thermischen Verwertung in der Müllverbrennung. Die Biomasseheizkraftwerke werden ausschließlich mit Abfällen befeuert, die der Preisbildung auf dem Abfallmarkt unterliegen. Hier führen die steigenden Kosten in der Müllverbrennung auch zu einem deutlichen Preisanstieg, da es keine alternativen Entsorgungsmöglichkeiten zur thermischen Verwertung gibt.

Aufgrund des Ukraine-Kriegs unterliegt das Unternehmen dem Risiko der Energie- und Kraftstoffpreissteigerungen.

Im Zuge der genehmigungsrechtlichen Überprüfung der Reinigungsleistung des Biofilters im Abluftstrom der Kompostieranlage, insbesondere unter Berücksichtigung der Vorgaben durch die neue technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft, Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz; 01.12.2021), konnte die Einhaltung der geforderten Grenzwerte (Geruchsemission) des Genehmigungsbescheides Kompostwerk nach anfänglichen Schwierigkeiten nachgewiesen werden. Um dem Risiko einer behördlichen Einschränkung des Kompostwerkbetriebs bei künftiger Nichteinhaltung des Grenzwertes entgegenzuwirken, ist eine technische Nachrüstung vorzunehmen, diese soll Ende 2023/ Anfang 2024 abgeschlossen werden.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, bestehen derzeit keine.

D.3.9. WRG

Im Sommer 2022 wurde die neue Gewerbeabfallsortieranlage errichtet und in Betrieb genommen. Die Abnahme durch den Hersteller erfolgte am 07.06.2022. Die behördliche Abnahme steht bevor. Damit sind die Mindestanforderungen der Gewerbeabfallverordnung erfüllt. Das Risiko Umsatzverluste infolge GewAbfV konnte daher im II. Quartal 2022 gelöscht werden.

Es bestehen derzeit keine Risiken, die die Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen oder ihren Bestand gefährden können.

D.3.10. WW-E

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.11. IMG

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.12. IMG-G

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.13. NVG

Das wesentliche Risiko im Geschäftsmodell der NVG liegt in der Abhängigkeit von dem Auftragsbestand eines einzigen Auftraggebers. Der Anmietvertrag mit der WSB, der mit Ablauf des 26. Juli 2023 endet, wird auf der Basis des neuen ÖDLA angepasst und auf eine Laufzeit bis 2043 verlängert werden.

Strategische Überlegungen können damit auf einer soliden und transparenten Basis erarbeitet und entschieden werden. Weiterhin werden die regelmäßig erstellten Abweichungsanalysen genutzt, um auch kurzfristig auf relevante Entwicklungen zu reagieren.

Die bis dato bestehenden Planungen weisen für die nächsten Jahre neben den hier aufgezeigten Entwicklungen keine weiteren wesentlichen Vorgänge oder bestandsgefährdenden Risiken aus.

D.3.14. WBG

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.15. GWW

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Durch die Cash-Pooling-Vereinbarung mit dem WVV-Konzern wird die Finanzierung sichergestellt.

D.3.16. SPG

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Strategisch ist die smart and public GmbH so aufgestellt, dass die sich bietenden Geschäftschancen genutzt werden können.

Durch die Cash-Pooling-Vereinbarung mit dem WVV-Konzern wird die Finanzierung sichergestellt.

D.4. Chancenbericht

D.4.1. WVV

Der WVV-Konzern ist in der Stadt Würzburg und in der Region tief verwurzelt. Deshalb legt das Unternehmen einen besonderen Fokus darauf, Projekte zu gestalten und zu realisieren, die Würzburg und die Region auch in Zukunft lebenswert machen. So leistet die WVV ihren Beitrag zur sicheren Versorgung, zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz sowie zu einer hervorragenden Lebensqualität vor Ort.

Eine zentrale Bedeutung nimmt der Ausbau und die Erhaltung einer leistungsfähigen Infrastruktur ein, die stets bedarfsgerecht, hochverfügbar und effizient sein soll. Digitalisierung und Vernetzung sind in diesem Zusammenhang weit mehr als modische Schlagworte – sie sind die effiziente, fortschrittliche und nachhaltige Basis für zukunftsfähige Lösungen. Konsequenterweise bekennt sich das Unternehmen zum Klimaschutz, die Umsetzung und Messbarkeit nachhaltiger Werte sind dabei selbstverständlich.

Auch in Zeiten gestiegener gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Unsicherheit stellt sich die WVV den Herausforderungen am Energiemarkt und ist auch weiter als zuverlässiger und lösungsorientierter Dienstleister in allen Lebensbereichen für die Menschen in der Region da.

D.4.2. STW

Das Jahr 2022 war weiterhin geprägt durch die fortgesetzte Optimierung der Wertschöpfungsstufen Energieerzeugung, Netzbetrieb und Marktmanagement. Das Unternehmen ist damit gut gerüstet, um die Chancen in den jeweiligen sehr dynamischen Geschäftsfeldern zu nutzen.

Energieerzeugung: Die hohen Energiepreise und die Furcht vor einer Gasmangellage haben in der Gesellschaft und bei Unternehmen zu einem Wachrütteln geführt. Die Nachfrage nach Erneuerbaren Energien, Effizienz und Elektrifizierungstechnologien ist infolgedessen stark angestiegen. Weitere Treiber für diese Entwicklungen sind sicherlich die zahlreichen Extremwetterereignisse mit häufig dramatischen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Das Jahr 2023 stellt eine ideale Chance dar, die fossile Energiekrise zu überwinden und die Transformation zur Klimaneutralität voranzutreiben. Hierzu bedarf es zusätzlicher Maßnahmenpakete für alle Sektoren. Bei der Umsetzung der Maßnahmen kann die Politik auf eine hohe Bereitschaft der Wirtschaft und Akzeptanz der Bevölkerung setzen, die Transformation aktiv mitzugestalten. Die immer stärker werdende Wirtschaftlichkeit von Energiewendetechnologien wird die Transformation zusätzlich vorantreiben.

Das Heizkraftwerk profitierte während der Zeit der drohenden Gasmangellage von den bereits seit 2010 sukzessive durchgeführten Optimierungsmaßnahmen zur Steigerung der Flexibilität und Effizienz der Anlagen. Durch den zyklischen Betrieb und dank der günstigen Wetterbedingungen konnten für das Jahr 2022 rund 27 Prozent der für die gesamte Strom- und Fernwärmeproduktion eingeplanten Erdgasmenge eingespart werden. Folglich trug das Heizkraftwerk einen maßgeblichen Teil zur Einsparung von Erdgas bei. Entscheidend dafür war nicht ausschließlich der Notfallplan Gas, sondern die Möglichkeit auf Grundlage einer hohen Flexibilität im Heizkraftwerk und einer hohen Verfügbarkeit im Müllheizkraftwerk den Entwicklungen am Energiemarkt gerecht zu werden. Die richtigen strategischen Entscheidungen in den Jahren zuvor haben somit den Weg bereitet.

Wärmepläne sollen das zentrale Planungs- und Steuerungsinstrument für die lokale Wärmewende darstellen und auf ordnungs- und planungsrechtliche Vorgaben sowie Förderinstrumente unmittelbar einwirken. Eine Wärmeplanung besteht aus der Erstellung des Wärmeplans, einer Öffentlichkeitsbeteiligung, einem Beschluss des Gemeinde- oder Stadtrates und der anschließenden Umsetzung.

Die zu erstellenden Wärmepläne bestehen aus einer Bestandsanalyse, einer Potenzialanalyse, Zielszenarien und einer Handlungsstrategie.

Die Stadt Würzburg verpflichtet sich, Klimaneutralität in den Sektoren Strom und Wärme schnellstmöglich und sozialverträglich bis spätestens 2040 zu erreichen. Die Stadtverwaltung selbst geht als Vorbild voran und soll bis 2028 klimaneutral werden. Im Januar 2022 wurde vom Würzburger Stadtrat das integrierte Klimaschutzkonzept 2021 (iKK) verabschiedet. Dieses sieht als einen zentralen Bestandteil die Weichenstellung für eine klimaneutrale Wärmeversorgung in Würzburg vor. Im ersten Schritt wurde hierfür über die Stadt Würzburg als Auftraggeberin und unter der Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der WVV sowie weiteren Akteuren mit Unterstützung der Energieagentur Nordbayern ein Energieleitplan (ELP) erarbeitet und dem Stadtrat präsentiert. Die Energieleitplanung beinhaltet als Ergebnis unter anderem die Wärmedichtenentwicklung basierend auf dem Klimaneutralitätsszenario aus dem iKK sowie eine Einteilung des Stadtgebietes in 48 Eignungsgebiete für Fernwärmeausbau und -verdichtung, Nahwärmenetze und Einzelversorgung.

In einem zweiten Schritt hat mit einer EU-Bekanntgabe vom März 2023 die Stadtwerke Würzburg AG die Erstellung einer Wärmeleitplanung ausgeschrieben. Zusammen mit den eigenen Fachexperten und -expertinnen ist eine Fertigstellung bis Mitte 2024 vorgesehen. Begleitet wird dieser Prozess durch eine regelmäßige Abstimmungsrunde mit den Vertreterinnen und Vertretern der Fachbereiche und Stabsstellen der Stadt Würzburg.

Flexible und hocheffiziente KWK-Anlagen sind weiterhin der notwendige Partner der regenerativen Energien, da sie deren witterungsbedingte Volatilität kompensieren können. Weiterhin bedarf es jedoch eines deutlichen Zu- und Ausbaus Erneuerbarer Energien, um die ambitionierte „schwarze 0“ bei den CO₂-Äquivalenten zu erreichen.

Die Anwendung der Anlagenflexibilität durch den Wärmespeicher führt zu einer deutlichen Reduzierung der CO₂-Emissionen. Ziel ist, den Wert aus dem Jahr 2022 auch in den Folgejahren einzuhalten. Weiterhin wird der Betrieb eines bundesweiten virtuellen Kraftwerks zur Bereitstellung von Regelleistung und Direktvermarktung als Beitrag zur Integration der Erneuerbaren Energien berücksichtigt. Ebenso finden sich die Durchführung einer Wärmeplanung (bzw. Energieleitplanung) und die bereits laufenden Planungen zum Einsatz von Großwärmepumpen in den Umweltzielen wieder.

Im Bereich Marktmanagement wurden wesentliche strategische, vertriebliche Aktivitäten – die im Jahr 2022 insbesondere unter den Einflüssen der Energiekrise standen – vorbereitet und umgesetzt.

Ein strategischer Schwerpunkt liegt in der Risikosteuerung des veränderten Marktumfeldes. Wettbewerb im Jahr 2022 fand aufgrund der volatilen Marktbewegungen eingeschränkt statt. Prozessanpassungen im Pricing wurden implementiert, so dass auf die Entwicklungen entsprechend reagiert werden konnte. Im Privatkundenbereich wurden überregional Produktkampagnen ausgesetzt.

Auf der Basis der Markt- und Segmentierungsstudien wurden zielgruppenspezifische Kommunikationskonzepte entwickelt, um die Inhalte der Energiekrise begleitend zu kommunizieren. Das zunehmende Vertrauenswachstum wurde in der Energiekrise, durch eine Stärkung der Kommunikationsleistung in Verbindung mit dem Aufbau eines Mehrwertportfolios stabilisiert.

Der Aufbau von kundensegmentspezifischen überregionalen Produktkampagnen wird im Jahr 2023 die Vertriebsaktivitäten erweitern. Regional verstärkt die Mehrwertstrategie die Kundenbindung im Produktvertrieb.

Im Geschäftskundenbereich wurde der Vertrieb durch die Anpassung des Produktportfolios im Jahr 2022 fortgeführt. Für das Kundensegment Geschäftskunden soll auch in 2023 durch die Fortführung des Vertriebs- und Beschaffungskonzeptes eine kontinuierliche Portfoliooptimierung erfolgen. Das Produktportfolio wurde risikominimierend durch Spotmarktprodukte ergänzt und kontinuierlich ausgebaut.

Auch in diesem Kundensegment hält der Wettbewerb 2023 an. Die Weiterführung der Prozessoptimierung für Prognose und Kalkulation führt zur Stabilisierung des Ergeb-

nisbeitrages. Die Erweiterung der Vertriebsprozesse zur Direktakquise und Kundenbindung führen zu einer nachhaltigen risikominimierten Portfoliostruktur. Für die Frontjahre ist mit einer Stabilisierung durch die vertriebliche Weiterentwicklung im Wettbewerbsumfeld zu rechnen.

Ein Schwerpunkt liegt in der Fortführung des kontinuierlichen Ausbaus des Geschäftsfelds Energiedienstleistungen. Durch den Aufbau eines Direktvermarktungspools konnte in den vergangenen Jahren ein wesentlicher Bestandteil der Energiewende in das Produktportfolio integriert werden. Der Ausbau des Dienstleistungsangebots zur Direkt- und Regelernergievermarktung für Betreiber von EEG Anlagen (Biogas- und Photovoltaik Anlagen) wurde 2022 ausgebaut. Das Zusammenführen von Erzeugungsanlagen zu Letztverbrauchern oder in neue Märkte wird perspektivisch das Geschäftsfeld stabilisieren. Ebenfalls konnte das Dienstleistungsportfolio für die Vermarktung von Lösungen zur Photovoltaik und Elektromobilität erfolgreich integriert und ausgebaut werden. Neben dem Kundensegment der Privatkunden zeigen Wohnungswirtschaft sowie Gewerbe Wachstumspotenziale. Zusätzliche Erlöspfade sind 2022 bereits realisiert, dadurch werden in den Folgejahren positive Geschäftsentwicklungen prognostiziert.

Zwischen dem Commodity Vertrieb und dem Dienstleistungsaufbau entwickeln sich wertbeitragende Cross-Selling Potenziale.

Die Erweiterung des Produktportfolios im Dienstleistungsbereich wird kontinuierlich im Bereich Marktmanagement ausgebaut.

Netzgeschäft: Als Verteilnetzbetreiber ist die MFN in ihrem Hauptgeschäft, dem Betrieb der örtlichen Strom- und Gasnetze, an die Regularien der Bundesnetzagentur gebunden und ist damit in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt. Die besten Chancen liegen darin die bestehenden Prozesse weiter zu optimieren, um so die im Rahmen der EOG zur Verfügung stehenden Mittel noch effektiver nutzen zu können.

Entscheidender Punkt dabei ist auch weiterhin die Digitalisierung von Standard-Prozessen: Hier unternimmt die MFN bereits Schritte, um z.B. PV-Anlagenbetreibenden einfachere Möglichkeiten zu bieten, ihre Anlagendaten zu erfassen. Davon profitieren nicht nur die Anlagenbetreibenden, sondern auch die MFN, denn automatisch erfasste Daten können schneller weiterverarbeitet werden und so können Standardlastprofile genauer prognostiziert und Liquiditätsrisiken gemindert werden.

Auch abseits der Digitalisierung können Prozesse verbessert werden. Die detaillierte Erfassung und Visualisierung von Prozessabläufen soll dabei helfen unnötige Redundanzen zu eliminieren und Mitarbeitenden Zeit und Aufmerk-

samkeit zu sparen, die für dringendere Themen benötigt werden. Denn mit dem rasant steigenden Bedarf nach stromgestützter Wärmeversorgung, E-Mobilität und der Zunahme dezentraler Einspeisung entstehen neue Herausforderungen und Chancen.

Für deren Bewältigung unabdingbar ist gut ausgebildetes und erfahrenes Personal. Die demographische Entwicklung und der Fachkräftemangel machen auch vor der MFN nicht halt und es ist wichtig das Wissen und die Erfahrung der älteren Generation zu erhalten und weiterzugeben. Mit der Ausbildung von Auszubildenden in den Bereichen Elektrik und Mechanik hat sich die MFN bereits in der Vergangenheit gut qualifiziertes Personal gesichert. Mit der Aufnahme neuer Auszubildender im Bereich der Mechatronik (seit 2022) bereiten wir uns gezielt auf die Ansprüche vor, die neue Technologien an Verteilnetzbetreiber stellen.

Neben dem Betrieb der eigenen Netze hat die MFN sich bereits seit Jahren als Dienstleister im Bereich Netzinfrasturktur etabliert. Zu ihren Kunden/innen zählen vor allem viele Kommunen im Umkreis von Würzburg. Durch weiterhin zuverlässige Zusammenarbeit gilt es die Bestandskunden/innen zu halten und im gemeinsamen Austausch neue Marktpotenziale zu entdecken.

D.4.3. WSB

Der Beginn des Jahres 2023 ist im Vergleich zum Vorjahr 2022 von einer deutlichen Zunahme der Nachfrage im Fahrkartenverkauf geprägt. Allerdings liegt die Nachfrage im Regeltarif immer noch um ca. 8 % unter dem Vergleichsmonat Januar 2019. Der Ausbildungsverkehr wurde aufgrund der Einführung des 365-Euro-Tickets zum 01.08.2020 im Vergleich nicht berücksichtigt. Ein ÖPNV-Rettungsschirm für das Jahr 2023 ist nicht mehr vorgesehen.

Ab dem 01.05.2023 beginnt der Verkauf des bundesweit gültigen Deutschlandtickets. Es handelt sich um ein personenbezogenes Abonnement zum Preis von 49 EUR pro Monat. Der Vertrieb des Deutschlandtickets muss in digitaler Form erfolgen. Gemeinsam mit einem externen Dienstleister wird die WVV GmbH eine entsprechende Vertriebsplattform bereitstellen, um den Vertrieb des Deutschlandtickets in der Stadt Würzburg und im Umland sicherzustellen. Der Ausgleich der durch das Deutschlandticket verursachten Mindereinnahmen erfolgt zu gleichen Teilen durch Bund und Länder. Die Ausgleichszahlungen werden an die Aufgabenträger ausgereicht, so dass die WSB die entsprechenden finanziellen Mittel über die Stadt Würzburg erhält.

Im Jahre 2022 wurden im Rahmen der Baumaßnahme der WSB zur Weiterführung der Straßenbahnlinien 1 und 5 in Grombühl die Tiefbauarbeiten für die Leitungsverlegung praktisch abgeschlossen. Der Einzug der Medienleitungen

durch die Telekom wird bis Mitte März 2023 beendet werden. Weiterhin werden seitens der WSB im Jahr 2023 die Ausschreibungen für die Lose 1 und 2 fertiggestellt, deren Veröffentlichung bis Ende 2023 vorgesehen ist.

Ende 2019 wurde seitens der WSB der Lieferauftrag an die Fa. HeiterBlick über die Herstellung und Lieferung von 18 Straßenbahngelenktriebwagen erteilt. Die ursprünglich geplante Auslieferung und Inbetriebnahme der ersten Fahrzeuge in 2022 und 2023 ist – aufgrund pandemiebedingter Verzögerung der Materiallieferungen – nun für das Jahr 2024 vorgesehen. Nach einem im November 2020 erlassenen Änderungsbescheid der Regierung von Unterfranken werden nun sämtliche 18 Fahrzeuge aus den Programmen Fahrzeugförderung, Luftreinhaltung und Innovationsprojekte mit insgesamt rd. 20,15 Mio. EUR gefördert.

Im Frühjahr 2021 erfolgte im Rahmen der Neuvergabe des ÖDLA die Beantragung der Konzessionen für die Bus- und Straßenbahnlinien der WSB bei der Regierung von Unterfranken. Seitens der Regierung von Unterfranken wurden daraufhin die entsprechenden Linienverkehrsgenehmigungen für die Laufzeit des neuen ÖDLA vom 01.07.2021 bis zum 31.12.2043 erteilt.

D.4.4. MFN

Als Verteilnetzbetreiber ist die MFN in ihrem Hauptgeschäft, dem Betrieb der örtlichen Strom- und Gasnetze, an die Regularien der Bundesnetzagentur gebunden und ist damit in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt. Die besten Chancen liegen darin die bestehenden Prozesse weiter zu optimieren, um so die im Rahmen der EOG zur Verfügung stehenden Mittel noch effektiver nutzen zu können.

Entscheidender Punkt dabei ist auch weiterhin die Digitalisierung von Standard-Prozessen: Hier unternimmt die MFN bereits Schritte, um z. B. PV-Anlagenbetreibenden einfachere Möglichkeiten zu bieten, ihre Anlagendaten zu erfassen. Davon profitieren nicht nur die Anlagenbetreibenden, sondern auch die MFN, denn automatisch erfasste Daten können schneller weiterverarbeitet und so Standardlastprofile genauer prognostiziert und Liquiditätsrisiken gemindert werden.

Auch abseits der Digitalisierung können Prozesse verbessert werden. Die detaillierte Erfassung und Visualisierung von Prozessabläufen soll dabei helfen unnötige Redundanzen zu eliminieren und Mitarbeitenden Zeit und Aufmerksamkeit zu sparen, die für dringendere Themen benötigt werden. Denn mit dem rasant steigenden Bedarf nach stromgestützter Wärmeversorgung, E-Mobilität und der Zunahme dezentraler Einspeisung entstehen neue Herausforderungen und Chancen.

Für deren Bewältigung unabdingbar ist gut ausgebildetes und erfahrenes Personal. Die demographische Entwicklung

und der Fachkräftemangel machen auch vor der MFN nicht halt und es ist wichtig das Wissen und die Erfahrung der älteren Generation zu erhalten und weiterzugeben. Mit der Ausbildung von Auszubildenden in den Bereichen Elektrik und Mechanik hat sich die MFN bereits in der Vergangenheit gut qualifiziertes Personal gesichert. Mit der Aufnahme neuer Auszubildender im Bereich der Mechatronik (seit 2022) bereiten wir uns gezielt auf die Ansprüche vor, die neue Technologien an Verteilnetzbetreiber stellen.

Neben dem Betrieb der eigenen Netze hat die MFN sich bereits seit Jahren als Dienstleister im Bereich Netzinfrastruktur etabliert. Zu ihren Kunden zählen vor allem viele Kommunen im Umkreis von Würzburg. Durch weiterhin zuverlässige Zusammenarbeit gilt es die Bestandskunden zu halten und im gemeinsamen Austausch neue Marktpotenziale zu entdecken.

D.4.5. WHG

Durch das Abklingen der Pandemie sowie durch den Wegfall der coronabedingten Beschränkungen konnten in der Personenschifffahrt wieder deutlich höhere Umsatzerlöse erzielt werden. Für das Jahr 2023 wird mit einer weiteren Verbesserung gerechnet.

Ferner trägt der Güterumschlag zur Stärkung der Ertragslage der WHG bei. Ein großer Teil der Güter im Neuen Hafen wird über die Schiene umgeschlagen. Es ist daher notwendig, in den Erhalt der Gleisinfrastruktur zu investieren, um auch zukünftig einen sicheren Bahnverkehr zu gewährleisten.

Überdies plant die WHG zukünftig die Vermarktung von Dienstleistungen rund um die Anlegestelle sowie in den Vertrieb von Energieterminals zu intensivieren.

Für das Areal „Alter Hafen“ wurde eine Machbarkeitsstudie beauftragt. Daraus abgeleitet soll ein Architektenwettbewerb zur Nutzung des Areals stattfinden. Für die Durchführung des Wettbewerbsverfahrens wird die WHG die Konzerntochter IMG beauftragen.

D.4.6. SVG

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass das Vorantreiben der Digitalisierung immer wichtiger wird. Dies zeigt sich auch im Parkraummanagement. Generell hat sich das Kundenverhalten in Bezug auf die Verweildauer und die Parkfrequenz noch nicht stabilisiert und liegt hinter den Zahlen im Vergleich zu der Vor-Corona-Zeit. Diese freien Kapazitäten können zukünftig für weitere Produkte, wie z. B. das Anwohnerparken genutzt werden, um die Auslastungen der Parkobjekte zu erhöhen. Die Dienstleistungen, insbesondere die Aufschaltungen auf die SVG-Parkleiste werden weiterhin verstärkt angefragt, welche die Kapazitäten der SVG zusätzlich auslasten. Die Digitalisie-

rung wie z. B. Kennzeichenerkennung, Online-Dauerparker-Management oder Free Flow Parkraummanagement werden in Zukunft stärker am Markt gefragt und bieten weiteres Potenzial. Dieses Potenzial gilt es auch weiterhin verstärkt zu nutzen.

D.4.7. TWV

In der Gesellschaft werden aufgrund von verschiedenen Optimierungsmaßnahmen Kostensenkungen bei den Materialaufwendungen vorgenommen. Weiterhin werden durch Dienstleistungen in Form von Betriebsführungen von Anlagen zur Gewinnung, Aufbereitung, Speicherung und Verteilung von Trinkwasser umliegender Gemeinden sowie von Wasseranalysen für externe Dritte durch ein eigenes akkreditiertes Labor zusätzliche Erlöse generiert.

All diese Maßnahmen tragen zur Ergebnisverbesserung bei.

D.4.8. KWG

Vorbehaltlich klimabedingter Schwankungen werden die Anliefermengen der kommunalen Partner weiter stabil bleiben. Anpassungen der vertraglichen Vereinbarungen mit den Gebietskörperschaften Landkreis Würzburg sowie Landkreis Main-Tauber sollen langfristig die Anliefermengen absichern.

Im Raum Main-Tauber werden intensiv Informations- und Werbemaßnahmen für eine geordnete Biomüllabfuhr durchgeführt, was sich positiv auf die Anliefermenge und die -qualität auswirken sollte. Insgesamt sind die Kommunen und Körperschaften aufzufordern, weitere Informationskampagnen zur Verbesserung der Bioabfallqualität zu starten. Sofern die Witterung entsprechend günstig ist, können Zuwächse in der Grüngutanlieferung erwartet werden.

Für 2023 ist die Mängelbeseitigung der Dachkonstruktion über der Tunnelhalle sowie die Absicherung des Daches der Anlieferhalle von höchster Priorität. Weitergehende Sanierungsmaßnahmen sollen 2024 folgen. Ein erfolgreicher Abschluss dieser Arbeiten dient der langfristigen Absicherung des Betriebes und seiner Weiterentwicklung.

Die hohe Qualität der KWG-Produkte fördert eine stetig steigende Nachfrage. Für den Privatkundenbereich und kleine Gewerbekunden könnten sich durch neue Produktkreationen zusätzliche Absatzpotenziale ergeben. Die typischen Endkunden erwarten auch weiterhin eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Produktportfolios. Eine enge Zusammenarbeit mit verschiedenen Forschungsanstalten soll dabei helfen, alle sich bietenden Möglichkeiten auszuschöpfen.

Die Nachfrage nach Kompostdünger wird aufgrund der wachsenden Bedeutung des Ökolandbaus weiter zunehmen. Die von der KWG erzeugten Produkte unterliegen einer regelmäßigen Qualitätsprüfung und werden daher auch künftig eine wesentliche Rolle bei der Belieferung der regionalen Landwirtschaft spielen.

Der Betrieb der KWG befindet sich insgesamt auf einem sehr hohen Niveau. Sowohl Annahme, Verarbeitung und Logistik, als auch die marktgerechte Distribution heben sich von Marktkonkurrenten ab. Die technische Ausstattung bietet ausreichend Möglichkeiten, nachgefragte Produkte zu produzieren oder zu beschaffen. Die kontinuierliche Sanierung des Kompostwerkes ist Grundvoraussetzung dafür. Während im Vertrieb und in der Administration die Mannschaft bereits verjüngt und neu aufgestellt werden konnte, bedarf es für den technischen Bereich nach wie vor zusätzlicher Unterstützung durch Neueinstellung geeigneten Fachpersonals.

Die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den kommunalen Partnern lässt auch für die Zukunft auf eine intensive Kooperation hoffen.

Die zuverlässige Annahme und Verarbeitung der Stoffe und die Sicherung der hohen Qualität der Produkte sollten überzeugende Argumente genug dafür sein.

D.4.9. WRG

Die Gesellschaft hat mit Beginn des zweiten Quartals 2022 die Gewerbeabfallsortieranlage in Betrieb genommen. Trotz der kriegsbedingten Turbulenzen am Markt für Gewerbeabfälle konnten die Inputmengen im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden. Im vierten Quartal wurden im Zuge der Mengenakquise für das Folgejahr zusätzliche Großanlieferer als Kunden gewonnen, um eine Auslastung der Anlage zu gewährleisten und um das Unternehmen als regionale Größe am Entsorgungsmarkt zu positionieren.

Für das Folgejahr wird mit einer weiterhin volatilen Marktsituation gerechnet, jedoch konnte das Unternehmen aufgrund der getätigten Investitionen und der darauf abgestimmten Vertragsgestaltung, insbesondere mit dem ZVAWS, seine Abhängigkeit von Marktbegleitern verringern und sich zusätzliche Möglichkeiten zur Geschäftsfeldentwicklung eröffnen.

Da die Anlieferungsmengen deutlich zunehmen, wird der Werksverkehr intensiver und bedarf genauerer Koordination.

Die Straffung der Lager- und Produktionsabläufe muss gerade mit der Inbetriebnahme der Sortieranlage weiter vorangetrieben werden. Die Verbesserung der Arbeitsstatenausrüstung und eine kontinuierliche Energiever-

brauchsoptimierung können eine erfolgreiche Entwicklung des Unternehmens beschleunigen.

Mithilfe künftiger Investitionen in Infrastruktur und digitaler Prozessoptimierung soll der Standort in die Lage versetzt werden, deutlich größere Durchsatzmengen zu bewältigen und zu einem regionalen Schwerpunkt der Entsorgungswirtschaft heranzuwachsen. Vertrieblich bieten sich durch höhere Durchsatzmengen Chancen und Risiken gleichermaßen. Zum einen gilt es, Sortiermengen zu auskömmlichen Preisen zu beschaffen, zum anderen müssen die aussortierten Wertstoffe erfolgreich am Markt platziert werden. Daneben gilt es, den angestammten Markt weiter ordentlich zu bedienen und sich erfolgreich bei anstehenden Ausschreibungen in nächster Nähe zu beteiligen.

Die erfolgreiche Fokussierung auf Komplettlösungen für größere Unternehmen soll dabei fortgesetzt werden. Die bestehenden Kontrakte mit Industriekundinnen und -kunden sollen ausgebaut werden und das hierzu erforderliche Produktportfolio geschaffen werden.

Durch verbesserten Service und lukrative Angebote sollte eine noch bessere Auslastung der Kapazitäten des Containerdienstes erreichbar sein. Neben rentierlichen Standardprodukten müssen längerfristige Kontrakte mit gesicherten Umsätzen angestrebt werden. Die enge Betreuung und vertragliche Absicherung von Bestandskundinnen und -kunden soll ausgebaut werden, um die Position des Unternehmens im schärfer werdenden Wettbewerb sichern und ausbauen zu können.

Die Gewinnung und langfristige Bindung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird in den kommenden Jahren zusätzliche Bedeutung erlangen, da zahlreiche altersbedingte Abgänge bevorstehen. Bedarfsgerechte Aus- und Weiterbildungsprogramme sollen eine erfolgreiche Nachfolgeplanung sicherstellen. Konzernweite und innerbetriebliche Präventionsmaßnahmen sollen dazu beitragen, die krankheitsbedingten Ausfälle zu reduzieren und ausreichende Personalressourcen zu sichern. Die Nachbesetzung der vakanten Stelle der Betriebsleitung soll im Laufe des Jahres 2023 abgeschlossen werden und die nachhaltige Organisations- und Geschäftsfeldentwicklung unterstützen.

D.4.10. WW-E

Das Wasserrechtsverfahren ist abgeschlossen. Die Bewilligung zur Entnahme von Grundwasser bis zu 2,5 Mio. m³/a ist bis zum Jahr 2035 erteilt. Weitere nennenswerte Chancen bestehen derzeit aufgrund des Gesellschaftszweckes des Unternehmens nicht.

D.4.11. IMG

Ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung des Wirtschafts- und Technologiestandortes Würzburg war die Entscheidung der IMG im neu entstehenden Stadtteil Hubland eine 61.823 m² große Gewerbefläche (Skyline Hill) zu erwerben und nach erfolgter Erschließung zu vermarkten. Auf diesen Flächen sollen in den nächsten Jahren insbesondere verwaltungsorientierte Unternehmen, Unternehmen der IT-Branche, universitätsaffine Nutzungen, Forschungseinrichtungen usw. angesiedelt werden. Für die IMG ergeben sich hierdurch neue und zusätzliche Aufgaben im Bereich der Wertschöpfungskette „Immobilien / Asset Management“.

Für die zur Veräußerung stehenden Gewerbeflächen Skyline Hill konnten geeignete Erwerber akquiriert werden. Im Zusammenhang mit der erfolgreichen Vermarktung der Grundstücksflächen lässt sich für die Quartiersentwicklung eine rasch einsetzende Dynamik feststellen.

Um sich im dortigen Bereich jedoch nicht nur auf den Erwerb und Verkauf der Flächen des Quartiers VII / Skyline Hill zu beschränken, sondern mit einer zentralen Funktion und dem breit aufgestellten Know-how der IMG und des WVV-Konzerns (z. B. technische und infrastrukturelle Immobiliendienstleistungen, usw.) auch mittel- und langfristig im neuen Stadtquartier Hubland vor Ort präsent zu sein, wurde ein modernes Bürogebäude (Skyline Hill Center) erstellt sowie ein Parkhaus errichtet. Das Skyline Hill Center bietet neben Büroflächen ebenso Nutzungen wie Apartments auf Zeit, Konferenz- und Veranstaltungsflächen inklusive Catering und Gastronomie.

Die anliegenden Grundstückserwerbenden sehen in diesem umgesetzten Bauprojekt eine wichtige, richtungweisende und der Entwicklung des Quartiers sehr dienliche Infrastruktureinrichtung, welche bei den weiteren individuellen Planungen entsprechend Berücksichtigung finden wird. Nicht zuletzt wird dem Thema „Parken“ aufgrund der fortschreitenden Quartiersentwicklung und der damit einhergehenden, steigenden Parkplatznachfrage (u. a. erforderliche Stellplatznachweise) eine besondere Bedeutung beigemessen. Aus diesem Grund wurde das Bauvorhaben Skyline Hill Parking (Parkhaus) umgesetzt. Als Interimparkplatz wurde hierfür der sogenannte Parkplatz West bereits Ende 2021 fertiggestellt. Im Anschluss erfolgten ab Anfang 2022 die Außerbetriebnahme sowie die Rückbauarbeiten des bisherigen Parkplatzes, ehe mit den Tiefbau- sowie Hochbauarbeiten begonnen wurde. Die Fertigstellung sowie Inbetriebnahme des Parkhauses erfolgten im November 2022.

Für das Jahr 2023 steht nun der Ausbau der Interimslösung Parkplatz West an.

Die für das Bauvorhaben erforderliche Ausweisung eines sogenannten Sondergebietes (SO) innerhalb des Gewerbegebietes „Skyline Hill“ als solches ist im Bebauungsplan entsprechend berücksichtigt.

Ein möglicher Ankauf der Bahnhäuser in der Veitshöchheimer Straße 91, 93, 95 und 97 (in 97080 Würzburg) wird derzeit geprüft. Eine Entscheidung hierzu steht noch aus.

Darüber hinaus wird die IMG mit der Durchführung eines Wettbewerbsverfahrens, die Entwicklung des Areals „Alter Hafen“ betreffend, von der Würzburger Hafen GmbH beauftragt.

D.4.12. IMG-G

Die IMG-G sieht gute Chancen, das Geschäft im kommunalen sowie im sonstigen Dienstleistungsbereich weiter auszubauen.

D.4.13. NVG

Die gute Entwicklung des Unternehmens wird durch ein regelmäßiges und ganzheitliches Monitoring unterstützt. Die Auftragslage ist für die nächsten 20,5 Jahre über die Vergabeleistungen der WSB gesichert. Es ist davon auszugehen, dass nach Aufhebung aller Corona-Maßnahmen in Bayern zum 01.03.2023 die ursprünglichen Fahrgastzahlen der Vor-Corona-Zeit wieder erreicht werden können.

D.4.14. WBG

Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, dass das Nautiland im Geschäftsjahr 2023 ganzjährig ohne Einschränkungen geöffnet ist. Nach den bisherigen Erkenntnissen wird das Nautiland bereits wieder gut von der Bevölkerung angenommen. Das Angebot von Schwimmkursen für Kinder und Erwachsene wird weiter ausgebaut. Weiterhin sollen im Nautiland Aktionstage wie Schwimmbad-Disco und Yoga-Kurse im Freibadbereich angeboten werden.

Das Dallenbergbad wird voraussichtlich ohne Besucher-einschränkungen wie gewohnt von Mai bis September 2023 geöffnet sein. Es ist geplant – durch verschiedene Veranstaltungen – die Besucher wieder vermehrt zu motivieren, das Dallenbergbad zu besuchen.

Aufgrund von baulichen Mängeln wird das Sandermare weiterhin nur für Kurse, Schul- und Vereinsschwimmen zur Verfügung stehen. Die im Rahmen eines Gutachtens erkannten Herausforderungen werden in die künftige Planung mit einfließen, sodass das Sandermare als Schul- und Vereinsbad und eventuell als Stadtteilbad fortgeführt werden kann.

Die Eislauffläche neben dem Freizeitbad konnte sich bereits eines hohen Besucherinteresses erfreuen. Durch

die Bewerbung des Nautilands kann die Eisbahn aufgrund der geografischen Lage sehr gut mit eingebunden werden. Es bietet sich so die Chance einer weiteren Besuchersteigerung.

Seit April 2022 wird der Parkplatz am Nautiland durch die Würzburger Stadtverkehrs-GmbH ganztägig bewirtschaftet. Die Besucherinnen und Besucher des Nautilands und der Eisbahn können dann zu vergünstigten Konditionen parken. Es ist davon auszugehen, dass die Zufriedenheit der Nautiland- und Eisbahngäste gesteigert wird, da durch die Bewirtschaftung jederzeit eine Parkmöglichkeit für die Besucherinnen und Besucher gewährleistet werden kann. Die grundsätzliche Zufahrtssituation in Bezug auf die Verbesserung der Erreichbarkeit sowie der Rettungswege wurde bei der SVG zur Prüfung in Bearbeitung gegeben.

D.4.15. GWW

Das gastronomische Angebot im Nautiland im Bereich Bistro und Sauna kann durch neu gewonnenes Personal weiter ausgebaut werden, sodass ein Betrieb von 7 Tagen in der Woche durchgeführt werden kann. Weiterhin ist geplant, die Produktion der Speisen für die Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterverpflegung des WVV-Konzerns aus der Küche des Nautilands durchzuführen. Dadurch wird es zu Synergieeffekten kommen.

D.4.16. SPG

Digitale Technologien, vor allem IoT, und die Verarbeitung von Daten gewinnen kontinuierlich an Bedeutung. Durch die Einführung von „IoT@WVV“ können die vielfältigen Geschäftsbereiche des WVV-Konzerns in einer innovativen Plattform gebündelt werden und der zentrale Zugang bietet sowohl für die Nutzer/innen als auch für die Administratoren und Administratorinnen einen Mehrwert. Dabei liegt der Fokus hauptsächlich auf der schnellen Umsetzung der wesentlichen Funktionen und der Erweiterung durch Nutzerfeedback. Mit diesem Produktportfolio kann die SPG ihre Kompetenz bei der Entwicklung und Implementierung unter Beweis stellen. Aufgrund der vielfältigen Geschäftsbereiche der WVV bietet sich auch die Möglichkeit, mit unterschiedlichen Lösungsansätzen und -strategien zunächst innerhalb des Konzerns zu experimentieren, um die hier gewonnenen Erkenntnisse für die zukünftige Weiterentwicklung und -vermarktung effektiv nutzen zu können und letztlich Umsätze zu generieren.

Aber nicht nur für den WVV-Konzern überwiegen die Vorteile. Auch für die SPG hat die Arbeit an diesem Projekt einen hohen Nutzen. So kann das Unternehmen durch die Bereitstellung von smarten, vielgenutzten Lösungen sowohl als kompetenter Dienstleister wachsen, indem mehr Aufträge erteilt werden, als auch sich mit den einzigartigen Produkten in der Öffentlichkeit bzw. im öffentlichen Bereich etablieren. Zudem können die bestehenden

Strukturen für die Anwendungsentwicklung genutzt werden und das Team sammelt weitere Erfahrung über die gesamte Prozesskette hinweg.

E. Menschen – das wichtigste Kapital

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor unseres Unternehmens. In Zeiten von demographischem Wandel und Fachkräftemangel wird es immer wichtiger, sich als attraktiver Arbeitgeber zu präsentieren, um neue Beschäftigte zu gewinnen und langfristig zu halten. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WVV profitieren von einem familienfreundlichen Umfeld, in dem sich Arbeit und Freizeit durch das Angebot an flexiblen Arbeitszeitmodellen ausgewogen gestalten lässt. Spannende Arbeitsaufgaben, ein angenehmes Arbeitsklima und individuelle Weiterbildungsmöglichkeiten erweitern den Horizont. Jede und jeder kann sein Potential dort entfalten, wo die eigenen Stärken liegen. Gestaltungsfreiraum und das Einbringen eigener Ideen sind ausdrücklich erwünscht, hierfür steht eigens ein digitales Ideenmanagement im Intranet zur Verfügung.

Die WVV war schon immer eine gute Adresse für eine qualifizierte Ausbildung in vielen Berufsfeldern. In über 50 Jahren haben rund 900 junge Menschen in neun verschiedenen Ausbildungsberufen eine kaufmännische oder gewerbliche Ausbildung absolviert. Als einer der größten regionalen Arbeitgeber bietet der Konzern gute Übernahmechancen. Auf Teamwork unter Kolleginnen und Kollegen und eine qualitativ hochwertige Ausbildung mit erfahrenen und kompetenten Ausbildern, die die Azubis individuell unterstützen, wird bei der WVV Wert gelegt. Weitere Benefits wie Kennenlerntage und Skifreizeiten sowie ein moderner Arbeitsplatz in zentraler Lage machen die WVV als Ausbildungsbetrieb zusätzlich attraktiv.

Einmal im Jahr führen konzernweit Mitarbeitende mit ihren direkten Vorgesetzten ein verpflichtendes Mitarbeitergespräch. Das Gespräch trägt zu einer Verbesserung der Kommunikation in beide Richtungen bei und ist damit ein wirksamer Beitrag für ein gutes Arbeitsklima. Ebenso haben sich regelmäßige Meinungsumfragen innerhalb des Konzerns bewährt, die den Mitarbeitenden Gelegenheit bieten, anonym Feedback zu geben.

Die Unternehmenskultur der WVV lebt von gegenseitiger Wertschätzung. Werte wie Respekt, Fairness und Verbindlichkeit sind bei der WVV nicht nur Schlagworte, sie werden im Unternehmen aktiv im Umgang mit Vorgesetzten und Mitarbeitenden gelebt. Herausforderungen werden im Team gemeistert – vertrauensvoll, engagiert, zielstrebig

und mit Spaß am Erfolg. Als moderner Dienstleister investiert die WVV in die Personalentwicklung. Dazu gehört auch ein breites Weiterbildungsangebot innerhalb des Unternehmens, beispielsweise durch die Angebote im Rahmen der E-Learning-Plattform „WVV-eAkademie“. Theoretische Themen und bedarfsorientierte fachliche Schulungen oder Seminare werden dort ansprechend und verständlich digital vermittelt. Externe Angebote zur allgemeinen berufsbegleitenden oder zur bedarfsorientierten Weiterbildung werden ebenfalls ermöglicht.

Digitalisierung und „New Work“

Globalisierung und Digitalisierung verändern den Arbeitsalltag kontinuierlich. So sind heute flexible Angebote wie mobiles Arbeiten und Homeoffice für einen modernen Arbeitgeber unabdingbar. Sie werden unter den Begriffen „Arbeiten 4.0“ oder „New Work“ gefasst. Vernetztes Arbeiten und die damit verbundene Möglichkeit zum mobilen Arbeiten sind bei der WVV selbstverständlich.

Um Flächen und Arbeitsplätze effizienter zu nutzen, soll zukünftig im Sinne des „New Work“ in den Büros ein neues Konzept etabliert und getestet werden. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die keinen festen Arbeitsplatz im Unternehmen haben und gelegentlich einen PC im Unternehmen nutzen müssen, werden dort flexible Arbeitsplätze angeboten. Auch können sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum ruhigen und konzentrierten Arbeiten oder für Videokonferenzen in diese gesonderten Räume zurückziehen. Dabei wird bei solchen „(Co-)working-spaces“ die IT-Ausstattung effizienter verwendet und neue technische Möglichkeiten werden eingesetzt, um doppelte Ausstattung beim mobilen Arbeiten zu vermeiden.

Die Mitarbeiter-App des WVV-Konzern vereinfacht die Arbeitszeiterfassung. Von unterwegs lässt sich die aktuelle Arbeitszeit erfassen, einsehen und auch korrigieren.

Compliance als Selbstverständlichkeit

Gerade in Zeiten von Wandel und Krisen, die mit Veränderungen und Anpassungen einhergehen, halten wir fest an Moral, Ethik und Recht – an unseren Wertvorstellungen, die in unserem Verhaltenskodex verankert sind und bewusst im Arbeitsalltag gelebt werden. Der WVV-Verhaltenskodex ist das Kernstück unseres Compliance-Management-Systems, das seit 2018 Compliance-Strukturen und -Prozesse einrichtet und überwacht. Die klassischen Compliance-Themen wie Korruptionsprävention, Datenschutz, Interessenskonflikte etc. sind hier klar geregelt. Insgesamt sieht die WVV die selbstgestellte Verpflichtung eines Unternehmens zum Thema Compliance als Selbstverständlichkeit.

Würzburg, 30. Juni 2023

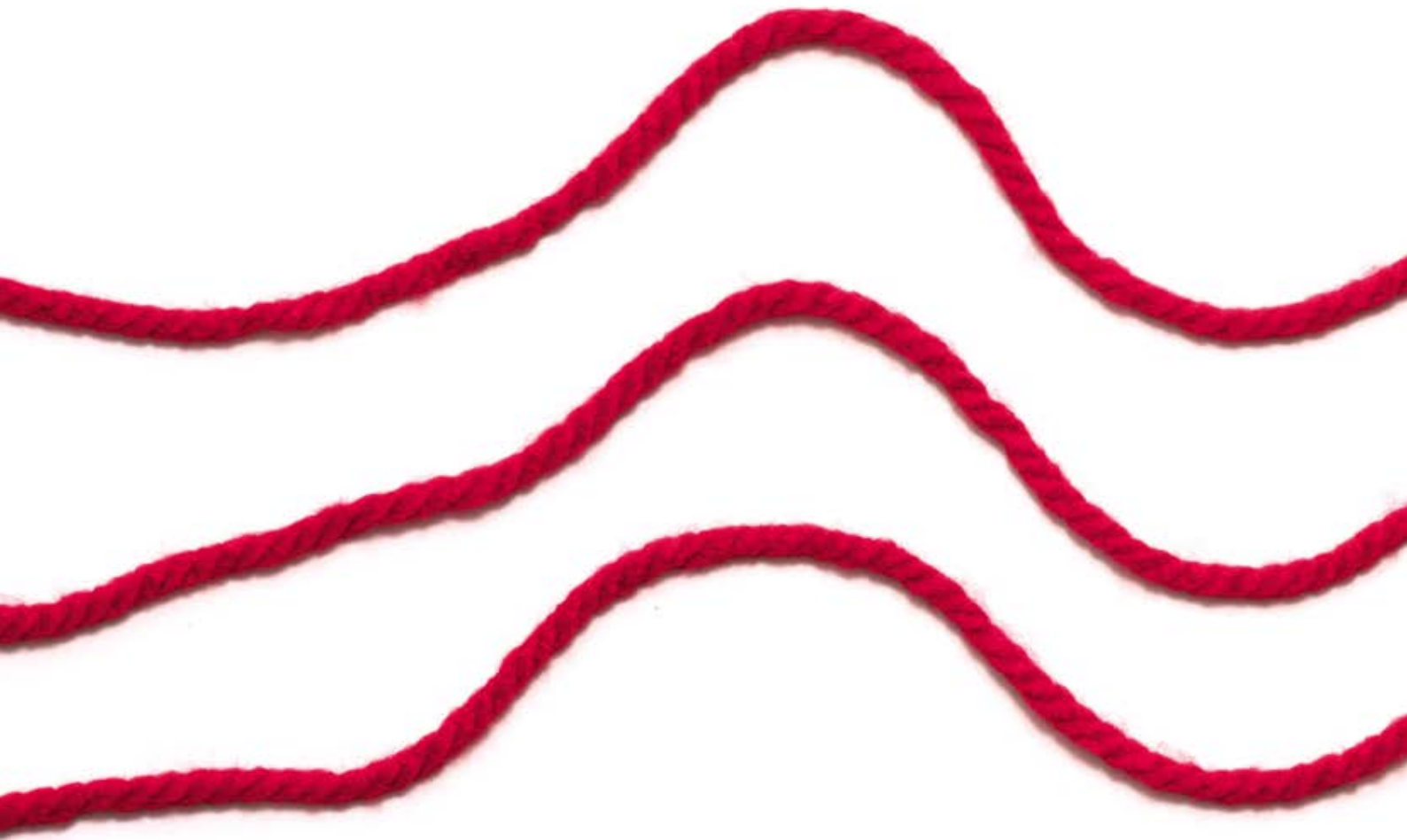
WÜRZBURGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRS-
GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

Dörte Schulte-Derne
Geschäftsführerin

Thomas Schäfer
Geschäftsführer

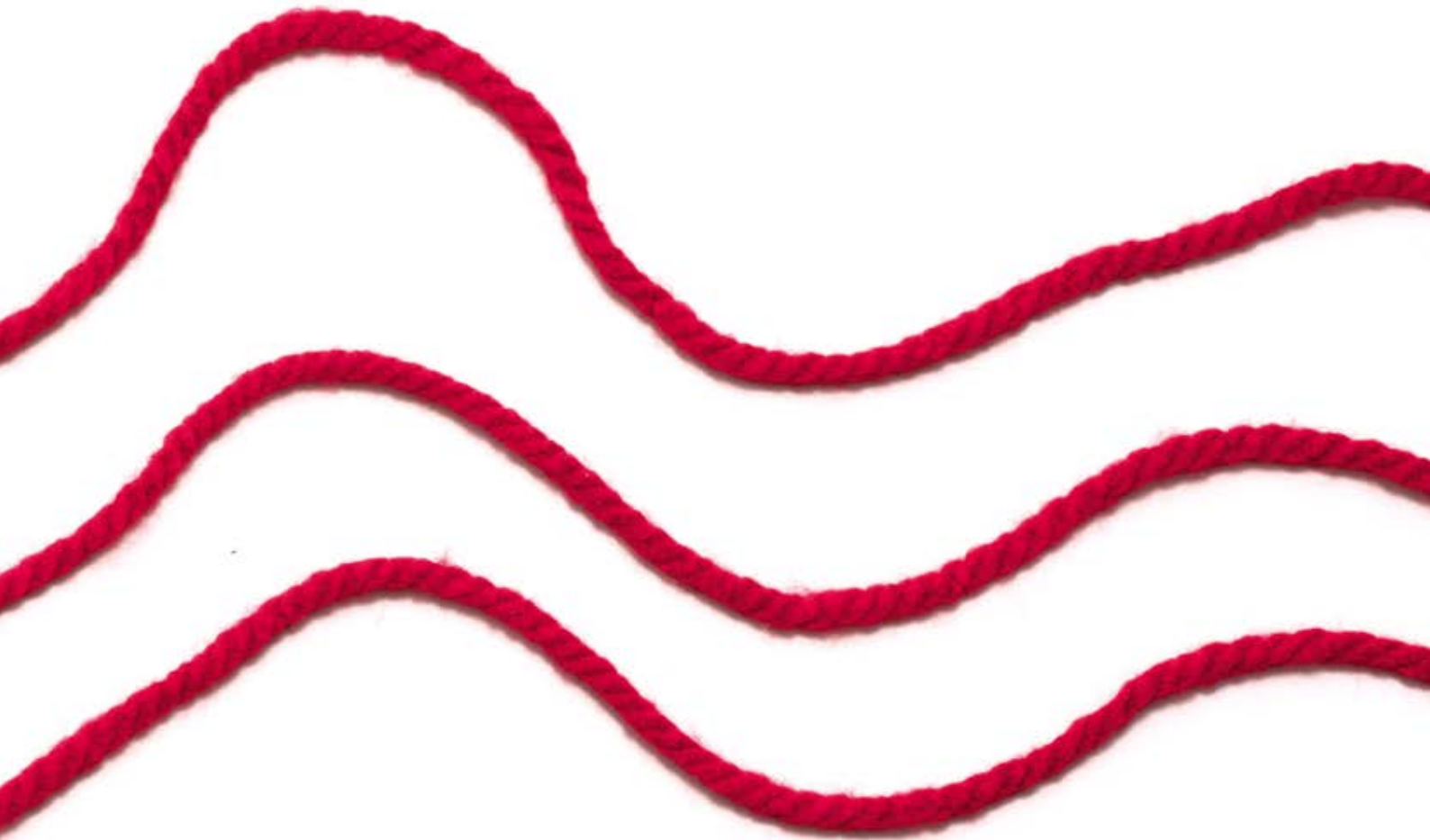
TRINKWASSER

Gut geplant für die Ressourcen der Zukunft



Die Zeller Quellen haben eine sehr hohe Bedeutung für die Trinkwasserversorgung, da über 50 % des Trinkwasserbedarfs aus dem Gebiet gewonnen werden. Dieses Grundwasservorkommen ist unverzichtbar für die regionale Versorgung. Durch die steigenden Anforderungen an Wasserqualität und -menge wurde klar, dass das bestehende Wasserschutzgebiet zu klein war, um die Schutzerfordernisse zu erfüllen.

Am 22.03.2022, am Tag des Wassers, wurden die Unterlagen zur Neufestsetzung dem Landratsamt Würzburg übergeben. Mit dem Vorschlag zur Erweiterung des Trinkwasserschutzgebietes auf 66 Quadratkilometer sollen die Voraussetzungen für einen flächendeckenden Schutz des Grundwassers geschaffen werden.



Zusammenfassung der Gesellschaften

Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (Konzernobergesellschaft)	2022
Bilanzsumme	77,5 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	31,7%
Umsatzerlöse	33,7 Mio. EUR
Jahresüberschuss	5,5 Mio. EUR
durchschn. Beschäftigte	264

Stadwerke Würzburg AG	2022
Bilanzsumme	374,4 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	19,8%
Umsatzerlöse	1.125,0 Mio. EUR
Fernwärmeverkauf	280,5 Mio. kWh
Stromverkauf	1.145,3 Mio. kWh
Erdgasverkauf	906,8 Mio. kWh
Trinkwasserverkauf	8.738 Tm³
Gewinnverwendung	32.338 TEUR
durchschn. Beschäftigte	266

Mainfranken Netze GmbH	2022
Bilanzsumme	29,7 Mio. EUR
Umsatzerlöse	159,8 Mio. EUR
Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	8.195 TEUR
durchschn. Beschäftigte	224

Würzburger Straßenbahn GmbH	2022
Bilanzsumme	72,2 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	35,4%
Umsatzerlöse	29,6 Mio. EUR
Anzahl der Fahrgäste	30,0 Mio.
Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	21.592 TEUR
durchschn. Beschäftigte	268

Würzburger Hafen GmbH	2022
Bilanzsumme	8,6 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	29,9%
Umsatzerlöse	4,0 Mio. EUR
Güterumschlag	1,0 Mio. t
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung	858 TEUR
durchschn. Beschäftigte	9

Würzburger Stadtverkehrs-GmbH	2022
Bilanzsumme	9,8 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	40,4%
Umsatzerlöse	16,7 Mio. EUR
Kurzparker	2,3 Mio.
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung	274 TEUR
durchschn. Beschäftigte	84

Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH	2022
Bilanzsumme	27,0 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	39,9%
Umsatzerlöse	14,1 Mio. EUR
Trinkwasserverkauf	11,2 Mio. m³
Jahresüberschuss vor Gewinnverwendung	1.060 TEUR
durchschn. Beschäftigte	46

Würzburger Bäder GmbH	2022
Bilanzsumme	29,4 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	0,1%
Umsatzerlöse	2,3 Mio. EUR
Besucher Nautiland	166.451
Besucher Sandermare	4.199
Besucher Dallenbergbad	136.417
Besucher Eisbahn	57.729
Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	5.075 TEUR
durchschn. Beschäftigte	45

Kompostwerk Würzburg GmbH	2022
Bilanzsumme	8,0 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	47,6%
Umsatzerlöse	4,9 Mio. EUR
Anlieferung	59.141 t
Jahresfehlbetrag	650 TEUR
durchschn. Beschäftigte	24

Würzburger Recycling GmbH	2022
Bilanzsumme	5,8 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	89,1%
Umsatzerlöse	7,0 Mio. EUR
Jahresüberschuss	110 TEUR
durchschn. Beschäftigte	38

WVV-Wirtschaftsstandort Würzburg Immobilien-Management GmbH	2022
Bilanzsumme	35,2 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	21,4%
Umsatzerlöse	2,5 Mio. EUR
Jahresüberschuss	-231 TEUR

Wassergewinnung Würzburg-Estenfeld GmbH	2022
Bilanzsumme	6,3 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	86,0%
Umsatzerlöse	1,2 Mio. EUR
Wasserabgabe	1,1 Mio. m ³
Jahresfehlbetrag	133 TEUR

NVG Omnibus-Betriebsgesellschaft mbH	2022
Bilanzsumme	9,9 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	37,1%
Umsatzerlöse	18,6 Mio. EUR
Betriebsleistung	3,7 Mio. km
Jahresüberschuss	62 TEUR
durchschn. Beschäftigte	194

Immobilien-Management GmbH - Gebäudeservice Würzburg	2022
Bilanzsumme	1,2 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	52,5%
Umsatzerlöse	6,2 Mio. EUR
Jahresüberschuss	544 TEUR
durchschn. Beschäftigte	214

Genusswunder Würzburg GmbH	2022
Bilanzsumme	0,3 Mio. EUR
Umsatzerlöse	0,5 Mio. EUR
Jahresfehlbetrag	66 TEUR
durchschn. Beschäftigte	8

smart and public GmbH	2022
Bilanzsumme	1,2 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	94,4%
Umsatzerlöse	0,0 Mio. EUR
Jahresfehlbetrag	855 TEUR
durchschn. Beschäftigte	6

KONZERNABSCHLUSS

der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Würzburg

Konzernbilanz

zum 31. Dezember 2022

in TEUR	Anhang	31.12.22	31.12.21
AKTIVSEITE			
Anlagevermögen	(1)		
Immaterielle Vermögensgegenstände		8.645	8.455
Sachanlagen		388.538	371.297
Finanzanlagen	(2)	7.728	7.728
		404.911	387.480
Umlaufvermögen			
Vorräte	(3)	30.094	20.867
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(4)	149.604	95.153
Flüssige Mittel	(5)	28.054	24.751
		207.752	140.771
Rechnungsabgrenzungsposten		3.278	2.771
		615.941	531.022
PASSIVSEITE			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	(6)	10.226	10.226
Kapitalrücklage	(6)	17.910	17.910
Gewinnrücklagen		43.750	39.247
Nicht beherrschende Anteile		46.279	43.754
Konzernbilanzverlust		-8.679	-11.575
		109.486	99.562
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	(7)	16.109	16.109
Empfangene Ertragszuschüsse		12.359	15.021
Rückstellungen	(8)	85.104	53.006
Verbindlichkeiten	(9)	372.322	327.675
Rechnungsabgrenzungsposten	(10)	19.844	19.410
Passive Latente Steuern	(11)	717	239
		615.941	531.022

Konzern Gewinn- und Verlustrechnung

für das Geschäftsjahr 2022

in TEUR	Anhang	2022	2021
Umsatzerlöse	(12)	1.216.376	660.305
Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen		3.323	854
Andere aktivierte Eigenleistungen		458	385
Sonstige betriebliche Erträge	(13)	16.231	22.650
Materialaufwand	(14)	-1.019.382	-509.090
Personalaufwand	(15)	-106.776	-100.931
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-29.256	-24.897
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(16)	-45.434	-38.829
Finanzergebnis	(17)	-3.047	-2.729
Steuern	(18)	-10.743	-1.203
Ergebnis nach Steuern		21.750	6.515
sonstige Steuern		-5.405	-6.501
Konzernjahresüberschuss		16.345	14
Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-11.575	-6.072
Einstellung in die Gewinnrücklagen		-4.503	-1.899
Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Gewinn		-8.973	-3.626
Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust		27	8
KONZERNBILANZVERLUST		-8.679	-11.575

Konzern-Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2022

Die Veränderung des Finanzmittelfonds sowie die dafür ursächlichen Mittelbewegungen werden anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung aufgezeigt:

in Mio. EUR	2022
Periodenergebnis vor Ergebnisabführung	16,3
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	29,3
Zunahme der Rückstellungen	31,8
Ertragswirksame Auflösung von empfangenen Ertragszuschüssen und Sonderposten	-3,8
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen	0,5
Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-64,2
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	45,7
Verlust aus dem Abgang von Anlagevermögen	0,7
Zinsaufwendungen	3,6
Sonstige Beteiligungserträge	-0,4
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	59,5
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,1
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-2,4
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,2
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-51,7
Erhaltene Beteiligungserträge (Dividenden)	0,4
Erhaltene Zinsen	0,2
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-53,2
Auszahlungen aus der Gewinnabführung	-6,4
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	40,4
Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-40,2
Einzahlungen aus empfangenen Ertragszuschüssen	7,6
Gezahlte Zinsen	-3,6
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-2,2
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	4,1
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	24,0
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	28,1
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds	
Flüssige Mittel	28,1
Jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-)	0,0
	28,1

Eigenkapitalspiegel für das Geschäftsjahr 2022

GESCHÄFTSJAHR 2022

in TEUR	Mutterunternehmen					Minderheitsgesellschafter			
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Konzern-eigenkapital	Kumuliertes übriges Konzern-ergebnis	Eigenkapital	Minderheitenkapital	Kumuliertes übriges Konzern-ergebnis	Eigenkapital	Konzern-eigenkapital
Stand 31.12.2021	10.226	17.910	27.672	-	55.808	-	43.754	43.754	99.562
Gezahlte Dividenden	-	-	-	-	-	-	-6.421	-6.421	-6.421
Änderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	0	-	-	-	0
Übrige Veränderungen	-	-	-	-	0	-	-	-	0
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	-	-	7.398	-	7.398	-	8.947	8.947	16.345
Übriges Konzernergebnis	-	-	-	-	0	-	-	-	-
Konzern-gesamtergebnis	-	-	7.398	-	7.398	-	8.947	8.947	16.345
Stand 31.12.2022	10.226	17.910	35.070	-	63.206	-	46.280	46.280	109.486

GESCHÄFTSJAHR 2021

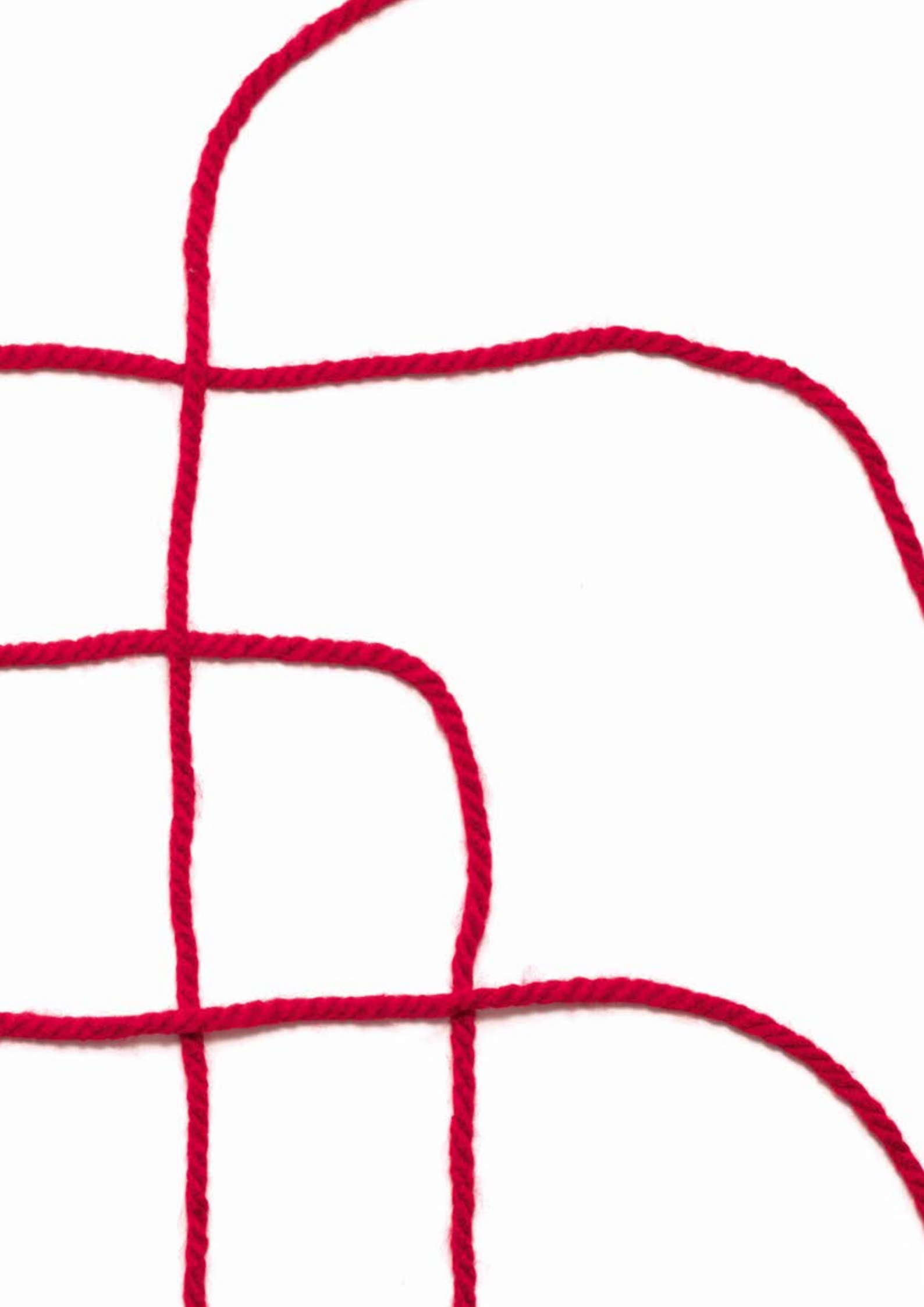
in TEUR	Mutterunternehmen					Minderheitsgesellschafter			
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Konzern-eigenkapital	Kumuliertes übriges Konzern-ergebnis	Eigenkapital	Minderheitenkapital	Kumuliertes übriges Konzern-ergebnis	Eigenkapital	Konzern-eigenkapital
Stand 31.12.2020	10.226	17.910	23.466	-	51.602	-	40.819	40.819	92.421
Gezahlte Dividenden	-	-	-	-	-	-	-2.672	-2.672	-2.672
Änderung des Konsolidierungskreises	-	-	7.810	-	7.810	-	2.788	2.788	10.598
Übrige Veränderungen	-	-	-	-	0	-	-	-	0
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	-	-	-3.604	-	-3.604	-	3.618	3.618	14
Übriges Konzernergebnis	-	-	0	-	0	-	-799	-799	-799
Konzern-gesamtergebnis	-	-	-3.604	-	-3.604	-	2.819	2.819	-785
Stand 31.12.2021	10.226	17.910	27.672	-	55.808	-	43.754	43.754	99.562

ÖPNV

Gut unterwegs für die Mobilität der Zukunft

Für eine zukunftsgerechte Infrastruktur erweitern wir kontinuierlich das Netz des öffentlichen Nahverkehrs. So stellen wir sicher, dass die umweltfreundliche Mobilität in und um Würzburg zuverlässig, bequem und umweltfreundlich weiterläuft. Mit der Erweiterung der Linienführung der Straßenbahn Richtung Grombühl/Unikliniken sorgen wir für die Anbindung des Uniklinikums. Die geplante Straßenbahnlinie zum Hubland stellt die Verbindung zum neuen Stadtteil mit seinen gut 4.500 Einwohnern her.

Parallel arbeiten wir permanent an der Verbesserung der WVV-Buslinien und der Straßenbahn-Taktung. BUSNETZ+ brachte zusätzliche Fahrten, mehr Haltestellen sowie geringere Warte- und Umsteigezeiten.



KONZERNANHANG FÜR 2022

Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Würzburg
Amtsgericht Würzburg HRB 162

I. Angaben zur Form und Darstellung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Der Konzernabschluss der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung (WVV) ist nach den Vorschriften des HGB und des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Die Gliederung des Konzernabschlusses ist um versorgungs- und verkehrsspezifische Posten erweitert.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) vom 24.07.2015 erstellt.

Die Anwendung der Vorschriften erfolgte erstmals für das Geschäftsjahr 2016.

Die Konzerngewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Der Konzernanhang wird nachfolgend zusammengefasst dargestellt.

Einzelne Posten der Konzernbilanz sowie der Konzerngewinn- und Verlustrechnung sind zusammengefasst, um die Klarheit der Darstellung zu verbessern. Diese Posten werden im Konzernanhang gesondert ausgewiesen.

II. Konsolidierungskreis

Die Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist Mutterunternehmen für nachfolgend aufgeführte Tochterunternehmen im Sinne des § 290 HGB, die damit auch verbundene Unternehmen im Sinne des § 271 Abs. 2 HGB sind.

In den Konzernabschluss sind neben der WVV als Mutterunternehmen gemäß § 294 Abs. 1 HGB folgende Gesellschaften einbezogen:

Name der Gesellschaft in TEUR	Eigenkapital 2022	Anteil %	Ergebnis 2022
Verbundene Unternehmen			
Stadtwerke Würzburg Aktiengesellschaft, Würzburg (STW)	74.049	55,8	****32.337
Würzburger Straßenbahn Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Würzburg (WSB)	25.530	74,0	***-21.592
Würzburger Hafen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Würzburg (WHG)	2.574	74,0	***858
Würzburger Stadtverkehrs-GmbH, Würzburg (SVG)	3.955	66,7	**274
Würzburger Bäder Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Würzburg (WBG)	25	100,0	***-5.075
Genusswunder Würzburg GmbH (GWW)	11	100,0	-66
Kompostwerk Würzburg GmbH, Würzburg (KWG)	3.814	100,0	-650
Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH, Würzburg (TWV)	10.766	100,0	*****1.060
Mainfranken Netze GmbH, Würzburg (MFN)	25	55,8	***-8.195
Würzburger Recycling GmbH, Würzburg (WRG)	5.173	50,5	110
smart and public GmbH, Würzburg (SPG)	1.141	100,0	-855
Wassergewinnung Würzburg- Esterfeld GmbH Würzburg (WWE) *	5.388	80,0	-133
WVV Wirtschaftsstandort Würzburg Immobilien-Management GmbH, Würzburg (IMG)	7.546	100,0	-230
Immobilien-Management GmbH - Gebäudeservice Würzburg, Würzburg (IMG-G) *	603	100,0	544
NVG Omnibus-Betriebsgesellschaft mbH, Würzburg (NVG)*	3.688	65,1	62

* aus unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung
** vor Ergebnisabführung und Ausgleichszahlungen an außenstehende Gesellschafter
*** vor Ergebnisabführung
**** vor Ergebnisabführung, Ausgleichszahlungen an außenstehende Aktionäre bzw. Aktionärinnen und Einstellung in die Gewinnrücklagen
***** vor Ergebnisabführung und Einstellung in die Gewinnrücklagen

Assoziierte Unternehmen gemäß § 311 Abs. 1 HGB:

Name der Gesellschaft in TEUR	Eigenkapital 2022	Anteil %	Ergebnis 2022
Verkehrsunternehmens- Verbund Mainfranken GmbH (VVM), Würzburg *	30	31,7	-
Rhön-Saale-Umweltdienste GmbH, Hammelburg *	1.543	15,6	207

* aus unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung

Die assoziierten Unternehmen sind mit dem Buchwert, der dem anteiligen Eigenkapital entspricht, angesetzt.

III. Konsolidierungsgrundsätze

Die Jahresabschlüsse der Tochtergesellschaften sind in den Konzernabschluss nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden einbezogen.

Die Abschlüsse der einbezogenen Tochtergesellschaften und der einbezogenen assoziierten Unternehmen wurden auf den Bilanzstichtag des Mutterunternehmens, den 31. Dezember 2022, aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt gemäß § 301 Abs. 1 Ziffer 1 und Abs. 2 HGB a.F. nach der Buchwertmethode durch Verrechnung der Anschaffungskosten mit dem anteiligen Eigenkapital des jeweiligen Tochterunternehmens. Anteile, die erstmalig nach dem 1. Januar 2010 erworben wurden, werden nach der Neubewertungsmethode konsolidiert.

Als Zeitpunkt der Erstkonsolidierung wurden die Verhältnisse zum 01.01.1987 zugrunde gelegt. Bei später zugegangenen Beteiligungen wurde der Zeitpunkt des Erwerbs bzw. der Gründung als Zeitpunkt der Erstkonsolidierung zugrunde gelegt.

Die Konsolidierung nach der Equity-Methode erfolgt für assoziierte Unternehmen nach der Buchwertmethode gemäß § 312 Abs. 1 Nr. 1 HGB a.F. Hiernach wird der Wertansatz der Beteiligung, ausgehend von den Anschaffungskosten, entsprechend der Entwicklung des anteiligen bilanziellen Eigenkapitals des assoziierten Unternehmens fortgeschrieben. Als Zeitpunkt der Erstkonsolidierung wurde der Zeitpunkt des Erwerbs bzw. der Gründung zugrunde gelegt.

In der Konzernbilanz wird für die nicht der Muttergesellschaft zustehenden Anteile an den in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen die Position „nicht beherrschende Anteile“ in Höhe ihres Anteils am Eigenkapital gesondert im Konzern-Eigenkapital ausgewiesen.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen konsolidierten Unternehmen werden aufgerechnet.

Erlöse aus Innenumsätzen sowie konzerninterne Erträge werden mit den entsprechenden konzerninternen Aufwendungen verrechnet.

IV. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Zur Verbesserung des Einblickes in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wurden die Gliederungen von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 265 HGB um branchentypische Posten erweitert.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) vom 24.07.2015 erstellt.

Die Anwendung der Vorschriften erfolgte erstmals für das Geschäftsjahr 2016.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden konzerneinheitlich angewandt.

Die Darstellung des Anlagevermögens im Anlagenspiegel gemäß § 265 HGB ist um branchentypische Posten erweitert. Zum besseren Einblick in die Vermögens- und Finanzlage ist auf der Passivseite ein Bilanzposten hinzugefügt.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Nutzungsdauern betragen 1 bis 33 Jahre.

Die Zugänge zum Sachanlagevermögen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibungen werden planmäßig linear entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Anlagegüter vorgenommen, einzelne vorhandene Alt-Anlagen werden degressiv abgeschrieben. Die Herstellungskosten enthalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch anteilige Gemeinkosten. Die Nutzungsdauern betragen 1 bis 99 Jahre.

Für geringwertige Vermögensgegenstände zwischen 250,00 EUR und 1.000,00 EUR wurde ein jährlicher Sammelposten gebildet. Der jährliche Sammelposten wird über fünf Jahre gewinnmindernd aufgelöst. Scheidet ein Vermögensgegenstand vorzeitig aus dem Betriebsvermögen aus, wird der Sammelposten nicht vermindert. Zugänge, deren Anschaffungskosten 250,00 EUR nicht übersteigen, wurden direkt als Betriebsausgaben abgesetzt.

Die Investitionszuschüsse werden von den Anschaffungs- und Herstellungskosten der Anlagen abgesetzt. In der Würzburger Straßenbahn GmbH wurden im Jahr 2022 388 TEUR Bauzeitzinsen für die Verlängerung einer Straßenbahnlinie und die Neuanschaffung von 18 Straßenbahnzügen im Anlagevermögen aktiviert.

Die bis 31. Dezember 2002 vereinnahmten Baukostenzuschüsse sind passiviert und werden jährlich mit 5 % zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst. Die ab 1. Januar 2003 zugegangenen Baukostenzuschüsse werden von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abgesetzt. Die ab 1. Januar 2010 zugegangenen Baukostenzuschüsse für Fernwärme und Wasser sind passiviert und werden jährlich mit 5 % zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.

Beteiligungen und Ausleihungen werden zu Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die für das Geschäftsjahr 2022 unentgeltlich zugeteilten Emissionsrechte werden zum Zeitwert bilanziert. Die entgeltlich erworbenen Emissionsrechte werden zu den Anschaffungskosten erfasst. Alle bilanzierten Emissionsrechte werden zum Bilanzstichtag auf den beizulegenden Teilwert abgewertet. Die zum Verbrauch bestimmten Rechte sind als gesonderte Position unter den Vorräten ausgewiesen; der Gegenwert ist unter den Rückstellungen dargestellt.

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder zu den niedrigeren Tageswerten bewertet, die unfertigen Leistungen zu Einzelkosten.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Bei Forderungen, deren Einbringlichkeit mit erkennbaren Risiken behaftet ist, werden grundsätzlich angemessene Wertabschläge vorgenommen. Uneinbringliche Forderungen werden vollständig abgeschrieben.

Zur Abdeckung des allgemeinen Kreditrisikos bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 1–3 % auf den um die einzelwertberichtigten Forderungen und die Umsatzsteuer verminderten Forderungsbestand gebildet. Dieser Wert wurde im Geschäftsjahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie und den zu erwartenden höheren Forderungsausfällen teilweise von 1 % auf 3 % angepasst.

Bei der Bewertung der Forderungsabgrenzung wurde für die Energiearten Fernwärme, Trinkwasser und Strom wie im Vorjahr auf die Hochrechnung aus dem Abrechnungssystem zurückgegriffen. Für Erdgas erfolgt die Bewertung wie im Vorjahr aufgrund einer manuellen Hochrechnung, die der standardlastprofilbasierten Hochrechnung nach

G685 aus dem Abrechnungssystem gegenübergestellt und mit einem Korrekturfaktor verplausibilisiert wurde.

Die erhaltenen Anzahlungen für Netznutzung, Energie- und Wasserlieferungen sind bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abgesetzt.

Die liquiden Mittel werden zum Nennwert bilanziert. Der in der Kapitalflussrechnung ausgewiesene Finanzmittelfonds enthält Kassen- und Bankbestände abzüglich jederzeit fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden entsprechend der periodengerechten Abgrenzung der Aufwendungen ermittelt.

Die Pensions-, Beihilfe- und Energiepreisermäßigungs-rückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung eines Zinsfußes von 1,78 %, die Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellungen unter Zugrundelegung eines Zinsfußes von 1,44 %, sowie den Richttafeln 2018G von Prof. Dr. Klaus Heubeck bei Anwendung des Teilwertverfahrens gebildet worden. Die angenommene Rentensteigerung bei den Pensionsrückstellungen beträgt 1,5 %. Bei den Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellungen wurde ein Einkommenstrend von 1,5 % unterstellt. Es wurde eine Fluktuation von 0,5 % bei den Energiepreisermäßigungs- und Jubiläumsrückstellungen angenommen.

Steuerrückstellungen und sonstige Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden die Rückstellungen mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind.

Zur Ermittlung der Drohverlustrückstellung im Strom-, Erdgas, Trinkwasser- und Fernwärmebereich wurden Portfolios aus Absatz- und Bezugsgeschäften gebildet. Die Erlöse des jeweiligen Portfolios werden den relevanten Aufwendungen gegenübergestellt. Bei einem negativen Deckungsbeitrag bewertet je Portfolio wird eine Drohverlustrückstellung gebildet.

Zum Bilanzstichtag ergaben sich auf der Basis dieser Berechnungssystematik Rückstellungsbedarfe für das Portfolio der Eigenerzeugungsvermarktung Strom in Verbindung mit dem Fernwärmeabsatz an Kunden und im Portfolio Trinkwasserabsatz an Kunden.

Die Aufwandsrückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB a. F. in Höhe von insgesamt 1.180 TEUR (i.Vj. 1.187 TEUR) wurden gemäß Art. 67 Abs. 3 S. 1 EGHGB beibehalten.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden entsprechend der periodengerechten Abgrenzung der Erträge ermittelt.

Von dem Wahlrecht zum Ansatz des aktiven latenten Steuerüberhangs aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB aus den Einzelgesellschaften wird kein Gebrauch gemacht.

Die sich insgesamt ergebenden passiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus Unterschieden zwischen Handels- und Steuerrecht im Anlagevermögen aufgrund des steuerrechtlich nicht zulässigen Komponentenansatzes des Hallendachs bei der KWG.

Die aktiven latenten Steuern ergäben sich in der WVV und den verbundenen Unternehmen aus den Positionen Anlagevermögen, Vorräte, Pensions-, personalbezogene und andere sonstige Rückstellungen sowie dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Es wurde ein unternehmensindividueller Steuersatz von 30,53 % zugrunde gelegt.

V. Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens des WVV-Konzerns wird in der Anlage 6.1.4 a zum Konzernanhang gezeigt.

(2) Finanzanlagen

Die Entwicklung der Finanzanlagen des WVV-Konzerns wird in der Anlage 6.1.4 a zum Konzernanhang gezeigt.

(3) Vorräte

in TEUR	31.12.22	31.12.21
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10.646	7.739
Unfertige Leistungen	5.788	2.465
Waren	677	539
Schadstoffemissionsrechte	12.561	9.778
Geleistete Anzahlungen	422	346
	30.094	20.867

(4) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

in TEUR	31.12.22	31.12.21
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	115.280	73.647
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.810	1.764
Sonstige Vermögensgegenstände	32.514	19.742
	149.604	95.153

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im WVV-Konzern ist auch die Verbrauchsabgrenzung für noch nicht abgerechnete Energie- und Wasserlieferungen 106.013 TEUR (i. Vj. 86.881 TEUR) enthalten. Die von Kundinnen und Kunden hierfür erhaltenen Abschlagszahlungen 102.974 TEUR (i. Vj. 75.926 TEUR) sind von den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abgesetzt. Des Weiteren ist die Verbrauchsabgrenzung für noch nicht abgerechnete Netznutzung in Höhe von 8.558 TEUR (i. Vj. 9.378 TEUR), für Mehr- und Mindermengen in Höhe von 5.418 TEUR (i. Vj. 611 TEUR) und aus Energieumlagen mit 17 TEUR (i. Vj. 201 TEUR) enthalten. Die von Kundinnen und Kunden hierfür erhaltenen Abschlagszahlungen in Höhe von 7.501 TEUR (i. Vj. 8.577 TEUR) sind von den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abgesetzt.

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegen die Gesellschafterin Stadt Würzburg in Höhe von 1.288 TEUR (i. Vj. 709 TEUR) enthalten.

Alle Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im WVV-Konzern haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

In den sonstigen Vermögensgegenständen im WVV-Konzern sind 13.276 TEUR (i. Vj. 3.955 TEUR) noch nicht abzugsfähige Vorsteuer enthalten. Gegenüber der Gesellschafterin Stadt Würzburg werden 222 TEUR (i. Vj. 28 TEUR) ausgewiesen.

Von den sonstigen Vermögensgegenständen des WVV-Konzerns haben 6 TEUR (i. Vj. 6 TEUR) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

(5) Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel betreffen überwiegend laufende Guthaben und Festgeldanlagen bei Kreditinstituten.

(6) Eigenkapital, gezeichnetes Kapital, Kapitalrücklage und Verlustvortrag

Beim WVV-Konzern handelt es sich um das gezeichnete Kapital der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung sowie um Kapitaleinlagen bei einbezogenen Unternehmen.

Die Kapitalrücklage des WVV-Konzerns setzt sich wie folgt zusammen:

in TEUR	31.12.22	31.12.21
WVV	1.190	1.190
WSB	16.480	16.480
WHG	190	190
WRG	50	50
	17.910	17.910

Die Gesellschaft weist in der Kapitalrücklage im Konzernabschluss auch Einzahlungen in die Kapitalrücklage von vollkonsolidierten Tochtergesellschaften durch andere Gesellschafter aus. Diese Einzahlungen wurden nach dem Zeitpunkt der Erstkonsolidierung geleistet und haben den Beteiligungsbuchwert der WVV nicht erhöht. Die Einzahlungen bei der WSB stammen aus weitergereichten ÖPNV-Mitteln der Gesellschafterin Stadt Würzburg. Eine zwischenzeitlich durchgeführte Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln bei der WSB, durch die sich die Beteiligungsverhältnisse an der WSB nicht verändert haben, hat den Ausweis dieser Mittel als Kapitalrücklage nicht beeinflusst.

Der auf Konzernfremde entfallende Gewinn teilt sich wie folgt auf:

in TEUR	2022
Karl Fischer & Söhne GmbH & Co. KG, Würzburg	11
Balthasar Höhn Bauunternehmung GmbH & Co. KG, Würzburg	17
Zweckverband Abfallwirtschaft Raum Würzburg	9
REMONDIS Kommunale Dienste Süd GmbH, München	19
Thüga AG, München	7.621
Stadt Würzburg, Würzburg	1.154
Wagner, Gerhard	7
Sparkassenstiftung	*135
	8.973

* resultiert aus vertraglicher Mindestausgleichszahlung

Der auf Konzernfremde entfallende Verlust von 27 TEUR betrifft die Gemeinde Estenfeld.

(7) Aktivischer und passivischer Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung wird unter Anwendung der Buchwertmethode (§ 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB) a. F. in der Weise vorgenommen, dass eine Verrechnung des anteiligen Eigenkapitals des Tochterunternehmens mit dem Beteiligungsbuchwert der jeweiligen Obergesellschaft verrechnet wird. Als Zeitpunkt der Erstkonsolidierung wurde der 1. Januar 1987 bzw. der spätere Gründungs- bzw. Erwerbszeitpunkt zugrunde gelegt. Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstandene passive Unterschiedebeträge werden gemäß § 301 Abs. 3 HGB als Unterschieds-

betrag aus der Kapitalkonsolidierung ausgewiesen. Aktive Unterschiedebeträge in Höhe von 396 TEUR wurden erfolgsneutral verrechnet. Darüber hinaus wurden aktive Unterschiedebeträge als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert und über eine Nutzungsdauer von 4 Jahren abgeschrieben.

(8) Rückstellungen

in TEUR	31.12.22	31.12.21
Rückstellungen für Pensionen	6.170	6.956
Steuerrückstellungen	9.883	1.842
Sonstige Rückstellungen	69.051	44.208
	85.104	53.006

Die sonstigen Rückstellungen im WVV-Konzern betreffen im Wesentlichen noch abzugeltende Überstunden und Urlaubsverpflichtungen sowie Energie- und Strompreisermäßigungen und Beihilfeverpflichtungen (6.202 TEUR; i. Vj. 6.251 TEUR), Altersteilzeit (3.615 TEUR; i. Vj. 2.984 TEUR), Jubiläums- (1.382 TEUR; i. Vj. 1.383 TEUR) und sonstige personalbezogene Rückstellungen (1.233 TEUR; i. Vj. 1.724 TEUR), diverse Netzsanierungen (860 TEUR; i. Vj. 867 TEUR), diverse Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (1.350 TEUR; i. Vj. 1.509 TEUR) und Abrechnungsverpflichtungen (1.255 TEUR; i. Vj. 1.150 TEUR). Des Weiteren sind Rückstellungen enthalten für im Geschäftsjahr verbrauchte Emissionsrechte, die im Jahr 2023 zurückgegeben werden (9.936 TEUR; i. Vj. 9.103 TEUR), mögliche Rückzahlungen aus KWK-Förderung und Abrechnungen an TenneT (8.037 TEUR; i. Vj. 3.799 TEUR), EEG-Abrechnungen an TenneT (3.935 TEUR; i. Vj. 0 TEUR), ausstehende Rechnungen (4.667 TEUR; i. Vj. 1.814 TEUR), ausstehende Rechnungen für Ausgleichsenergie für Strom und Gas (1.603 TEUR; i. Vj. 346 TEUR), für noch nicht erstattete Vergütungen (1.164 TEUR; i. Vj. 466 TEUR), Prozesskosten (235 TEUR; i. Vj. 400 TEUR), eine Rückstellung aufgrund bestehender Vorbehalte gegen die Einnahmenaufteilung für das Semesterticket (4.208 TEUR; i. Vj. 3.409 TEUR), Mehr- und Mindermengenabrechnungen Strom und Gas (3.293 TEUR; i. Vj. 205 TEUR), eine Drohverlustrückstellung für das Parkhaus Schmalkalden (340 TEUR; i. Vj. 436 TEUR), eine Rückstellung für die Verdämmung der FH-Haubenkanäle (1.827 TEUR; i. Vj. 1.776 TEUR) und Rückstellungen für die Regulierungskonten Erdgas und Strom (2.956 TEUR; i. Vj. 2.775 TEUR). Es wurden zudem neue Rückstellungen für den Rückbau von inaktiven Trinkwasser-Netzanschlüssen (756 TEUR) sowie für drohende Verluste bzgl. des Portfolios der Eigenerzeugungsvermarktung Strom in Verbindung mit dem Fernwärmeabsatz an Kunden für das Jahr 2023 (3.684 TEUR) sowie für drohende Verluste bzgl. des Portfolios Trinkwasserabsatz an Kunden für die Jahre 2023 bis 2025 (3.016 TEUR) gebildet. Eine Rückstellung für die mögliche Rückzahlung der Novemberhilfe 2020 i. H. von 624 TEUR bleibt bestehen.

Die Gesellschaften sind Mitglieder der Zusatzversorgungskasse der Bayerischen Gemeinden (ZVK). Im Geschäftsjahr betrug das umlagepflichtige Entgelt im Konzern als Bemessungsgrundlage für die Zusatzversorgungskasse 66.121 TEUR (i. Vj. 62.591 TEUR). Dabei betrug der Umlagesatz grundsätzlich 3,75 % und der Zusatzbeitrag 4,00 % des pflichtigen Entgelts. Der Arbeitgeberanteil entspricht dem Umlagesatz zuzüglich des Zusatzbeitrags.

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Jahren und dem durchschnittlichen Marktzinssatz nach den vergangenen sieben Jahren beträgt 150 TEUR und ist ausschüttungsgesperrt, jedoch nicht abführungsgesperrt.

(9) Verbindlichkeiten

in TEUR	31.12.22	31.12.21
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	238.574	239.181
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	106.338	72.440
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9.199	6.250
Sonstige Verbindlichkeiten	18.211	9.804
	372.322	327.675
davon aus Steuern	14.443	5.377
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	17	7

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 51.503 TEUR sind durch Bürgschaften der Gesellschafterin Stadt Würzburg besichert. Des Weiteren ist ein Betrag in Höhe von 21.019 TEUR durch eine Gesamtbuchgrundschuld an den Objekten Friedrich-Bergius-Ring 19, Hauger-Ring 6 und Heinestraße 9 sowie durch Gesamtbuchgrundschuld an dem Objekt in Würzburg, nahe Hubland Teilfläche aus Fl.Nr. 3066. Ebenfalls durch Grundschuld besichert ist das Objekt Leightonstraße, in Würzburg. Außerdem sind 3.365 TEUR durch eine Grundschuld an dem Betriebsanwesen Delpstraße 18 sowie durch Sicherungsübereignung von Bussen besichert.

Außerdem haftet die Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung zusammen mit der Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH für gewährte Darlehen in Höhe von insgesamt 9.936 TEUR gesamtschuldnerisch, ebenso zusammen mit der Würzburger Straßenbahn GmbH über ein Darlehen in Höhe von 3.325 TEUR.

Des Weiteren sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 621 TEUR durch eine Bürgschaft der Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH besichert.

In den Verbindlichkeiten des WVV-Konzerns sind Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin Stadt Würzburg in Höhe von 2 TEUR (i. Vj. 3 TEUR) in den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie in den sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 48 TEUR (i. Vj. 51 TEUR) enthalten.

Verbindlichkeitspiegel

in EUR	31.12.2022 Gesamt	mit einer Restlaufzeit von			31.12.2021 Gesamt in EUR
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	238.573.857	27.580.893	89.029.037	121.963.927	239.181.382
(Vorjahr)		(37.441.135)	(85.400.145)	(116.340.102)	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	106.337.699	106.337.699	-	-	72.440.035
(Vorjahr)		(72.440.035)	(-)	(-)	
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9.199.563	9.199.563	-	-	6.249.565
(Vorjahr)		(6.249.565)	(-)	(-)	
Sonstige Verbindlichkeiten	18.210.954	17.784.509	378.626	47.819	9.804.123
(Vorjahr)		(8.400.540)	(1.352.685)	(50.898)	
	372.322.073	160.902.664	89.407.663	122.011.746	327.675.105

(10) Rechnungsabgrenzungsposten

Der Abgrenzungsposten beinhaltet hauptsächlich (17.516 TEUR, i. Vj. 17.281TEUR) Baukostenzuschüsse für verpachtete Netze, die ratierlich aufgelöst werden.

(11) Passiv latente Steuern

Die latenten Steuern kommen aus der Kompostwerk Würzburg GmbH und resultieren aus Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerrecht im Anlagevermögen aufgrund des steuerlich unzulässigen handelsrechtlich angesetzten Komponentenansatz eines Hallendachs. Der angewendete Steuersatz beträgt 30,525 %.

Derivative Finanzinstrumente

Zum Bilanzstichtag bestehen die folgenden Bewertungseinheiten gemäß § 285 Nr. 23 HGB:

WW-E

RISIKO		GRUNDGESCHÄFT	
Variable	Art	Art	Betrag
Zins	Wertänderung	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.100.000,00 € (nominal)

SICHERUNGSTRUMENT		LAUFZEIT	
Art	Betrag	Abgesichertes Risiko	(Designationszeitraum)
Zinsswap	4.100.000,00 €	4.100.000,00 €	01.08.2001 - 01.08.2026

Art der Bewertungseinheit	Ermittlungsmethode	Ausgleichsgründe	Prospektive/Retrospektive Effektivität
Micro-Hedge	Barwertmethode	vollständige Laufzeit- und Volumenkongruenz (100 %)	vollständig / vollständig (100 % / 100 %)

Es besteht eine Bewertungseinheit mit dem unter der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesenem Darlehensvertrag der Sparkasse Mainfranken, Würzburg, über 621 TEUR. Die für Sicherungszwecke abgeschlossenen Finanztermingeschäfte weisen zum Bilanzstichtag insgesamt einen Zeitwert in Höhe von TEUR -31 aus. Der Zeitwert bestimmt sich aus den abgesicherten Zinsrisiken, bewertet mit dem Sicherungskurs am Bilanzstichtag. Die Ermittlung des Marktwertes erfolgt nach der Barwertmethode.

Das Grund- und Sicherungsgeschäft sind denselben Risiken ausgesetzt, auf die identische Faktoren in gleicher Weise einwirken. Das Sicherungsgeschäft weist keine anderen Risiken auf als das Grundgeschäft (z. B. Basiswertidentität 4.100 TEUR, Währungsidentität EUR), welches zu 100 % gegen das Zinsrisiko abgesichert ist. Es liegen keine Fristenunterschiede zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft vor.

Art	Bezugsbetrag	Währung	Anfangsdatum	Enddatum	Stand am Bilanzstichtag
Grundgeschäft	4.100.000,00	EUR	01.08.2001	01.08.2026	621.212,18
Sicherungsgeschäft	4.100.000,00	EUR	01.08.2001	01.08.2026	621.212,18

IMG Nr. 1

RISIKO		GRUNDGESCHÄFT	
Variable	Art	Art	Betrag
Zins	Wertänderung	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.900.000,00 € (nominal)

SICHERUNGSMETHODEN		LAUFZEIT	
Art	Betrag	Abgesichertes Risiko	(Designationszeitraum)
Zinsswap	3.900.000,00 €	3.900.000,00 €	30.03.2011 - 28.03.2031

Art der Bewertungseinheit	Ermittlungsmethode	Ausgleichsgründe	Prospektive/Retrospektive Effektivität
Micro-Hedge	Barwertmethode	vollständige Laufzeit- und Volumenkongruenz (100 %)	vollständig / vollständig (100 % / 100 %)

Es besteht eine Bewertungseinheit mit dem unter der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesenen Darlehensvertrag der Sparkasse Mainfranken Würzburg über 1.609 TEUR. Die für Sicherungszwecke abgeschlossenen Finanztermingeschäfte weisen zum Bilanzstichtag insgesamt einen Zeitwert in Höhe von TEUR -45 aus. Der Zeitwert bestimmt sich aus den abgesicherten Zinsrisiken, bewertet mit dem Sicherungskurs am Bilanzstichtag.

Das Grund- und Sicherungsgeschäft sind denselben Risiken ausgesetzt, auf die identische Faktoren in gleicher Weise einwirken. Das Sicherungsgeschäft weist keine anderen Risiken auf als das Grundgeschäft (z. B. Basiswertidentität 3.900 TEUR, Währungsidentität EUR), welches zu 100 % gegen das Zinsrisiko abgesichert ist.

Die Ermittlung des Marktwertes erfolgt nach der Barwertmethode.

Es liegen keine Fristenunterschiede zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft vor.

Art	Bezugsbetrag	Währung	Anfangsdatum	Enddatum	Stand am Bilanzstichtag
Grundgeschäft	3.900.000,00	EUR	30.03.2011	28.03.2031	1.608.750,00
Sicherungsgeschäft	3.900.000,00	EUR	30.03.2011	28.03.2031	1.605.750,00

IMG Nr. 2

RISIKO		GRUNDGESCHÄFT	
Variable	Art	Art	Betrag
Zins	Wertänderung	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.300.000,00 € (nominal)

SICHERUNGSTRUMENT		LAUFZEIT	
Art	Betrag	Abgesichertes Risiko	(Designationszeitraum)
Zinsswap	1.300.000,00 €	1.300.000,00 €	30.04.2011 - 30.03.2031

Art der Bewertungseinheit	Ermittlungsmethode	Ausgleichsgründe	Prospektive/Retrospektive Effektivität
Micro-Hedge	Barwertmethode	vollständige Laufzeit- und Volumenkongruenz (100 %)	vollständig / vollständig (100 % / 100 %)

Es besteht eine Bewertungseinheit mit dem unter der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesenen Darlehensvertrag der Sparkasse Mainfranken Würzburg, über 536 TEUR. Die für Sicherungszwecke abgeschlossenen Finanztermingeschäfte weisen zum Bilanzstichtag insgesamt einen Zeitwert in Höhe von TEUR -15 aus. Der Zeitwert bestimmt sich aus den abgesicherten Zinsrisiken, bewertet mit dem Sicherungskurs am Bilanzstichtag.

Das Grund- und Sicherungsgeschäft sind denselben Risiken ausgesetzt, auf die identische Faktoren in gleicher Weise einwirken. Das Sicherungsgeschäft weist keine anderen Risiken auf als das Grundgeschäft (z. B. Basiswertidentität 1.300 TEUR, Währungsidentität EUR), welches zu 100 % gegen das Zinsrisiko abgesichert ist. Die Ermittlung des Marktwertes erfolgt nach der Barwertmethode.

Es liegen keine Fristenunterschiede zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft vor.

Art	Bezugsbetrag	Währung	Anfangsdatum	Enddatum	Stand am Bilanzstichtag
Grundgeschäft	1.300.000,00	EUR	30.04.2011	30.03.2031	536.250,00
Sicherungsgeschäft	1.300.000,00	EUR	30.04.2011	30.03.2031	536.250,00

Sonstige finanzielle Verpflichtungen / Haftungsverhältnisse des Konzerns

Das Bestellobligo für Investitionen beträgt 61.937 TEUR.

Weitere Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

in TEUR	bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Verpflichtung aus Wasserlieferungsverträgen	261	1.046	262
Miet-/Pachtverpflichtungen	3.433	12.953	24.832
Leasingverpflichtungen	849	1.110	4
Wartungsverpflichtungen	276	161	-
Erbbaurechtsverpflichtungen	135	641	6.247
Abnahmeverpflichtungen	573.069	239.178	-
Sonstige Verpflichtungen	366	2.031	-
Dienstleistungsverträge	221	-	-
	578.610	257.120	31.345



SMART CITY





Gut verbunden für die Stadt der Zukunft

Digitalisierung kann und wird das Leben in der Stadt effizienter und fortschrittlicher gestalten – ohne dabei die Ziele, nachhaltiger und sozial inklusiver zu werden, zu vernachlässigen. In einer Smart City werden die Daten von verschiedenen Objekten in einer Stadt mittels Sensoren gesammelt. So melden z. B. Papiercontainer ihre Füllstände an die Entsorgungsunternehmen oder das Park-Management zeigt die Anzahl freier Parkplätze einer Tiefgarage an.

Als Fundament dient das LoRaWAN (Long Range Wide Area Network) der Stadt Würzburg und der WVV. Elf Gateways empfangen derzeit in Würzburg Daten. Mittelfristig soll die Anzahl auf 30 Gateways steigen, um für eine lückenlose Abdeckung zu sorgen.

VI. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(12) Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse im WVV-Konzern gliedern sich nach Tätigkeitsbereichen wie folgt:

in TEUR	2022	2021
Stromversorgung	913.156	455.568
Erdgasversorgung	155.615	70.704
Sonstige Dienstleistungen	48.372	40.747
Trinkwasserversorgung	28.275	26.139
Verkehrsbetrieb	28.073	27.238
Fernwärmeversorgung	27.308	24.065
Entsorgung	11.741	12.727
Hafenbetrieb	3.836	3.117
	1.216.376	660.305

Die Umsatzerlöse wurden überwiegend im Inland erzielt. 2 TEUR (i. Vj. 19 TEUR) der abgerechneten Umsatzerlöse betreffen NATO-Umsätze. In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Anteile in Höhe von 6.638 TEUR (i. Vj. 3.625 TEUR) und Umsatzerlöse aus dem Ausland in Höhe von 48 TEUR (i. Vj. 189 TEUR) enthalten.

(13) Sonstige betriebliche Erträge

Im WVV-Konzern sind in dieser Position insbesondere Erträge aus der Energiesteuerrückerstattung (4.528 TEUR, i. Vj. 5.681 TEUR), aus der Auflösung von Rückstellungen (2.258 TEUR; i. Vj. 2.745 TEUR) aus Schadensabrechnungen (1.173 TEUR; i. Vj. 2.135 TEUR), aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (30 TEUR; i. Vj. 5.712 TEUR), aus der ÖPNV-Zuweisung und Projektförderung Busnetz+ der Regierung von Unterfranken (2.583 TEUR; i. Vj. 1.411 TEUR), aus dem Verlustausgleich im Rahmen des ÖDLA von der Gesellschafterin Stadt Würzburg (26 TEUR; i. Vj. 0 TEUR) sowie Erträge aus der Auflösung von Pachtanlagen in Höhe von 1.424 TEUR (i. Vj. 1.337 TEUR) enthalten. Erträge in Höhe von 614 TEUR (i. Vj. 691 TEUR) betreffen Vorjahre.

(14) Materialaufwand

in TEUR	2022	2021
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	901.131	415.668
Aufwendungen für bezogene Leistungen	118.251	93.422
	1.019.382	509.090

(15) Personalaufwand

in TEUR	2022	2021
Löhne und Gehälter	83.797	78.958
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	22.979	21.973
	106.776	100.931
davon für Altersversorgung	5.774	5.597
Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten:		
Arbeitnehmer/innen	1.690	1.580
Auszubildende	66	64
	1.756	1.644
Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten bei assoziierten Unternehmen	25	23

(16) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen unter anderem Versicherungsprämien (2.806 TEUR; i. Vj. 2.887 TEUR), Prüfungs- und Beratungskosten (1.944 TEUR; i. Vj. 2.278 TEUR), Miet- und Wartungsaufwand für EDV und Software (4.932 TEUR; i. Vj. 4.710 TEUR) sowie Konzessionsabgaben (10.626 TEUR; i. Vj. 10.952 TEUR), Wertberichtigungen zu Forderungen (1.541 TEUR; i. Vj. 1.181 TEUR) und freiwillige soziale Aufwendungen (1.293 TEUR; i. Vj. 1.265 TEUR). Im Geschäftsjahr wurden zudem Drohverlustrückstellungen in Höhe von 6.699 TEUR neu gebildet. Von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind 450 TEUR periodenfremd (i. Vj. 576 TEUR).

(17) Finanzergebnis

in TEUR	2022	2021
Erträge aus Beteiligungen an sonstigen und assoziierten Unternehmen	448	515
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	185	177
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	219	169
Aufwendungen aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	-62	-24
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.837	-3.566
	-3.047	-2.729

Im Zinsergebnis sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen 154 TEUR (i. Vj. 334 TEUR), von Personalarückstellungen in Höhe von 55 TEUR (i. Vj. 116 TEUR) und von sonstigen Rückstellungen in Höhe von 57 TEUR (i. Vj. 101 TEUR) sowie Erträge aus der Abzinsung von sonstigen Rückstellungen in Höhe 1 TEUR (i. Vj. 0 TEUR) enthalten.

(18) Steuern

in TEUR	2022	2021
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-10.265	-1.255
Latente Steuern	-478	52
Sonstige Steuern	-5.405	-6.501
	-16.148	-7.704

Die sonstigen Steuern beinhalten im Wesentlichen Strom- und Energiesteuern auf den Eigenverbrauch mit TEUR 4.872.

VII. Ergänzende Angaben

Geschäftsführer der Konzernobergesellschaft sind Herr Thomas Schäfer und Frau Dörte Schulte-Derne (seit 1. Januar 2023).

Auf die Angabe der Gesamtbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Den Aufsichtsratsmitgliedern der Konzernobergesellschaft wurden 77 TEUR (i. Vj. 66 TEUR) vergütet. Die Namen der Mitglieder des Aufsichtsrats sind gesondert in der Anlage 1.4b angegeben.

Den früheren Mitgliedern der Geschäftsführung der Konzernobergesellschaft wurden Gesamtbezüge in Höhe von 173 TEUR gezahlt. Die für diese Personengruppe gebildeten Rückstellungen für laufende Pensionen betragen 2.071 TEUR.

Das von dem Abschlussprüfer des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2022 berechnete Gesamthonorar gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB beträgt 239 TEUR. Davon entfallen 176 TEUR auf Abschlussprüfungsleistungen und 63 TEUR auf Bestätigungsleistungen.

Vorschlag zur Ergebnisverwendung der Muttergesellschaft

Der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2022 beträgt 5.512 TEUR. Es wird vorgeschlagen, den Jahresüberschuss mit dem Verlustvortrag in Höhe von 5.144 TEUR zu verrechnen, und den verbleibenden Betrag in Höhe 368 TEUR auf neue Rechnung vorzutragen..

VIII. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres sind keine Ereignisse eingetreten, die eine besondere Bedeutung für die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben.

Unterschrift gemäß § 245 HGB.

Würzburg, 30. Juni 2023

WÜRZBURGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRS -
GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

Dörte Schulte-Derne
Geschäftsführerin

Thomas Schäfer
Geschäftsführer

Entwicklung des Konzernanlagevermögens für das Geschäftsjahr 2022

in TEUR	Anschaffungs- und Herstellungskosten				31.12.2022
	01.01.2022	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	22.800	1.982	452	1.197	25.527
2. Geschäfts- oder Firmenwert	391	-	-	-	391
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.436	416	101	-1.077	674
	24.627	2.398	553	120	26.592
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	213.050	7.002	719	4.013	223.346
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	157.095	2.793	532	40.927	200.283
3. Verteilungsanlagen	553.235	17.543	2.294	24	568.508
4. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	39.188	3.627	137	1	42.679
5. Fahrzeuge für Personen- und Güterverkehr	64.402	-	665	-	63.737
6. Technische Anlagen und Maschinen	19.836	1.701	37	761	22.261
7. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	48.498	3.702	780	98	51.518
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	72.441	8.878	-	-45.944	35.375
	1.167.745	45.246	5.164	-120	1.207.707
III. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen					
a) an assoziierten Unternehmen	540	64	-	-	604
b) sonstige	6.967	-	-	-	6.967
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	569	-	-	-	569
3. Sonstige Ausleihungen	12	-	2	-	10
	8.088	64	2	-	8.150
	1.200.460	47.708	5.719	-	1.242.449

01.01.2022	Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte		
	Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen	Umbuchungen	31.12.2022	31.12.2022	31.12.2021
15.781	2.227	452	-	-	17.556	7.971	7.019
391	-	-	-	-	391	-	-
-	-	-	-	-	-	674	1.436
16.172	2.227	452	-	-	17.947	8.645	8.455
113.067	3.999	85	-	-	116.981	106.365	99.983
132.618	6.909	338	-	-	139.189	61.094	24.477
414.437	8.951	2.280	-	-	421.108	147.400	138.798
32.664	507	137	-	-	33.034	9.645	6.524
59.575	1.358	665	-	-	60.268	3.469	4.827
10.561	1.335	37	-	-	11.859	10.402	9.275
33.526	3.969	765	-	-	36.730	14.788	14.972
-	-	-	-	-	-	35.375	72.441
796.448	27.028	4.307	-	-	819.169	388.538	371.297
74	62	-	-	-	136	468	466
286	-	-	-	-	286	6.681	6.681
-	-	-	-	-	-	569	569
-	-	-	-	-	-	10	12
360	62	-	-	-	422	7.728	7.728
812.980	29.317	4.759	-	-	837.538	404.911	387.480

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Christian Schuchardt

Oberbürgermeister, Vorsitzender
Dipl.-Verw. Wiss.

Manfred Dürr

Stadtrat, 1. stellv. Vorsitzender
Dipl. Ingenieur

Christian Hertlein

Arbeitnehmervertreter, 2. stellv. Vorsitzender
Betriebsratsvorsitzender WVV, Bilanzbuchhalter

Claudia Adam

Stadträtin
Marketing- und Eventmanagerin

Dr. Simone Artz

Stadträtin
Projektleiterin

Thomas Diesel

Arbeitnehmervertreter
Dipl.-Ing. (FH)
Betriebsratsvorsitzender MFN

Katharina Kitz

Arbeitnehmervertreterin
kaufmännische Angestellte

Nadine Lexa

Stadträtin
MAS Palliative Care

Dirk Münch

Arbeitnehmervertreter
Betriebsratsvorsitzender WSB

Volker Omert

Stadtrat
Journalist/Medienberater

Robert Scheller

berufsm. Stadtrat
Stadtkämmerer

Michael Stock

Arbeitnehmervertreter
Vertriebsberater

Prof. Dr. Andrew Ullmann

Stadtrat, Mitglied des Deutschen Bundestags
Facharzt für Innere Medizin

Dr. Sandra Vorlová

Stadträtin
Dipl. Chemikerin

Sabine Wolfinger

Stadträtin
Selbst. Kauffrau

Geschäftsführung

Thomas Schäfer

Dipl.-Kaufmann

Dörte Schulte-Derne

M.A.

Input/Output – Basisdaten HKW

		2022	2021	2020	2019	2018	2017	2016
Brennstoffe – absolut								
Steinkohle	t	0	0	0	0	0	0	0
Heizöl EL	l	3.470	439	0	0	0	0	0
Erdgas H	m ³	69.612.454	89.293.511	90.187.463	101.651.184	98.122.241	97.729.070	104.411.167
Brennstoffeinsatz nach Energie								
Steinkohle	%	0	0	0	0	0	0	0
Heizöl EL	%	0	0	0	0	0	0	0
Erdgas H	%	100	100	100	100	100	100	100
Stromerzeugung								
Gesamterzeugung	GWh	270	328	344	396	377	371	406
Strom – Kondensation	GWh	85	64	116	150	135	119	134
Strom – KWK *	GWh	185	264	228	246	242	252	272
Fernwärmeerzeugung								
Wärme	GWh	211	254	254	274	271	281	284
Energie – Eigenverbrauch								
Wärme	GWh	13	11	14	14	21	27	21
Strom	GWh	10	10	10	12	11	11	12
Betriebsstoffe								
Kalk	t	0	0	0	0	0	0	0
Reststoffe								
Filterstaub	t	0	0	0	0	0	0	0
Schlacke	t	0	0	0	0	0	0	0
Emissionen HKW								
CO ₂ – absolut	Tsd. t/a	148	183	187	210	201	204	218
CO ₂ – spezifisch	t/GW _{hel}	503	511	498	491	490	504	495
NO _x – absolut	t/a	82	118	93	111	90	121	125
NO _x – spezifisch	kg/GW _{hel}	305	359	271	282	239	326	308
Staub – absolut	t/a	0	0	0	0	0	0	0
Staub – spezifisch	kg/GW _{hel}	0	0	0	0	0	0	0
SO ₂ – absolut	t/a	0	0	0	0	0	0	0
SO ₂ – spezifisch	kg/GW _{hel}	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt Nettostromerzeugung								
Gesamt Nettostromerzeugung	GWh	355	417	420	473	469	455	501
Nettostromerzeugung HKW	GWh	270	328	344	396	377	371	406
Nettostromerzeugung BHKW	GWh	6,7	8,3	7,6	8,2	3,1	6,0	6,0
Nettostromerzeugung MHKW	GWh	78	81	68	69	89	78	89
Gesamt KWK-Nettostromerzeugung	GWh	202	280	242	259	252	264	283
KWK Nettostromerzeugung HKW	GWh	185	264	228	246	242	252	272
KWK Nettostromerzeugung BHKW	GWh	6,7	8,0	7,3	7,9	3,1	5,9	6,0
KWK Nettostromerzeugung MHKW	GWh	10,4	8,0	6,6	5,4	6,6	5,7	5,4
Anteil KWK-Erzeugung an Eigenerzeugung	%	57	67	58	55	54	58	57

* Infolge der Modernisierung im Heizkraftwerk hat sich die KWK-Stromkennzahl von 1,1895 auf 0,847 reduziert.



Gut vorgesorgt für die Energie der Zukunft

Fernwärme ist eine einfache und besonders komfortable Energielösung. Besonders dann, wenn, wie hier in Würzburg, Fernwärme nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt wird. Die modernen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen Würzburgs erreichen einen Gesamtwirkungsgrad von bis zu 85 %. Das heißt: Aus der eingesetzten Primärenergie entsteht doppelt so viel nutzbare Energie, also Wärme und Strom, wie in herkömmlichen Kraftwerken.

Das städtische Fernwärmenetz ist aktuell 54 Kilometer lang – es führt zu 1200 Privathaushalten, Gewerbekunden und öffentlichen Einrichtungen. Produziert wird die Würzburger Fernwärme im Heizkraftwerk an der Friedensbrücke und im Müllheizkraftwerk in der Gattingerstraße.

FERNWÄRMENETZ



BERICHT DES AUF SICHTSRATS

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Die Geschäftsführung unterrichtete den Aufsichtsrat durch schriftliche Vierteljahresberichte und mündliche Vorträge in sechs Sitzungen, abgehalten am 28. März, 27. Juni, 27. Juni, 26. September, 05. Dezember und am 20. Dezember 2022. Thematisiert wurden die Lage der Gesellschaft, die Geschäftsentwicklung sowie folgende wesentliche Themen: Vermarktung der Eigenerzeugung, regelmäßige Berichterstattung Corporate Governance, Modernisierung eines Kraftwerkes, Abschlussbericht Projekt Kosten- und Prozessoptimierung, die Neu- und Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern und Geschäftsführenden, Beschluss von damit verbundenen Organisationsänderungen, konzernweite Projekte wie HANA-Umstellung oder TAP, Angelegenheiten und Beschlüsse von Tochtergesellschaften, Vorstellung der Zielerreichung Geschäftsführung, Personalangelegenheiten, Vollmachten, Vertragsangelegenheiten, der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2021, der Konzernplanung für die Geschäftsjahre 2022–2026 und der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2023 sowie die Mittelfristplanung 2024–2027.

Außerdem fanden drei schriftliche Umlaufverfahren statt. Dabei wurde am 03. Mai über den Beschluss einer Darlehensaufnahme der WSB GmbH, am 29. August zur Vergabe der Sanierungsabrietten am Hochbehälter Galgenberg der TWV GmbH sowie zur Anpassung der Dauerparkpreise der SVG GmbH.

Am 18.02.2022 fand eine Informationsveranstaltung statt, dabei befassten sich die Gremien mit den wesentlichen Themen aller Gesellschaften aus dem vergangenen Jahr sowie mit künftig geplanten Aktivitäten. Am 09.11.2022 fand ein gemeinsamer Workshop mit dem Gremium der STW AG statt, in diesem über das Risikomanagementhandbuch und die Netze der Zukunft berichtet wurden.

Der Aufsichtsrat nahm an einer außerordentlichen gemeinsamen Aufsichtsratssitzung mit dem Gremium der WSB GmbH am 20.12.2022 zur Bestellung der Geschäftsführung teil.

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung bei der Leitung des Unternehmens beratend begleitet und sich davon überzeugt, dass die Führung der Gesellschaft ordnungsgemäß war.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 sowie der Lagebericht wurden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Baker Tilly GmbH & Co. KG, Nürnberg, geprüft und mit dem im Geschäftsbericht abgedruckten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts durch den Aufsichtsrat hat keine Beanstandungen ergeben. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2021 in der vorgelegten Form. Den Konzernabschluss sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2021 hat der Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat dankt der Geschäftsführung, dem Betriebsrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und spricht allen seine Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Würzburg, im Juni 2023

WÜRZBURGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRS-GMBH

Der Aufsichtsrat



Christian Schuchardt
Vorsitzender

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Würzburg

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Wir haben den Konzernabschluss der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs GmbH und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2022, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2022 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung

als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Konzernabschluss und Konzernlagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prü-

fungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Konzernabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Nürnberg, 30. Juni 2023

Baker Tilly GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Prof. Dr. Edenhofer	Deutsch
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

5-JAHRESVERGLEICH DES WVV-KONZERNS

		2022	2021	2020	2019	2018
Bilanzsumme	Mio. EUR	615,9	531,0	468,9	445,6	398,3
Investitionen	Mio. EUR	54,1	59,3	59,1	70,3	44,7
Eigenkapital	Mio. EUR	109,5	99,6	92,4	92,0	92,7
Anlagevermögen	Mio. EUR	404,9	387,5	357,4	334,9	291,5
Umsatzerlöse	Mio. EUR	1.216,4	660,3	450,6	441,8	402,9
Personalaufwand	Mio. EUR	106,8	100,9	100,1	98,7	94,7
Konzessionsabgaben	Mio. EUR	10,6	11,0	10,6	10,8	10,8
Konzernjahresüberschuss	Mio. EUR	16,3	0,0	3,0	2,5	1,0
Fernwärmeverkauf	Mio. kWh	280,5	308,0	274,4	287,8	292,1
Stromverkauf	Mio. kWh	1.145,3	928,9	778,9	733,8	700,3
Erdgasverkauf	Mio. kWh	906,8	936,9	1.850,7	1.983,9	1.907,4
Trinkwasserverkauf	Mio. m³	8,7	8,7	9,1	9,1	9,1
Fahrgäste Nahverkehr	Mio.	29,97	*29,11	30,01	32,46	32,01
Güterumschlag	Tonnen in 1.000	1.043,0	1.044,4	1.149,0	1.166,1	1.051,0
Stadtverkehr	Kurzparker in 1.000	2.286,0	1.887,0	1.786,6	2.590,8	2.605,5
Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt		1.690	1.580	1.581	1.536	1.475

* Vorjahreszahlen wurden angepasst

Herausgeber
Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH
Haugerring 5
97070 Würzburg
Tel.: 0931 36-0
Fax: 0931 36-1354
info@wvv.de
wvv.de

Gestaltung
Hummel + Lang, Würzburg
www.hummel-fotografie.de

Druck
XPress Digital Media GmbH
Würzburg, www.xpress-wue.de

Bildnachweis
© Hans-Joachim Hummel



Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH

Haugerring 5, 97070 Würzburg

Tel.: 0931 36-0 • Fax: 0931 36-1354

E-Mail: info@wvv.de

wvv.de